

II

Die Donauschwaben

Die Darstellung der Geschichte der Donauschwaben wird schwerpunktmäßig im Hinblick auf die Entwicklung im jugoslawischen Teil des Banats erfolgen. Es geht dabei nicht um eine möglichst vollständige historische Darstellung der verschiedenen Zeitabschnitte der Besiedlung des Banats oder einer umfassenden Geschichte der Donauschwaben.¹ Es sollen vielmehr die Aspekte aufgezeigt werden, welche entscheidend die Entwicklung der ethnischen Gruppe der Banater Schwaben und deren Verhältnis zu ihren Nachbarn beeinflusst haben. Für die Anfänge der Besiedlung heißt dies, dass die allgemeinen Grundzüge der Einwanderung insoweit aufgezeigt werden, als davon ausgegangen werden kann, dass sie auch für das jugoslawische Banat von Bedeutung sind.² Für diesen Teil der Arbeit sind sowohl die von Tafferner im *Quellenbuch zur donauschwäbischen Geschichte* gesammelten Dokumente, als auch Eimanns *Der Deutsche Kolonist* von besonderer Bedeutung. Tafferners fünfbandiges Werk enthält eine Fülle von Quellen, die nicht nur die Methoden der Anwerbung durch die kaiserliche Administration dokumentieren, sondern auch einen ersten Einblick in die Gedankenwelt der Einwanderer bieten. Eimanns *Der Deutsche Kolonist*, von Lötz 1965 herausgegeben, ist als zeitgenössischer Bericht aus mehreren Gründen wichtig. Zum einen gewährt er einen Eindruck von der Lebensweise und den Gewohnheiten der ersten Siedler. Zum anderen lassen sich in ihm die bisher aufgezeigten Strukturen der Abgrenzung des Eigenen vom Fremden besonders gut nachvollziehen. Im weiteren Verlauf wird dann der Blick zunehmend von der Entwicklung der anderen Teile der Donauschwaben abgewandt.³ Neben der von Schödl (1995) herausgegebenen Dokumentation sind hier auch die Arbeiten von Senz (1987) und Annabring (1954 und 1955) von Bedeutung. Ähnlich wie bei Senz sind auch bei Annabring nationalistische Untertöne nicht zu überhören. Aber auch Annabring's Arbeiten dienen allen folgenden Autoren als Informationsquelle (z.B. Paikert 1967; Wehler 1980; Sundhaussen und Schödl 1995). Auch in der vorliegenden Arbeit sind Senz' und Annabring's Arbeiten wichtige Grund-

II Die Donauschwaben

lagen der Analyse. Es wird aber immer wieder auf einzelne Stellen dieser Arbeiten verwiesen, an denen die Mythologisierung der ethnischen Geschichte sowie ihre Instrumentalisierung für den Mythos der ethnischen Nation durch Senz und Annabring besonders deutlich hervortritt.

Die Aufnahme dieser Arbeiten eröffnet aber noch einen weiteren Aspekt für die Analyse. Annabring ist selbst ein Zeitzeuge und kannte persönlich eine Reihe von donauschwäbischen Führern wie z. B. Rudolf Brandsch (vgl. Annabring 1954, 3). Er absolvierte als Schüler jenes Realgymnasium in Hatzfeld, im später rumänischen Teil des Banats, aus dem eine Reihe von jungen Akademikern hervorging, die danach in der deutschen Bewegung aktiv wurden (vgl. Annabring 1955, 2). Senz wurde 1912 in Apatin in der Batschka geboren und war ab 1941 dann in Budapest als Landschulrat tätig (vgl. Senz 1987, 280). Neben der Fülle von Information, welche die Autoren in ihren Arbeiten bringen, gelingt es so, über ihre Einschätzungen teilweise einen Einblick in die Motive der damaligen Akteure zu nehmen. Noch eindringlicher gelingt dies beim Volksgruppenführer der Banater Schwaben Sepp Janko (1982). Wenn man sich vorsichtig seiner Arbeit nähert, gibt sie hinter der vordergründigen Argumentation, mit der er die Donauschwaben von jeglicher Verantwortung für die während der Besatzungszeit von der SS und der Wehrmacht begangenen Verbrechen freizusprechen versucht, den Blick wenigstens ansatzweise auf die Gefühlswelt der damaligen Aktivisten frei. Aufbauend auf der Einschätzung, dass die ethnischen Führer nur die in der Gruppenphantasie am besten integrierten Menschen sind,⁴ lässt sich so auch im Detail die Dynamik zurückverfolgen, welche die Verbindung von Ethnizität, aktivem Ethnomanagement und Nationalismus bei den Banater Schwaben entfaltet hat.

1

Von den ethnischen Gruppen der Donauschwaben zu einer deutschen Volksgruppe

Die Siedler allgemein als Schwaben zu bezeichnen geht auf die ersten Einwanderer zurück, die tatsächlich aus schwäbischen Gegenden in Württemberg und Schwaben stammten (Weber-Kellermann 1978, 291). Der Begriff Donauschwaben verbreitete sich erst in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen (vgl. Senz 1987, 19) und bezieht sich neben der Herkunft der Siedler auch auf ihr Siedlungsgebiet entlang der Donau. Dieses umfas-

ste in Südungarn die Regionen Syrmien-Slawonien, die Batschka, das Banat, Sathmar und Transtisien. Spricht man also von den Banater Schwaben, so meint man die seit dem 18. Jahrhundert in die Region zwischen der Theiß, der Donau, den Südkarpaten und der Mieresch lebende deutschsprachige Siedlergruppe (vgl. Senz 1987, 14 ff; YVeifert 1966, 133). Der Name der Banater Schwaben leitet sich von der seit dem mittelalterlichen Ungarn für die südlichen Grenzmarken des Landes gebräuchlichen Bezeichnung »Banat« (Scherer 1989, 9) ab. Der größte Teil des Banats besteht aus einer Tiefebene, die sich zwischen Donau und Theiß erstreckt und besonders fruchtbar ist. An den Rändern wird sie durch Berg- und Hügellandschaften begrenzt (vgl. Senz 1987, 13).

1.1

Die Anfänge der Kolonisation

1.1.1

Die Neubesiedlung des Balkans als politische und merkantilistische Maßnahme der Habsburger Monarchie

Die ersten Kolonisten kamen im Anschluss an die Friedensschlüsse von Karlowitz (1699) und Passarowitz (1718), die zwischen der Habsburger Dynastie und dem Osmanischen Reich geschlossen wurden. Im Laufe der Zeit brachte die Ansiedlungspolitik eine große Anzahl Siedler aus anderen Gegenden Europas nach Südosteuropa (vgl. Dokumentation Bd.5, 5E). Die durch die Habsburger Herrscher organisierte Einwanderung fand hauptsächlich im 18. Jahrhundert statt⁵ und hatte in dieser Zeit »drei« Höhepunkte (ebd. 6E). Die erste Phase der Kolonisation wurde von dem - auf Vorschlag des Prinzen Eugen von Savoyen - mit dem Aufbau der kaiserlichen Herrschaft im Banat beauftragten Grafen Mercy ab 1718 durchgeführt (vgl. Schödl 1995, 148). Zwischen 1765 und 1771 kam unter der Kaiserin Maria Theresia die zweite Welle und zwischen 1784 und 1787 unter dem Kaiser Joseph II. die dritte Welle der Einwanderer ins Banat. Die unterschiedlichen Phasen sind zeitlich voneinander zu trennen, tragen strukturell und inhaltlich aber durchaus gemeinsame Züge.⁶ So fand, über den gesamten Zeitraum hinweg, neben der Ansiedlung auf staatlichen, sogenannten Kameralgütern auch eine Ansiedlung auf privatem Grundbesitz statt (vgl. Weifert 1966, 134; Dokumentation Band 5, 6E).

II Die Donauschwaben

Die Neubesiedlung des Landes war eine bevölkerungspolitische Maßnahme, welche die Südgrenze des »Kaiserreichs«⁷ gegen das Osmanische Reich sichern sollte (vgl. Schenk 1987, 145). Dabei gingen militärische und wirtschaftliche Aspekte ineinander über. Das durch den Krieg fast völlig entvölkerte Gebiet (vgl. Innenministerium BW 1987, 82), in dem während der hundertfünfzigjährigen osmanischen Herrschaft hauptsächlich Weidewirtschaft betrieben worden war (vgl. ebd. 146), sollte durch die Ansiedlung verschiedener Bevölkerungsgruppen und die Einrichtung der »Militärgrenze«⁸ sowohl militärisch gesichert als auch langfristig ins Kaiserreich eingegliedert werden (vgl. Paikert 1967, 20). Neben den Einwanderern aus »West- und Südwestdeutschland« (Fata 1995, 148) wurden die vor den Türken geflüchteten Serben, Rumänen, und Ungarn wieder angesiedelt. Darüber hinaus wanderten auch kleine Gruppen aus anderen Gegenden Osteuropas und eine geringe Anzahl von Westeuropäern ein (vgl. Dokumentation Bd.5, 6E). Die Ansiedlung verschiedener Bevölkerungsgruppen war der gezielte Versuch, ihre jeweiligen Fähigkeiten für den Wiederaufbau der verödeten und entvölkerten Landschaft⁹ zu nutzen (vgl. Innenministerium BW, 1987). Die kaiserlichen Behörden setzten damit bewusst auf die ethnische Vielfalt der Siedler, um sich ihre unterschiedlichen kulturellen Traditionen bei der Erschließung der Landschaft zunutze zu machen.

Den »Nationalisten«, also Serben und Walachen, wurde das Herumziehen mit ihren Viehherden verboten und »Seßhaftigkeit« verordnet (Fata 1995, 148). Sie sollten als Viehzüchter Weidewirtschaft betreiben, während in erster Linie deutsche, aber beispielsweise auch italienische Einwanderer als Landwirte zur Erschließung des Banats angeworben wurden (vgl. ebd. 154, Dokumentation Bd.5, 6E). Der bewusste Umgang mit den unterschiedlichen Fertigkeiten der Bevölkerungsgruppen spiegelt sich auch in zeitgenössischen Einschätzungen bezüglich ihrer Verwendung bei der Kultivierung des Landes wider. So heißt es beim Präsidenten der Banater Hofdeputation, Ferdinand Alois Graf Kolowrat, Mitte des 18. Jahrhunderts über die italienischen und deutschen Siedlerfamilien, dass

»erstere wegen Pflanzung der Maulbeerbäume und Kultivierung der Seidenwürmer, die letztere aber zur Impopulierung deren öden Gründen, oder sogenannten Prädien gewidmet seyend« (Lötz 1966, 165).

Für die Kaiserin Maria Theresia rechtfertigte sich die große Anzahl deutscher Einwanderer aus den spezifischen Erfordernissen der Landerschließung. Sie beabsichtigte

denen für selbe a proportione erforderlichen Grundstücken eingeräumt und die daselbst noch befindlichen 28 walachische Familien nach St. Andrasch transferiret werden können, sondern gereicht auch zu unserem gnädigsten Wohlgefallen ... wegen der ... bereits gepflanzten und weiters pflanzenden Maulbeer-Bäumer« (Tafferner 1995, 125).

In Hinblick auf etwaigen Widerspruch der eingesessenen Walachen schreibt Graf von Kolowrat am 13. November 1748 an die Temeschwarer Landesadministration, dass die bisher in dem Dorf lebenden Walachen nach St. Andrasch »translociert« werden sollten:

»Und wann diese sich weigern, mithin auf erstbemeltes Dorf in der Güte sich nicht begeben wolten, so habt Ihr ihnen zu bedrohen, daß sie solchenfalls nacher Siebenbürgen, als woher solche gekommen, wieder zurückgehen bemüßigt sein werden« (Tafferner 1995,126).

Da sich der Aufbau der Seidenraupenzucht durch italienische Einwanderer als schwierig erwiesen hatte, versuchte man vermehrt deutsche Kolonisten dafür zu gewinnen und war zu diesem Zweck 1748 auch zur Transferierung der Walachen bereit. Am 5. Juli 1749 wurde aber wiederum ein Ersuchen der Temeschburger Landesadministration nach Umsiedlung der im Dorf Denta lebenden »Nationalisten« zwecks Ansiedlung deutscher Kolonisten abgewiesen:

»Daß aber andurch denen alten Razischen und Wallachischen Dorfschaften und Familien ihre bishero besessenen Gründe abgenommen und denen neuen zugetheilet werden sollen, dieses wird nicht für thunlich befunden einfolglichen dann Euch angesachten Verhaltensbefehl in Ruckantwort bedeutet, wasgestalten alles in status quo verbleiben und niemand von seinen Grundstücken oder Haus. >vertreiben< ... werden sollen« (ebd. 130).

Die Transferierung war insgesamt kostspieliger als die Zusiedlung, da die alten Besitzer nicht enteignet wurden und ihnen an anderer Stelle von der kaiserlichen Ansiedlungsbehörde neuer Grund zur Verfügung gestellt werden musste. Man kann deswegen davon ausgehen, dass Transferierungen nur in Fällen stattfanden, in denen man sich unter ökonomischen oder politischen Gesichtspunkten einen Vorteil versprach (vgl. ebd. 129). Obwohl die Transferierung nicht unbedingt mit wirtschaftlichen Nachteilen für sie verbunden waren (vgl. Fata 1995, 172), führten die Umsiedlungsaktionen verständlicherweise, trotz der Drohungen der kaiserlichen Behörden, zu heftigen Protesten der »Nationalisten« und belasteten deren Verhältnis zu

II Die Donauschwaben

den deutschen Kolonisten. In der neben dem Banat gelegenen Batschka musste wegen des Widerstandes der alteingesessenen Bevölkerung sogar von einzelnen Transferierungsplänen Abstand genommen werden (vgl. Schenk 1987, 151).

»Die madjarischen und raizischen Kolonisten nämlich, die ihre alten Wohnsitze gewöhnt, sind diesbezüglich so sehr abgeneigt, diese in gutem Einvernehmen zu verlassen und sich aufzumachen, ihre Aufenthaltsorte zu verlegen, daß nicht der leiseste Hoffnungsschimmer besteht, sie auf milde und freundliche Weise dazu überreden zu können« (Tafferner 1974, 250).

Während der immer wieder erfolgenden Türkeneinfälle kam es denn auch zum Teil zu einer Unterstützung der Türken durch die Walachen und zu Racheakten an den deutschen Einwanderern (vgl. Fata 1995, 160). Die Walachen versprachen sich bei einem Sieg des Osmanischen Reiches die Zurückdrängung der Landwirtschaft und die Rückkehr zu ihren alten Lebensformen (vgl. Möller zitiert nach Tafferner 1995, XXIX).

Die kaiserlichen Behörden waren über die aus der Transferierung resultierenden Spannungen beunruhigt. Kaiser Joseph II. erließ während der von ihm veranlassten dritten Einwanderungswelle 1786 ein Handschreiben über die Gleichberechtigung der nichtdeutschen Nationalitäten, in dem er sich auf die Transferierung in der Batschka und dem Temeschwarer Distrikt (Banat) bezog.

»Meine Willensmeinung gehet also dahin, daß die Administration gemessenst anweisen, daß bei allen Ansiedlungen fremder Kolonisten nie einer Illyrischen oder Walachischen Gemeinde ein Grund benommen werde, den sie entweder zur Subsistenz oder zur Erhaltung ihrer Viehzucht bedarf« (Tafferner 1974, 302).

Unter Joseph II. wurde deswegen die Transferierung ganzer »Nationalistendörfer« zunehmend aufgegeben. Es kam aber weiterhin zur Verkleinerung des von den Walachen und Serben nicht genutzten Weidelandes und der damit verbundenen Umsiedlung einzelner Ortsteile zugunsten der Einwanderer, wie ein Ersuchungsschreiben der Temeschburger Kameraladministration an die Königliche Ungarische Hofkammer vom 4. November 1784 zeigt:

»Daß bei der Monosturer Post Station auf dem zur Anlegung eines neuen deutschen Dorfes gewählten Kalacsar Überland bereits 50 Häuser ... hergestellt worden sind und erbittet sich also die Hohe

Bewilligung, womit dieses angefangene Dorf von der angetragenen Größe, nämlich von 230 Häusern, gänzlich zu Stande gebracht, die neuere Dotierung, wie neue Eintheilung der drei National Dörfer Barazhaz, Monostur und Kalacsza, vorgenommen werden möge« (Tafferner 1995, 214; vgl. ebd. 206).

Ebenso wurden walachische Bauern, die nicht in der Lage waren, ihre Schulden zu bezahlen, in andere »Nationalistendörfer« umgesiedelt (vgl. Fata 1995, 171).

Aber auch die Zusiedlung sowie die Zwischendorfgründung verlief nicht ohne Schwierigkeiten. Nach den Vorstellungen der kaiserlichen Behörden sollte die eingewessene Bevölkerung den Neuankömmlingen in der ersten Phase der Ansiedlung behilflich sein. So wurden Einwanderer bei den »Nationalisten« einquartiert, bis sie ein eigenes Heim gefunden hatten (vgl. Fata 1995, 167). »Nationalisten« wurden zum Bau der Kolonistendörfer herangezogen (vgl. ebd. 166). Außerdem mussten Serben und Walachen Vorspanndienste leisten, solange es den Kolonisten noch an genügend Zugtieren mangelte (vgl. Schenk 1987, 151). Das somit ohnehin angespannte Verhältnis zwischen »Nationalisten« und Kolonisten wurde durch den generellen Widerspruch zwischen einer Weide- und Viehwirtschaft und dem Ackerbau in allen Ansiedlungsformen noch verstärkt.

Als die Ansiedlungsmethoden der Zusiedlung und der Transferierung der zunehmenden Zahl von Einwanderern während der Theresianischen Kolonisation nicht gewachsen waren, dehnte der zur Bevölkerung des Banats eingesetzte »Impopulationsdirektor« Hildebrand die Anzahl der Neugründungen aus. Er gründete auf Kosten des Weidelands der Viehzüchter Dörfer »meist wilder Wurzel« auf der Banater Heide (vgl. Fata 1995, 162). Es kam darüber zu Auseinandersetzungen zwischen den Banater Viehzüchtern und dem »kolonisationsfreundlichen Staatsrat«, die zur Ablösung Hildebrands führten und diese Phase der Kolonisation fast beendet hätte (vgl. ebd. 157). Aber auch in den durch die Zusiedlung gemischt bewohnten Dörfern waren die unterschiedlichen Interessen der in erster Linie Viehzucht treibenden serbischen und walachischen Landwirte auf der einen Seite und der deutschstämmigen Ackerbauern auf der anderen Seite ein beständiger Grund für weitere Auseinandersetzungen (vgl. Schenk 1987, 150).¹² Man wohnte meist in voneinander getrennten Ortsteilen, manchmal aber auch nur in unterschiedlichen Straßenzügen oder auch nur auf den gegenüberliegenden Straßenseiten.¹³ Die enge Nachbarschaft hatte zur Folge, dass man gegenseitig mit den unterschiedlichen Bräuchen direkt

II Die Donauschwaben

konfrontiert war. So übernahm man voneinander nützliche Arbeitsweisen und Gewohnheiten. In diesem Prozess der Akkulturation bauten die deutschen Siedler bald nach ihrer Ankunft ebenfalls wie die »Nationalisten« Mais sowohl als Futter- als auch als Nahrungspflanze an und führten auch das Austreten des Getreides durch das Vieh im Hof ein (vgl. Schenk 150). Ebenso wurden wesentliche Aspekte der Küche der neuen Nachbarn, »jenes ungarische scharf gewürzte Paprikasch«, übernommen (Weber-Kellermann 1978, 35).¹⁴ Langfristig beeinflussten wiederum die deutschen Siedler die zuerst auf »Selbstversorgung ausgerichtete Wirtschaftsweise« der Serben und veranlassten diese, sich auf »neue Betriebsformen einzustellen« (ebd. 152). Gleichzeitig grenzte man sich aber bewusst voneinander ab, wobei wiederum die Widersprüche zwischen Viehzucht und Ackerbau zum Tragen kamen. Die in der Landwirtschaft oft unerfahrenen deutschen Kolonisten übernahmen zwar, wie bereits erwähnt, das Austreten des Getreides von ihren Nachbarn als Dreschmethode, versuchten aber gleichzeitig, die aus ihrer Heimat mitgebrachten Reinlichkeitsvorstellungen zumindest in der ersten Zeit aufrechtzuerhalten. Eimann beschreibt diese anfänglich wohl fast komisch wirkenden Versuche:

»Beim Früchte austreten ging es noch komischer zu; viele wollten verhüten, daß der natürliche Abgang derer Pferde nicht in die Früchte fallen sollte, und hatten ihnen kleine Säcke hinten hin gebunden« (Eimann 1965, 65).¹⁵

Die mit dem Zusammenleben verbundene gegenseitige Übernahme von materiellen ethnischen Merkmalen fand ihre Ergänzung im Wunsch nach stärkerer Abgrenzung von der fremden Ethnie. 1787 entsandten die Kolonisten in Neu-Szivacz in der Batschka eine Delegation zum Kaiser Joseph II., um eine »Separation« (Eimann 1965, 88) ihrer Siedlung von ihren serbischen Nachbarn zu erreichen. Dabei betonten die Kolonisten den Aspekt der Unordnung und der Unreinlichkeit der Serben - wie Eimann, der in seiner Autobiographie von sich selbst schreibt, die »Separation« bewirkt zu haben, berichtet:

»Kaum waren die Deutschen angesiedelt, so sahen sie ein, daß durch die Vermischung mit denen Raitzen unmöglich empor kommen können, sondern sicher zu Grunde gehen, und arme Läute bleiben müssen: dann die angewöhnten Unordnungen, das Herumlafen des Viehs in allen Früchten, und die innerliche schlechte Ortsverwaltung, ließen gar keinen Zweifel übrig« (ebd. 66).

Obwohl diese erste Petition vom Kaiser zurückgewiesen wurde, setzten die Kolonisten ihre Versuche fort, die »Separation« zu erreichen. In einer zweiten Petition heißt es 1793:

»Wie kann aber zwischen Ratzen und Deutschen eine Einigkeit existieren? Niemalen, dann: 1. Können die Nationen nicht miteinander reden. 2. Verursacht unsere Religion schon eine gänzliche Absonderung« (Lötz 1965, 127).

Die Ablehnung des Gesuchs änderte nichts an dem Wunsch der Kolonisten nach Separation, die sogar dazu bereit waren, alle Kosten selbst zu tragen (vgl. ebd. 129). Als Antwort plädierte die kaiserliche Behörde für ein gemeinsames Dorf mit den Worten:

»Weil Glaubens- und Nations-Gehässigkeiten von dem schönen Ziele bürgerlicher Eintracht abführen - weil ohne Rücksicht auf Sitte, Kleidung und Sprache der Unterthan in seinem Nachbahr nur den Nachbahrn und Mit-Unterthan lieben ... sollten« (ebd. 125).

Hier wird deutlich, dass die kaiserliche Behörde an ihrem bereits dokumentierten Vorhaben festzuhalten versuchte, die Vielfalt der unterschiedlichen kulturellen Traditionen vereint für die Kolonisation zu nutzen, und nicht gewillt war, dieses Ziel durch eine übergroße Gewichtung der ideellen ethnischen Merkmale gefährden zu lassen. Welche Bedeutung aber die Siedler letztendlich der »Separation« beimaßen, wird in den Worten Eimanns deutlich:

»Da aber nichts destoweniger die Deutschen je länger je mehr das zuversichtliche Zugrundegehen vor Augen sahen, indem die alten, nemlich die Illyrischen Einwohner sich keinerdings an eine regelmäßige Ordnung gewöhnen wollten, so wurde durch einen starken Verband aller Gemeindsglieder im November 1793 neuerdings die Betreibung der gänzlichen Separation begonnen. Durch unablässigen kräftig gründlichen Betrieb des Orts Notärs, der selbst im Oktober 1796 zu Ofen bei der Hochlöbl. Ungar. Hofkammer die ganze Sache einleitete, und durch rastlose Mitwirkung des Herrn Hofraths Franz v. Redl, als Siebenbürgischer Hofkanzley Referendaer in Wien, hatten die Neu-Szivacer das große Glück die vollkommene Separations Bewilligung zu erhalten: und somit ward unser anjetzt glorreich regierender Monarch Franz der Erste, damalen noch Römischer Kaiser Franz der Zweite, ein wahrhaftiger Vater und Erretter der Neu-Szivacer Deutschen Gemeinde« (Eimann 1965, 66).

II Die Donauschwaben

Die »Separation« in Szivac, die letztendlich doch vom Kaiser bewilligt wurde und der am Ende auch die Serben zustimmten (vgl. Lötz 1965, 129), führte zu einer Aufteilung des Dorfes in ein serbisches Alt-Szivac und ein deutsches Neu-Szivac. Beide Teile waren durch einen Graben getrennt - wobei Neu-Szivac

»accurat in Häuser und Feld den vierten Theil von der Ortschaft Alt-Szivac ausmachte: folglich der vierte Theil des ganzen Terreins für Neu-Szivac ausgeschnitten werden mußte« (Eimann 1965, 67).

1.1.3

Erste Ansätze einer gemeinsamen donauschwäbischen Lebensweise der deutschsprachigen ethnischen Gruppen

Wie aus unterschiedlichen Ansiedlungsanweisungen hervorgeht, versuchte die kaiserliche Administration selbstverständlich auch - wo es möglich war - neue deutsche Siedler in bereits bestehenden deutschen Gemeinden unterzubringen (vgl. Tafferner 1995, 131). Aus den verschiedenen Maßnahmen zur Ansiedlung deutscher Kolonisten resultierte die Existenz sowohl von rein deutschen sowie von reinen »Nationalisten«-Dörfern als auch von gemischten Ortschaften. In den gemischten Siedlungen bewohnte jede Gruppe einen eigenen Ortsteil (vgl. Schenk 1987, 151) oder wenigstens verschiedene Straßenzüge.

Die Abgrenzung von den walachischen und serbischen Nachbarn ging mit einer Nivellierung der Unterschiede innerhalb des deutschsprachigen Teils der Siedler einher. Die Kolonisten kamen aus den unterschiedlichsten Teilen des Reiches und der mit ihm verbündeten Erblande und Kurfürstentümer. Die Differenzen zwischen den verschiedenen Einwanderergruppen waren in Hinblick auf Konfession, regionale Herkunft und Beruf - und somit in Bezug auf Kleidung, Dialekt, Sitten und Gebräuche - beträchtlich (vgl. Senz 1987, 16). Die Frage der Konfession nahm dabei eine Sonderstellung ein. Vor allem in der ersten Phase der Kolonisation achtete die kaiserliche Behörde darauf, dass möglichst nur Katholiken unter den Einwanderern waren (vgl. Lötz 1966, 154). Man sah in den Protestanten eine potenzielle Bedrohung für die Sicherheit des österreichischen Kaiserreichs, sodass bis 1782 nur wenige Lutheraner unter den Siedlern waren (vgl. Fata 1995, 150). Erst im Anschluss an das von Joseph II. 1781 erlassene Toleranzedikt kamen dann vermehrt Protestanten in die Batschka und das Ba-

nat (vgl. Senz 1987, 54; Fata 1995, 169). Da es im Unterschied zur katholischen Kirche keine einheitliche Form der evangelischen Kirche gab, verstärkten die verschiedenen protestantischen Gemeinden noch die konfessionellen Differenzen zwischen den deutschsprachigen Siedlern (vgl. Dokumentation Bd. 5, 19E).

Insgesamt wird die Anzahl der Kolonisten, die mit den drei großen Schwabenzügen einwanderten und auf staatlichem Grund siedelten, auf zwischen 115 000 und 130 000 Personen geschätzt (vgl. Innenministerium BW 1987, 142; Senz 1987, 58). Über die Siedlerzahlen auf privatem Grundbesitz liegen keine Zahlenangaben vor. Senz schätzt diese aber auf ungefähr 75 000, sodass man davon ausgehen kann, dass bis zum 19. Jahrhundert insgesamt etwa 200 000 Kolonisten aus den deutschsprachigen Gebieten Europas in die donauschwäbischen Siedlungsgebiete einwanderten (vgl. Senz 1994, 59). Eine genaue Aufstellung, wie viele Einwanderer aus den einzelnen deutschsprachigen Teilen Europas stammten, ist nicht möglich, da diesbezüglich nie eine verlässliche zahlenmäßige Erfassung aller Siedler erfolgt ist (ebd. 58).¹⁶ Dokumentiert ist aber die Tatsache der Einwanderung aus dem Schwäbischen, aus Franken, dem Saarland, der Pfalz, Hessen, dem Elsass, Lothringen, aus Baden, Bayern, aus dem Rheinland und aus Braunschweig. Es kamen auch Kolonisten aus Westfalen und Schlesien, aus Vorderösterreich, dem Sudetenland, Böhmen, Tirol und der Steiermark (vgl. Weifert 1966, 138; Lötz 1966, 154ff; Paikert 1967, 14; Eberl 1987, 104; Senz 1987, 60; Fata 1995, 148ff; Tafferner 1974-95). So vielfältig die Herkunft der Siedler war, so unterschiedlich waren auch ihre Berufe und die soziale Schicht, aus der sie stammten. Am Anfang der ersten Phase der Kolonisation durch den Grafen Mercy waren es Handwerker, die ins Land gerufen wurden, um Festungsarbeiten auszuführen (Weifert 1966, 135). Des Weiteren wurden bereits gezielt verschiedene Berufsgruppen ausgewählt, um die entsprechenden Bereiche im Banat zu entwickeln: Landwirte aus Österreich, Bergleute und Hammerschmiede aus Böhmen, Fachleute des Hütten- und Schmelzwesens aus Hessen etc. (vgl. ebd. 136). Das Anwerben von Handwerkern setzte sich während der gesamten Kolonisierungszeit fort. So wurden 1785, wie aus einem Schreiben der Königlichen Ungarischen Hofkanzlei hervorgeht, allein in den Monaten Mai, Juni und Juli fünfzig verschiedene Berufsgruppen - Bäcker, Fassbinder, Drechsler, Glaser, Leinweber, Seifensieder, Sattler, Tischler etc. - für die Kolonien angeworben (vgl. Tafferner 1995, 224). In der Regel wurde darauf geachtet, dass die Handwerker keinen Grund zur landwirtschaftlichen Be-

II Die Donauschwaben

arbeitung erhielten, damit sie sich ausschließlich ihrem Handwerk widmeten (vgl. ebd. 214). Mit der Ausdehnung der Kolonisation verstärkte sich aber der Bedarf an Bauern, sodass es zunehmend zu einer Lockerung dieser Bestimmung kam. So entsandte die Zomborer Kameraladministration 1784 ein Gesuch an die Königlich Ungarische Hofkammer, in dem sie anfragte, ob

»solchen, welche Handwerker und des Ackerbaues unkündig sind, sothane Häuser mit dem betreffenden Grund angewiesen werden können? Dann ob diejenigen nebst Haus, Kuh, item bewilligten Geld-Betrag und denen 50 Gulden für die Gewerbes Erfordernissen, auch mit denen gnädigst vorgeschriebenen Beneficien versehen werden sollen?« (ebd. 214).

Bedingt durch die verstärkte Konkurrenz ab den sechziger Jahren des 18. Jahrhunderts durch Preußen, Russland, Dänemark und Spanien, die ebenfalls an deutschen Einwanderern interessiert waren, sah sich darüber hinaus die Habsburger Monarchie vermehrt dazu gezwungen, Kolonisten ohne Rücksicht auf ihre vorherige Profession zu nehmen (vgl. Fata 1995, 159). In diesem Zusammenhang sind auch die Auswanderungsverbote Maria Theresias und Josephs II. von kaiserlichen Untertanen in Länder, die nicht ihrer Herrschergewalt unterworfen waren, zu sehen (vgl. Tafferner 1974, 245 und 1978, 236). Insgesamt kamen die Einwanderer aber zahlreich genug in das Banat, sodass kein Mangel an Handwerkern herrschte. So wurden nicht nur viele erfahrene Bauern (vgl. Fata 1995, 189), sondern im weiteren Verlauf der Kolonisation auch vorher anderen Berufsständen angehörende Siedler in der Landwirtschaft tätig (vgl. Eimann 1965, 65). Neben den verschiedenen Kolonisten, die freiwillig in das Banat kamen, wurden aber, vor allem während der Theresianischen Kolonisation, sowohl gewöhnliche Kriminelle als auch aufrührerische Untertanen, wie die sogenannten Salpetererfamilien¹⁷ aus der Grafschaft Hauenstein im Schwarzwald, in das Banat zwangsdeportiert (vgl. Fata 1995, 155).

Die Verschiedenheit der Siedler wurde darüber hinaus noch durch die unterschiedlichen Vermögensverhältnisse verstärkt. Die Anziehungskraft der Versprechungen der kaiserlichen und privaten Werber, die ein idyllisches Bild der Bedingungen der Kolonisation vortäuschten (vgl. Fata 1995, 192), war groß. Sie erreichte sowohl vermögende Landwirte und Fabrikanten als auch einfache, fast mittellose Bauern, Hirten und Handwerker, wie aus den verschiedenen Dokumenten hervorgeht (vgl. Tafferner 1974, 292; 1995, 224 und 230). Die Höhe der materiellen Unterstützung der Einwan-

derer seitens der kaiserlichen Behörden variierte in den verschiedenen Phasen der Kolonisation (vgl. Fata 1995, 146 ff). Grundsätzlich wurden den Siedlern - je nach Größe der Familie - ein Haus, Land, die zur Bearbeitung notwendigen landwirtschaftlichen Geräte und eine entsprechende Anzahl Nutztiere zugewiesen (vgl. Möller, zitiert nach Tafferner 1995, XXV). Sie erhielten für die Anreise - diese erfolgte so weit wie möglich über den Schifffahrtsweg auf der Donau - eine finanzielle Unterstützung, und in den ersten Jahren nach ihrer Ankunft wurden sie von Abgaben und Steuern befreit. Zu diesen ökonomischen Anreizen kamen in den unterschiedlichen Herkunftsländern verschiedene politische und ökonomische Gründe hinzu, welche die Bereitschaft zur Auswanderung verstärkten. Zum einen hatten die europäischen Erbfolgekriege, aber auch Hungersnöte aufgrund von Missernten und Wetterkatastrophen die Migrationsbereitschaft erhöht. Zum anderen führten regionale Besonderheiten, wie die verstärkte Parforcejagd in Hessen-Darmstadt oder etwa die strengen Heiratsbeschränkungen im Stift Fulda, zu Auswanderungsbewegungen (vgl. Fata 1995, 187 f). Generell erhofften sich die Kolonisten in der neuen Heimat eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Dabei zeigt sich die Bedeutung des Exotismus für die Grundhaltung der Siedler gegenüber ihrer neuen Heimat sowohl in dem von den Werbern gezeichneten idealisierten Bild als auch in den Wunschphantasien der Einwanderer. Auf die Frage, wohin er denn auswandere, antwortete der Sohn einer Kolonistenfamilie 1798: »Ins Paradies« (ebd. 192). Und in einem donauschwäbischen Auswandererlied heißt es:

»Das Ungarland ist's reichste Land,
Dort wächst viel Wein und Treid,
So hat's in Günzburg man verkünd't,
Die Schiff stehn schon bereit.
Dort geits viel Vieh und Fisch und G'flüg,
Und tagelang ist die Weid',
Wer jetzo zieht ins Ungarland,
Dem blüht die gold'ne Zeit«
(Fassel/Schmidt zitiert nach Fata 1995, 194).

Die Hoffnungen der Siedler wurden in der ersten Zeit nach ihrer Ankunft im Banat bitter enttäuscht. Das ungewohnte Klima - mit heißen Sommern und kalten Wintern - und das mit den jahreszeitlich bedingten Überschwemmungen in den Niederungen auftretende Sumpffieber machten den Kolonisten zu schaffen (vgl. Schenk 1987, 146). Die Anforderungen in

II Die Donauschwaben

der Landwirtschaft waren hoch, und die Kameraladministration sah sich immer wieder gezwungen, die Anzahl der abgaben- und steuerfreien Jahre zu erhöhen, damit die Kolonisten überleben konnten (vgl. Fata 1995, 149). Für einen Teil der Siedler¹⁸ kam verschärfend hinzu, dass die Bedingungen auf den privaten Gütern in der Regel für sie ungünstiger als auf den Kameralgütern waren (vgl. Schenk, 1987, 147). Für viele Kolonisten verschlechterte sich darüber hinaus die Situation, als aufgrund der Verschuldung des Kaiserreichs ab 1778 Kameralgüter an private Grundherren verkauft wurden. Die auf diesen Gütern siedelnden Kolonisten gerieten dadurch in ein unmittelbares Abhängigkeitsverhältnis zu ihren Grundherren (vgl. Fata 1995, 169). Die Arbeitsbedingungen auf den privaten Gütern führten, über den gesamten Zeitraum hinweg,¹⁹ zu Auseinandersetzungen zwischen den privaten Grundherren und den Kolonisten, wobei letztere sich deswegen immer wieder hilfeschend an die kaiserlichen Behörden wandten. So heißt es unter anderem in einem Beschwerdebrief deutscher Kolonisten an das Komitat Tolnau vom 29. Januar 1749:

»Wegen des grausamen Abgabensystems kann uns nicht genug bleiben und wenn jemand sein Haus verkaufen könnte, so darf er es nicht und er muß es ohne einen Kreutzer verlassen. Das so verlassene Haus wird von der Herrschaft einem anderen verkauft und was sie dafür bekommt, behält sie für sich ... unter solchen Umständen ist es uns ganz und gar unmöglich, weiter zu verbleiben, sondern wir müssen insgesamt abziehen und das Dorf öde und leer zurücklassen. Wir bitten deshalb unsere hochwohlgeborenen, hochgeborenen, wohl- und auch edelgeborenen Komitatsherren kniefällig, uns zu Hilfe zu kommen oder uns auf eine andere Pußta zu verpflanzen« (Tafferner 1974, 157).

Zum Teil verließen die unzufriedenen Kolonisten wirklich ihre Dörfer und reisten zum Kaiser nach Wien, um dort Zuflucht zu suchen und in anderen Gegenden neu zu siedeln (vgl. Tafferner 1995, 207)²⁰ oder auch ganz in ihre Herkunftsländer zurückzukehren (vgl. Fata 1995, 194).

In der ersten Zeit nach ihrer Ankunft in der Batschka und dem Banat orientierten sich die Kolonisten noch an den verschiedenen ethnischen Merkmalen, die man aus der alten Heimat mitgebracht hatte. Ein Beispiel: 244 Kolonistenfamilien, die 1786 von Ruma in Syrmien, wo sie keine Bleibe gefunden hatten, nach Kula in der Batschka übersiedelten, wandten sich um Hilfe an den Kameraladministrator von Zombor. Nach ihrer Ankunft in Kula hatten sie entsprechend ihrer Herkunft wieder drei Gruppen - eine elässische, trierische und hessische - gebildet. Als es zum Konflikt mit dem

Grundherrn kam, reichte jede Gruppe eine gesonderte Bittschrift ein. Diesen wurde dann noch eine gemeinsame vierte, unterschrieben von je einem Vertreter der Herkunftsregionen, beigegeben (vgl. Tafferner 1974, 304).

Aus den deutschen Kolonisten, welche die ersten Jahre überlebten und in Südungarn blieben, bildeten sich erst langsam verschiedene ethnische Gruppen wie die Batschkaer oder auch die Banater Schwaben heraus. Die Unterschiede innerhalb der Gruppen lösten sich zunehmend auf, und sie entwickelten eigene ethnische Merkmale. Johann Eimann, der Kolonist aus der Pfalz, beschreibt diesen Prozess in Hinblick auf Sprache und Kleidung innerhalb der Neu-Szivacer Gemeinde:

- »1. in Ansehung der Sprache: Durch den Zusammenschluß dieser Reichsglieder aus verschiedenen Gegenden entstand ein lächerlicher Mischmasch in der Sprache. Die Hessen, deren Sprache sich dem Plattdeutschen nähert, waren am schwersten zu verstehen, milderer war dies der Fall bei denen Nassau-Saarbrückern und Hundsrückern, wie auch bei denen Braunfelsern. Die Sprache zwischen Mosel und Rhein, wie die Pfälzer sie sprechen, behielt dahier den Sieg, und wird solche in allen Evangelischen Kolonial-Dörfern geredet.
2. In Ansehung der Kleidertracht: Die Verschiedenheit in der selben war auch lächerlich. Die Mannsbilder hatten durchgängig dreyeckige spitz-aufgestülpte Hüte, lange tüchene und auch leinene Röcke, meistens kurze lederne Hosen, Strümpfe von verschiedenen Farben, und dann Schuhe mit Schnallen. Die Weibsbilder hatten wiederum verschiedenartig geformte Hauben, wunderbare Rockel, Küttel von Tuch und allerhand Zeug, welche auf einer dicken Wulst oder Würst um die Hüften hingen, und darnebst ziemlich kurz waren, dann schmale Schürze, allerhandfarbige Strümpfe und hochbeabsatzte Schnallen-Schuhe. Viel Jahre verstrichen, bis sich diese alten Moden ausarteten. Jetzt ist die Kleidertracht beim männlichen und weiblichen Geschlecht für Bauersleute sehr geschmackvoll, und die schöngeformte Pfälzer=Haube ist eine wahre Zierde der Weiber in denen Evangelischen Ortschaften« (Eimann 1965, 65).

Eimanns Bericht über Neu-Szivacz in der Batschka kann als stellvertretend für die anderen donauschwäbischen Dörfer angesehen werden (vgl. Schenk 1987, 153).²¹

Ähnliches wie Eimann berichtet auch Awender²² über die Ende des 18. Jahrhunderts gegründete katholische Gemeinde Stephansfeld im Banat. Stephansfeld war eine Tochttersiedlung älterer Kolonistendörfer. Auch hier waren verschiedene Sitten, Gebräuche, Konfessionen, Mundarten und Sprachen - es gab verschiedene ungarische und französische Familien - zu-

II Die Donauschwaben

sammengekommen. Die verschiedenen Sippen glichen sich mit der Zeit aneinander an: So hatte sich in der zweiten und dritten Generation ein ausgeglichenes Dorfbild mit derselben Mundart, Tracht und denselben Sitten entwickelt (Awender 1955, 101), und die wenigen Protestanten waren zum katholischen Glauben übergetreten (ebd. 22). Insgesamt bietet Awenders »Heimatbuch« einen detaillierten Einblick in die Sitten und Bräuche der Gemeinde Stephansfeld. Awender bemerkt treffend, dass es vielleicht gerade Brauchtum und Sippe waren, die aus den vielen Einzelpersonen erst eine Dorfgemeinschaft - eine ethnische Gruppe - machten, in deren Rahmen es einer Einzelperson unmöglich war, gegen gültige Sitten und Bräuche zu leben, wollte sie nicht verschrien und als Sonderling angesehen werden (vgl. Awender 1955, 97).²³ Die in ihrer Vielzahl ausführlich beschriebenen Sitten und Bräuche - das heißt die ethnischen Merkmale - wie beispielsweise das Hausstampfen, das Fruchttreten, die Spinnreihe oder der Brauttanz vermitteln ein lebendiges Bild des Alltags in Stephansfeld. In diesem Zusammenhang soll auf eine österliche Tradition hingewiesen werden, die aus dem Rahmen der genannten Sitten und Bräuche herausfällt. Wie in vielen katholischen Gemeinden (vgl. Moser 1993, 206) war es auch in Stephansfeld üblich, in der Karwoche vor Ostern das tägliche Glockenläuten durch das Rasseln (Ratschen) der Messdiener zu ersetzen, da nach alter Sage zu dieser Zeit die Glocken nach Rom gepilgert waren, um dort zu beichten (vgl. Awender 1955, 127). Oft wurde dieser Brauch des »Karfreitagsratschens« (Moser 1993, 206) mit dem »Judasaustreiben« verbunden (ebd. 208). Auch in Stephansfeld kam den »Ratscherbuben« (Ministranten) dabei die Aufgabe zu, symbolisch den Verräter »Judas« zu bestrafen. Nach einem Wettlauf zwischen den Buben des Ortes wurde der langsamste Läufer mit den Worten »Jud, Jud, belele« ausgeratscht und im Park vor der Kirche in ein etwa einen Kubikmeter großes, frisch ausgehobenes »Judenloch« gestellt. Wenn ein anderer »Ratscherbube« seinen Pflichten nicht nachkam oder absichtlich störte, wurde er vom stärksten Ministranten, dem »Prügler«, mit fünf bis zehn Stockhieben bestraft und anstelle des alten »Judas« ins »Judenloch« gesteckt. Das Judenloch war dabei das ständige »Standquartier« der »Ratscherbuben«, an dem man sich morgens traf und abends nach getaner Arbeit den »Judas« mit dem Vers »Ach Jud, ach Jud, ach hep, hep, hep, Schweinefleisch is fett, fett, fett, Sauerkraut is gut, gut, gut, Oh du stinkischer Jud, Jud, Jud!« (ebd. 129) ausratschte. Karsamstags wurde dann, nachdem die Glocken aus Rom zurückgekehrt waren, zum Abschluss im »Judenloch« der »Judas« symbolisch in einem Holzfeuer verbrannt. Aus der verbleibenden

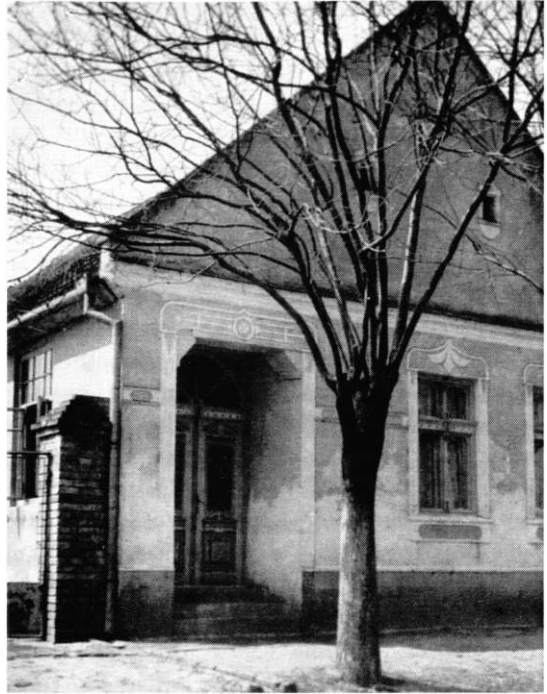
Holzkohle wurde die Osterkohle gewonnen (vgl. ebd. 130). Dieser von Awender geschilderte Brauch steht in der Tradition eines im Christentum seit dem Mittelalter weit verbreiteten Antijudaismus und ist in diesem Sinn nicht mit dem Antisemitismus des Nationalsozialismus gleichzusetzen. Trotzdem vermittelt er einen beklemmenden Eindruck von der Kontinuität antijüdischer beziehungsweise antisemitistischer Ressentiments, die nicht unwesentlich dazu beigetragen haben dürften, dass zur Zeit der deutschen Besatzungsherrschaft im Jugoslawien der vierziger Jahre des 20. Jahrhunderts auch unter den Donauschwaben die Bereitschaft zur Denunziation ihrer jüdischen Mitbewohner weit verbreitet war.²⁴

Ende des 18. Jahrhunderts ebten die großen Einwanderungsbewegungen nach Südungarn ab. Es gab noch weiterhin eine Reihe von Neugründungen, die nun aber in erster Linie auf den Bevölkerungsüberschuss aus den bereits bestehenden Gemeinden zurückging (vgl. ebd. 12). Anders als bei ihren serbischen und walachischen Nachbarn war bei den meisten deutschen Bauernfamilien die Realteilung nicht verbreitet. So kam es durch von der Erbfolge ausgeschlossene Bauernsöhne, oft mit Unterstützung der Grundherren, zur Gründung neuer Kolonistendörfer (vgl. Dokumentation Bd.5, 6E). Obwohl sich dabei der schon seit Beginn der Kolonisation angefangene Prozess der Angleichung von Sitten und Gebräuchen innerhalb der deutschen Einwanderergruppen fortsetzte, bestanden nach wie vor große Unterschiede zwischen den verschiedenen donauschwäbischen Regionen. So unterschieden sich Siedlergruppen in der Batschka und dem Banat noch lange in Hinblick auf Trachten, Mundarten und Bräuche (vgl. Sundhaussen 1995, 316). Trotzdem bildeten sich mit der Zeit bei den deutschen Kolonistengruppen Ansätze einer gemeinsamen donauschwäbischen Lebensweise heraus. Diese Lebensweise orientierte sich in erster Linie an den ethnischen Merkmalen der Sprache und der Geschichte. So grenzte sie die Donauschwaben von den anderen ethnischen Gruppen im Donauraum ab, wie sie sie auch von ihren Herkunftsländer unterschied (vgl. Schenk 1987, 154). Darüber hinaus aber fand die ethnische Abgrenzung von ihren serbischen und rumänischen Nachbarn auch eine Entsprechung im sozio-ökonomischen Bereich.

Nachdem die Schwierigkeiten der ersten Kolonisationszeit überwunden worden waren, hatte sich die Mehrheit der donauschwäbischen Siedlungen auf dem Land erfolgreich entwickelt. Es machte sich zunehmend die oben erwähnte fehlende Realteilung für die Donauschwaben positiv bemerkbar. Das bei ihnen verbreitete Prinzip, nur den erstgeborenen Sohn er-

II Die Donauschwaben

Bild 1 Banater Bauernhaus in Kiek bei Groß-Betschkerek.



ben zu lassen, verhinderte eine Aufteilung ihrer Bauernhöfe in kleine Parzellen, wie sie bei den anderen Ethnien üblich war (vgl. Paikert 1967, 32). Auch wirkten sich die moderneren Methoden der Donauschwaben, wie beispielsweise der intensive Ackerbau und die Tierhaltung (vgl. Eimann 1965, 126f), auf Dauer produktiv auf die Entwicklung ihrer Landwirtschaft aus. Dies galt vor allen Dingen für die Zeit der Auflösung der Grundherrschaft im 19. Jahrhundert und der damit verbundenen Kapitalisierung der Landwirtschaft. Diese wirkte sich besonders für die entwickelteren Bauernhöfe positiv aus. In Folge kam es sowohl zu einer Vergrößerung des Landbesitzes donauschwäbischer Bauern in den von ihnen mehrheitlich bewohnten Ortschaften als auch zu Landkäufen in Gemeinden, die hauptsächlich von den anderen Ethnien bewohnt wurden (vgl. Dokumentation Bd.5, 6E).²⁵ So erreichte die Mehrheit der Donauschwaben auf dem Land einen Wohlstand, der mit der Zeit deutlich über dem der benachbarten ethnischen Gruppen lag (vgl. Annabring 1954, 20; Paikert 1967, 31f). Dieser

Wohlstand, der sich in der Anhäufung von Landbesitz und der Entwicklung bäuerlicher Kulturgüter wie Trachten, Mobiliar oder festlichen Hochzeiten zeigte, wurde ein weiteres zentrales ethnisches Merkmal der donauschwäbischen Bauern (vgl. Weber-Kellermann 1978, 15).

1.2

Die Donauschwaben im Kaiserreich Österreich im 19. Jahrhundert

1.2.1

Der Kampf um die Sprache in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Ein wesentlicher Aspekt im Verhältnis der deutschsprachigen Kolonisten zu ihrer neuen Heimat war die Tatsache, dass ihr überwiegender Teil - nämlich die auf staatlichem Besitz Angesiedelten - hier direkte Untertanen des Kaisers waren (vgl. Innenministerium BW 1987, 170). Das Vertrauen der Kolonisten in den Kaiser, die Hoffnung, dass der Kaiser auch die auf Privatbesitz siedelnden Kolonisten gegenüber ihren Grundherren schützen könnte und die deutschsprachigen Siedler vor einer Vermischung mit ihren Nachbarn bewahren würde, wurde bereits durch die verschiedenen Petitionen deutlich. Dieses Gefühl, eine besondere Stellung beim Kaiser einzunehmen, war in erster Linie durch die gewährten Privilegien geweckt worden. Es wurde aber noch dadurch verstärkt, dass im Zuge einer ganzen Reihe von Maßnahmen des Kaisers Joseph II. - 1781 Toleranzedikt, also freie Religionsausübung, 1785 Abschaffung der erblichen Leibeigenschaft - 1783 Deutsch²⁶ statt des bis dahin üblichen Lateins als Amtssprache für die ganze Monarchie einführt wurde (vgl. ebd. 170). Darüber hinaus ließ sich Joseph II. nicht zum ungarischen König krönen, sodass sich der Eindruck verstärkte, dass er in erster Linie ein deutscher, ein österreichischer Kaiser sei.²⁷ Vor allem von den Ungarn (vgl. ebd. 170), aber auch von den anderen Nationalitäten im Kaiserreich wurde Josephs Politik als Germanisierungsversuch verstanden, was ein wesentlicher Anstoß zur Entwicklung ihres eigenen nationalen Selbstbewusstseins war (Gottas 1995, 220 und 237). Als Deutsch als Amtssprache von Josephs II. Nachfolger Leopold II. wieder zurückgenommen wurde, erschien dies als Erfolg des Widerstandes gegen das Dekret von 1783 (vgl. Innenministerium BW 1987, 170).

II Die Donauschwaben

Josephs II. Versuch, die Sprache eines Teils der Bevölkerung - Deutsch - zur Amtssprache zu machen, war der Anfang einer nicht mehr endenden Auseinandersetzung um die Bedeutung der verschiedenen Sprachen im Kaiserreich. Sie setzte sich fort nach der Auflösung Österreich-Ungarns bis hin in die Geschichte seiner Nachfolgestaaten in Südosteuropa.²⁸ Für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen war der Kampf um die eigene Sprache zu einem Symbol für den Kampf um ihre Eigenständigkeit geworden. Dabei ging es, beeinflusst durch die Ideen der Französischen Revolution, im Selbstverständnis der ethnischen Gruppen im 19. Jahrhundert nicht nur um den Schutz von Minderheitenrechten. Vielmehr wurde darüber hinaus verstärkt das Selbstbestimmungsrecht als ein eigenes Volk, als eine eigene Nation gefordert, wie willkürlich dabei auch immer die dazu notwendige Abgrenzung von den anderen Bevölkerungsgruppen ausfallen musste.

Im südöstlichen, dem ungarischen Teil des Kaiserreichs, in dem auch die Banater Schwaben siedelten, war die Situation der Ungarn bestimmend für die weitere Entwicklung im 19. Jahrhundert. Unter verschiedenen Gesichtspunkten unterschied sich ihre Situation von der anderer ethnischer Gruppen: Rumänen, Slowaken, Serben, Kroaten und auch Deutschen.²⁹ Betrachtete man das ganze Kaiserreich als Gesamtstaat, so war dies eindeutig von den Deutschen geprägt (vgl. Nipperdey 1993, 337).³⁰ Auch zahlenmäßig waren die Ungarn nach der deutschsprachigen Bevölkerung insgesamt nur die zweitgrößte Gruppe. Im ungarischen Teil des Reichs stellten sie zwar wiederum die relativ größte Gruppe und waren gegenüber den deutschsprachigen Ethnien wie den Donauschwaben und den Siebenbürger Sachsen in der Mehrheit, absolut waren sie aber auch hier in der Minderheit gegenüber der Summe der anderen ethnischen Gruppen (vgl. Götts 1995, 220).³¹ Hinzu kam ein Aspekt, der erst im weiteren Verlauf des 19. Jahrhunderts im Zuge der Entstehung des Nationalismus zunehmend an Bedeutung gewinnen sollte. Für die ungarische Bevölkerung stellte Ungarn das einzige Siedlungsgebiet dar, während andere ethnische Gruppen im Kaiserreich des 19. Jahrhunderts sich im Zuge des Niedergangs des Osmanischen Reichs auch auf außerhalb des Kaiserreichs liegende Territorien und darauf entstehende Staaten beziehen konnten. Diese Situation als Minderheit im zweifachen Sinn, gegenüber dem starken bevölkerungsreichen Österreich beziehungsweise Deutschland zum einen und zum anderen gegenüber einer Vielzahl zwar kleinerer, aber in ihrer Summe zahlenmäßig stärkerer ethnischer Gruppen, führte zu einem langfristigen Misstrauen gegenüber deutschen Tendenzen in der österreichischen Politik und zu ei-

nem verstärkten Assimilationsdruck auf die verschiedenen anderen Ethnien in Ungarn (vgl. Gottas 1995, 221ff). Die aus dieser Situation resultierenden Ängste (vgl. ebd. 224) führten zu einem Axiom in der ungarischen Politik: Nur wenn es den Ungarn gelang, sich einerseits eine gleichberechtigte Stellung gegenüber Österreich zu erkämpfen und andererseits die anderen ethnischen Gruppen zu assimilieren, konnte der Untergang des Magyarentums verhindert werden.³²

Die Selbstbesinnung der Ungarn auf ihr Magyarentum und ihre magyarische Sprache Ende des achtzehnten, Anfang des neunzehnten Jahrhunderts drückte sich zuerst in einer »geistig-literarischen Reformbewegung« (Gottas 1995, 220) aus, von der noch keine gewaltsamen Assimilationsbestrebungen ausgingen (vgl. ebd. 221). Im Mittelpunkt stand der Versuch, die Sprache des Volkes, das Magyarische, zu fördern und so die Ideen der Aufklärung zu verbreiten. Auch im weiteren Verlauf der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts fand noch keine Verschärfung dieses Prozesses statt. Vielmehr sollten die anderssprachigen ethnischen Gruppen Ungarns durch politische und ökonomische Vorteile für das Magyarentum gewonnen werden und so mit diesem langsam verschmelzen (vgl. ebd. 224). Während es als Reaktion auf diese Politik vor allem bei den Slowaken, Kroaten und Serben zu eigenen nationalen Bestrebungen kam,³³ konnte man bei der deutschsprachigen Bevölkerung Ungarns keinen Widerstand gegen die Magyarisierungsversuche feststellen. Dazu war ihre Situation sowohl in Hinsicht auf ihre sozialen Strukturen als auch auf ihre Siedlungsformen zu heterogen. Zum einen verstand sich das deutschsprachige Bürgertum der schon seit Jahrhunderten auch von Deutschen besiedelten oberungarischen Städte³⁴ anders als zum Beispiel die Siebenbürger Sachsen - durchaus als ungarische Staatsbürger. Es gab in ihren eigenen Reihen verschiedene Stimmen, die ein Aufgehen im Magyarentum befürworteten (vgl. ebd. 226). In der Tat sollten vor allem große Teile dieses Bürgertums im Laufe der Zeit ihr »Deutschsein« aufgeben und Ungarn werden (vgl. Senz 1994, 45). Auch bei dem jüdischen Teil der deutschsprachigen Bevölkerung der ungarischen Städte hatte die Magyarisierungspolitik großen Erfolg (vgl. Gottas 1995, 243). Zum anderen hatten die erst seit kurzer Zeit in Ungarn befindlichen donauschwäbischen Kolonisten in den ländlichen Gebieten nur selten Kontakt zum Bürgertum in den Städten (vgl. Senz 1994, 45). Sie waren noch intensiv mit dem wirtschaftlichen Aufbau beschäftigt und nahmen von der ungarischen Nationalitätenpolitik kaum Notiz (vgl. Gottas 1995, 221).

Eine erste Veränderung in der Haltung von Teilen der deutschsprachi-

II Die Donauschwaben

gen Bevölkerung fand dann in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts statt. Bezeichnenderweise war der Auslöser wiederum mit dem Problem der Amtssprache verbunden. Im Zuge der 1844 durchgeführten Ablösung des Lateinischen als Amtssprache durch das Magyarische (Innenministerium BW 171) entzündete sich eine Debatte, an der aktiv Persönlichkeiten aus der deutschsprachigen Bevölkerung teilnahmen. Es waren Personen aus der Mittelschicht, Vertreter der Intelligenz wie Eduard Glatz und Ludwig Roth, beides ausgebildete Pädagogen und Theologen und beide als Schriftsteller beziehungsweise Publizisten tätig (vgl. Senz 1987, 96; Gottas 1995, 227ff), die als Kritiker der Magyarisierungspolitik auftraten.³⁵ Sie setzten sich dabei nicht nur für den Erhalt der deutschen Sprache ein, sondern verlangten auch für die anderen ethnischen Gruppen Ungarns das Recht auf eine eigene Sprache. Bedeutsam an ihrer Kritik ist dabei, dass sie ebenfalls nicht nur im Interesse ihrer eigenen Region sprachen - Glatz kam aus der Zips und Roth aus Siebenbürgen (vgl. Gottas 1995, 227). Vielmehr verstanden sie sich in ihrer Funktion als Vorkämpfer für die deutsche Sprache auch als Sprecher im Sinne aller Deutschen in Ungarn.³⁶ Der »Sprachkampf«³⁷ machte es somit möglich, dass zum ersten Mal der Anspruch erhoben werden konnte, alle deutschsprachigen Bewohner Ungarns als Mitglieder einer ethnischen Sprachgemeinschaft - jenseits ihrer auch weiterhin bestehenden Unterschiede in Bezug auf Herkunft, Lebensformen und den Beginn ihrer Siedlungszeit - gemeinsam zu vertreten.

1.2.2

Von der Revolution 1848 bis zum Ausgleich 1867 - Die Verschärfung der Widersprüche zwischen den Ethnien

Die bereits aufgezeigte widersprüchliche Situation Ungarns, sich einerseits als ungarische Nation gegenüber dem österreichischen Teil des Kaiserreichs emanzipieren und andererseits, diese Emanzipation durch die Assimilierung der anderen ethnischen Gruppen erreichen zu wollen, änderte sich auch nicht durch die Revolution von 1848. Die Revolution führte zu einer Auflösung des jahrhundertealten Feudalsystems, zur damit verbundenen Bauernbefreiung und zur Verkündung bürgerlich-demokratischer Freiheitsrechte, aber auch zu einer Stärkung des ungarischen Nationalismus. Daraus entwickelten sich bei den verschiedenen Ethnien unterschiedliche Reaktionen auf die Revolution. Während es für die Donau-

Schwaben, besonders für die donauschwäbischen Landbevölkerung (vgl. Paikert 1967, 85 f), in erster Linie um die sozialen Erfolge der Revolution ging, fürchteten die anderen Ethnien um ihre Unabhängigkeit. Ungarn war als ein weiteres Ergebnis der Revolution durch seine Union mit Siebenbürgen³⁸ innerhalb des Kaiserreichs gegenüber der staatlichen Zentrale in Wien völlig selbstständig geworden (vgl. Gottas 1995, 245). Als die nun von Ungarn erwarteten Sprachvergünstigungen für die anderen Ethnien ausblieben (vgl. ebd. 245) und deutlich wurde, dass Ungarn die Politik der Magyarisierung weiter betreiben würde, verschärfen sich die bereits vorhandenen Widersprüche.

Dabei zeigte sich, dass die schon in Hinblick auf Ungarn beschriebene Problematik auch für andere Ethnien an Bedeutung gewann und sich in Südungarn die brisante Situation konkurrierender Minderheiten entwickelte. Dies sollte langfristig das Verhältnis zwischen den ethnischen Gruppen in Südosteuropa bestimmen, denn aufgrund der Vielfalt der dortigen ethnischen Gruppen war jede Ethnie gegenüber den anderen ethnischen Gruppen in der Situation einer Minderheit. Sie waren potenziell von Bündnissen zwischen anderen ethnischen Gruppen bedroht. Angestoßen durch die ungarische Politik beschleunigte dies den bereits eingesetzten Prozess der Entwicklung eines Nationalbewusstseins der Ethnien. Es verbreitete sich darüber hinaus die Tendenz, durch die Assimilation schwächerer ethnischer Gruppen die eigene Ethnie zahlenmäßig aufzuwerten.

So kam es im Zuge der Revolution von 1848 zu bewaffneten Konflikten zwischen den ethnischen Gruppen, in denen sich die oben gezeigten Strukturen widerspiegeln (vgl. Senz 1987, 105 ff). Unterstützt vom Kaiser, der sich vor allem der Kroaten und Serben versichern wollte (vgl. Senz 1987, 112), hatten die verschiedenen Ethnien weitgehende Autonomieforderungen während der Revolution von 1848 gestellt, die von Ungarn abgelehnt worden waren. Ermutigt durch die Unterstützung aus Wien, versuchten die Serben, ihre Forderung nach einer serbischen Selbstverwaltung im Banat durchzusetzen. Es kam zu bewaffneten Aufständen der Serben gegen die Ungarn. Im Zuge dieser Aufstände versuchten die Serben, auch die nicht-serbische Bevölkerung unter ihre Oberherrschaft zu bringen. Die schon erwähnte Parteinahme der Donauschwaben für die ungarische Revolution wurde dadurch noch verstärkt. Es fanden heftige Kämpfe zwischen der donauschwäbischen Bevölkerung, die von ungarischen Einheiten unterstützt wurde, und den Serben statt, in deren Folge donauschwäbische Regimenter auch zusammen mit ungarischen Verbänden gegen österreichisch-serbi-

II Die Donauschwaben

sehe Truppen kämpften (vgl. Senz 1987, 119, Gottas 1995, 247). Die Auseinandersetzungen während der Revolution von 1848 verstärkten die schon seit der ersten Kolonistenzeit bestehenden Differenzen mit dem serbischen Teil der Bevölkerung. Daraus resultierte eine Angst der Donauschwaben nicht so sehr vor den Magyarisierungstendenzen in der ungarischen Politik, sondern vielmehr vor serbischen Nationalbestrebungen. An dieser Stelle muss auf die unterschiedliche Bedeutung der Assimilationsversuche der Ungarn und der Serben für die Donauschwaben verwiesen werden. Magyarisierung bedeutete zu diesem Zeitpunkt eine, oft die einzige, soziale Aufstiegsmöglichkeit für die donauschwäbische Bevölkerung vor allem der Städte (vgl. Paikert 1967, 88; Gottas 1995, 254; Schödl 1995, 367). Die nationalen Bestrebungen der Serben, deren überwiegende Mehrheit ebenso wie bei der donauschwäbischen Bevölkerung von der Landwirtschaft lebte, waren hingegen mit gewalttätigen Auseinandersetzungen verbunden (vgl. Senz 1987, 113ff).³⁹ Sie bedeuteten nicht nur im ethnischen Sinne eine Bedrohung der Lebensweise der Donauschwaben, sondern bedrohten darüber hinaus unmittelbar deren Lebensexistenzen als Bauern (vgl. Gottas 1995, 247f).

Während die bewaffneten Auseinandersetzungen in Ungarn fortdauernden, hatte die Restauration in Wien bereits gesiegt. Noch bevor die Revolution in Ungarn von Österreich mit Hilfe russischer Truppen im Herbst 1849 niedergeschlagen wurde (vgl. Nipperdey 1993, 646), hatte die neue Regierung in Wien eine zentralistische Verfassung ausgearbeitet. Sie erhielt Österreich-Ungarn als Gesamtstaat und setzte so, gestützt auf die Armee und eine deutschsprachige Bürokratie, die deutsche Vorherrschaft im Kaiserreich fort. Gleichzeitig sicherte sie einzelnen Gebieten in Ungarn - Siebenbürgen, Kroatien-Slawonien und der Woiwodina zusammen mit dem Temeschwarer Banat - gewisse territoriale Autonomierechte zu (vgl. Gottas 1995, 248). Die neue Verfassung trug den Keim weiterer Auseinandersetzungen bereits in sich. Zum einen verstärkte sie die bereits beschriebenen Ängste Ungarns, sich gegenüber dem stärkeren Österreich und den verschiedenen Ethnien im eigenen Land nicht als Nation behaupten zu können. Zum anderen wurde die neue Verfassung aber auch nicht dem Wunsch der ethnischen Gruppen nach einer unter nationalen Gesichtspunkten getrennten Selbstverwaltung gerecht (vgl. Senz 1987, 133).

In den Herbst 1849 fällt auch die Schwabenpetition, in der sich zum ersten Mal die Donauschwaben als ethnische Gruppe mit kollektiven Forderungen nach Selbstverwaltung an den Kaiser wandten (vgl. Gottas 1995,

261).⁴⁰ In der von dem katholischen Pfarrer Josef Nowak vorgetragenen Petition wird die Sorge um ihre Zukunft als ethnische Gruppe deutlich. Gleichzeitig beeindruckt und geängstigt von den Erfolgen ihrer Gegner aus der Zeit der revolutionären Kämpfe 1848/49 forderten sie vom Kaiser vergleichbare Rechte wie diese:

»Der Ruf nach Gleichberechtigung aller Nationalitäten erweckte auch uns aus dem Schlummer politischer Untätigkeit. Dabei müssen wir wahrnehmen, wie es für uns als Stammverwandte der großen deutschen Nation bedrückend sei, wie der deutsche Volksstamm hier nicht mit den übrigen als gleichberechtigte Nation, sondern bloß als eine schutzlose Waise im Haus einer anderen Nationalitäten-Fraktion betrachtet werde. ... Dann aber gewährte die allen getreuen Untertanen der einzigen, großen und unteilbaren Österreichischen Monarchie verliehene Reichs Verfassung mehr Rechte, als wir nur wünschen konnten. Doch nach der Niederwerfung des Aufruhrs wurde uns erst recht bekannt, daß die in Ungarn wohnenden Serben noch immer die Errichtung einer eigenen Woiwodschaft verlangen. Wenig würde uns solches Begehren kümmern, wenn nicht eben wir, Torontaler, die Batscher und ein Teil der im Temescher Banat wohnenden Deutschen einen integrierenden Teil dieser Woiwodschaft ausmachen sollten« (zitiert nach Senz 1987, 128).

Am Schluss der Petition heißt es:

»Wir wünschen nichts sehnlicher als unter dem Schutz des Kaisers zu stehen; sollten aber die Serben zum Schutze ihrer Nationalität einen Woiwoden, die Rumänen einen Kapitän, die Slowaken Oberungarns ein eigenes Oberhaupt erhalten, so bitten wir im Namen aller deutschen Gemeinden auch uns unter dem Namen eines >Deutschen Grafen< nach dem Vorbilde des Sachsengrafen in Siebenbürgen ein unmittelbares Oberhaupt einzusetzen« (zitiert nach ebd. 129).

Aus der Petition geht hervor, dass sich die Donauschwaben als verwandt mit Österreich und auch Deutschland betrachten, sich aber auch als eine eigene ethnische Gruppe - als einen »deutschen Volksstamm«⁴¹ - begreifen. Aus dieser Selbstcharakterisierung resultiert der Wunsch sowohl nach Unterstützung durch den österreichischen Kaiser als auch nach einer Selbstverwaltung, die es den Donauschwaben ermöglicht, unabhängig und gleichberechtigt neben den anderen Ethnien, das heißt in der Sprache des 19. Jahrhunderts neben den anderen Nationen, weiterzubestehen. Auffällig ist darüber hinaus die besondere Betonung, die das angespannte Verhältnis zwischen den Donauschwaben und den Serben in der Petition erfährt.

II Die Donauschwaben

Die kurze und letzte Phase österreichischer Oberherrschaft über Ungarn dauerte bis 1867. Die Donauschwaben konnten von dieser Zeit noch einmal profitieren. Besonders bis 1861, als im neugeschaffenen Kronland Deutsch die Amtssprache (vgl. Gottas 1995, 253) war, wurden die Grundlagen für die weitere wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der donauschwäbischen Städte und Siedlungen gelegt (vgl. Annabring 1954, 19).⁴² Nach dem verlorenen Krieg gegen Preußen im Jahre 1866 und der damit verbundenen Schwächung Österreichs konnte die österreichische Dominanz nicht weiter aufrechterhalten werden (vgl. Nipperdey 1993, 792). Die Ablösung des österreichischen Kaiserreichs durch die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn hatte auch die völlige ungarische Kontrolle über die Donauschwaben bis 1918 zur Folge. Es waren aber die in den Jahren von 1849 bis 1861 gelegten Grundlagen für die Entwicklung eines kulturellen Kapitals, also die bestätigte Rolle der Kirche,⁴³ das in dieser Zeit weiter ausgebaut Schulwesen, die wiedererstarkte deutschsprachige Presse und die verschiedenen kulturellen Vereine, die in den folgenden Jahren der ungarischen Magyarisierungspolitik eine wichtige Rolle für die Ethnizität der Donauschwaben spielen sollten (vgl. Senz 1987, 140; Gottas 1995, 257).⁴⁴

1.3

Unter dem Druck der Nationalbewegungen - Die Donauschwaben als ethnische Minderheit

1.3.1

Die Donauschwaben in Ungarn bis 1918

Nach dem Ausgleich von 1867 verstärkte sich der durch die Magyarisierungspolitik Ungarns ausgeübte Druck auf die Ethnien im ungarischen Teil der Doppelmonarchie. Schon das im Zuge des Ausgleichs 1868 erlassene Nationalitätengesetz zur Gleichberechtigung der verschiedenen Nationen in Ungarn spiegelte die ungarische Hegemonie wider. Es wurde eine unteilbare ungarische Staatsnation ausgerufen und Magyarisch blieb Staatsprache. Als Zugeständnis an die verschiedenen Sprachen übersetzte man Gesetze und Verordnungen und erlaubte vor Gericht den Gebrauch der Muttersprache (vgl. Innenministerium BW, 1987 171; Senz 1987, 146). Allerdings erhielten die Kirchen das Recht, ihre Sprache und die Unterrichtssprache in den von ihnen geführten Schulen selbst zu bestimmen

(vgl. Annabring 1954, 30; Senz 1987, 151). Da die Verbreitung der ungarischen Sprache aber eine wesentliche Aufgabe der Magyarisierungspolitik sein musste, wurde zunehmend das staatliche Schulwesen ausgebaut. So stieg die Zahl der staatlichen Schulen, in denen Magyarisch Unterrichtssprache war, von 17 im Jahr 1873 auf 3296 im Jahr 1913 von insgesamt 16 861 Grundschulen in Ungarn vor 1919 (vgl. Paikert 1967, 46; Senz 1987, 151).⁴⁵ Von dieser Magyarisierung der Schulpolitik waren die Donauschwaben aus verschiedenen Gründen härter als die anderen Ethnien Ungarns betroffen (vgl. Paikert 1967,46). Zum einen waren nationale Ideen unter der donauschwäbischen Landbevölkerung im Vergleich zu ihren slawischen Nachbarn noch immer wenig verbreitet (vgl. Annabring 1954, 32; Senz 1987, 149) und gesellschaftlicher Aufstieg in der Regel mit Assimilation verbunden (vgl. Paikert 1967, 88). Zum anderen kam hinzu, dass die Zugehörigkeit der Donauschwaben zum katholischen und lutherischen Glauben keine kirchliche Organisation nach nationalen Gesichtspunkten zuließ. Im Unterschied zu den griechisch-orthodoxen Serben, bei denen es eine weitgehende Deckung von Konfession und ethnischer Zugehörigkeit gab, setzten sich die evangelischen und vor allem die katholischen Gläubigen aus verschiedenen Ethnien zusammen. Hier waren nicht nur die Majorität der magyarisch sprechenden Bevölkerung,⁴⁶ sondern auch die slowakisch-, kroatisch- und deutschsprachigen Ethnien vertreten (vgl. Paikert 1967, 44; Gottas 1995, 259).⁴⁷ Evangelische und katholische Priester der Donauschwaben wurden deswegen an ungarischen Priesterseminaren ausgebildet und dadurch oft aktive Träger der Magyarisierung (vgl. Senz 1987, 153; Gottas 1995, 259), während die christlich-orthodoxen Kirchen der Rumänen und Serben der staatlichen Kontrolle entzogen waren und ihr Schulwesen ganz im Sinne einer national ausgerichteten Politik organisieren konnten (vgl. Paikert 1967, 46; Senz 1987, 152).

Der Rückgang der deutschen Sprache im öffentlichen Schulwesen verschärfte sich ab dem Jahr 1873 gravierend. Davor war der prozentuale Anteil der die Schule besuchenden Schüler bei der deutschsprachigen Bevölkerung von allen Bevölkerungsgruppen am höchsten gewesen (vgl. Senz 1987,153). Dabei war an 1810 Schulen ausschließlich in deutscher Sprache unterrichtet worden. Die Anzahl dieser Schulen verringerte sich auf 417 im Jahre 1918.⁴⁸ Davon waren 254 Schulen der Siebenbürger Sachsen (vgl. Innenministerium BW 1987, 201).⁴⁹ Damit entfielen ganze 163 Schulen, in denen Deutsch unterrichtet wurde, auf die etwa 1,67 Millionen⁵⁰ Menschen umfassende deutschsprachige Bevölkerung, hauptsächlich Donauschwa-

II Die Donauschwaben

ben (vgl. Senz 1987, 153).⁵¹ Während die deutsche Sprache durch die Magyarisierung zunehmend aus den beiden öffentlichen Bereichen der Schul- und Kirchenpolitik verdrängt wurde (vgl. Innenministerium 1987, 236), kam es sowohl im privaten, familiären als auch im gesellschaftlichen, kulturellen Bereich zu einer gegenläufigen Bewegung. Die Ethnizität vor allem der donauschwäbischen Landbevölkerung bezog sich zu dieser Zeit noch ganz auf die Bewahrung ihrer ethnischen Eigenständigkeit, ihrer überlieferten Bräuche und Trachten. Die Autarkie ihrer Dörfer verhinderte einerseits einen organisierten Widerstand gegen die Magyarisierungspolitik. Andererseits sicherte gerade ihre Abgeschiedenheit das Fortbestehen eines spezifischen Kapitals und damit der ethnischen Identität der Donauschwaben. Die Ethnizität der Landbevölkerung wirkte in diesem Zeitraum also kulturell und nicht politisch (vgl. Paikert 1967, 87 f).

Verbunden mit der bürgerlichen Revolution von 1848 hatte es aber auch im gesellschaftlichen, kulturellen Bereich einschneidende Veränderungen gegeben, die sich vor allem in den Städten auswirkten. Während es infolge der Revolution durch die aufkommende Industrialisierung in verschiedenen oberungarischen Städten zu einem wirtschaftlichen Niedergang der im traditionellen Handwerk bis dahin erfolgreichen deutschsprachigen Bürgerschichten kam, blieben davon die Städte Südungarns - wie Temeswar,⁵² Werschetz und Weißkirchen - verschont (vgl. Gottas 1995, 254).

Hier hatte sich ein reges Vereinsleben der deutschsprachigen Bevölkerung entwickelt, welches einen wichtigen Beitrag zu Kultur, Bildung und Wissenschaft leistete (vgl. ebd. 275).⁵³ Es waren diese Vereine, die auf die ethnische Gruppe zurückwirkten und dafür sorgten, dass das kulturelle Kapital nicht nur auf Familienebene gepflegt wurde und sich so soziales und moralisches Kapital auch außerhalb der Familie bei den Mitgliedern der Ethnie in Ansätzen entwickeln konnte. Es kam zur Gründung von religiösen und weltlichen Vereinen, von Muttergottes- und Rosenkranzvereinen, von bürgerlichen Schützenvereinen ebenso wie von verschiedenen Musik- und Gesangsvereinen. Es gab darüber hinaus Vereine der Freiwilligen Feuerwehr, Sportvereine, Vereine zur Pflege der Wissenschaft und Lesevereine. Oft dienten die deutschsprachigen Vereine, wie beispielsweise Gesangsvereine, als Vorbilder für die Gründung vergleichbarer Einrichtungen der Serben und Rumänen (vgl. Gottas 1995, 275). Für die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts kann noch nicht von einer strikten nationalen Ausrichtung der Vereine gesprochen werden. Vielmehr zeigte sich in ihnen die ganze Widersprüchlichkeit der ethnischen Vielfalt Südungarns. In ihrer

Funktion zur Bewahrung der eigenen ethnischen Identität waren die Vereine an den Sprachgrenzen orientiert. So gab es in den größeren Städten nach Sprachen getrennte Casinos als gesellschaftlichen Mittelpunkt der jeweiligen ethnischen Gruppe (vgl. Gottas 1995, 275). Gleichzeitig spiegelte sich in bestimmten Vereinstypen als kulturellen Einrichtungen, vor allem in multiethnischen Gebieten, das Zusammenleben der verschiedenen Ethnien wider. Es gab Vereinsbüchereien mit sowohl ungarischen als auch deutschen Büchern sowie Gesangsvereine, die sich verpflichteten, sowohl ungarisches als auch deutsches Liedgut zu pflegen (vgl. ebd. 275). Noch vor der Entstehung dieser Vereine hatte sich eine Tradition deutschsprachiger Theater und deutschsprachiger Druckerzeugnisse entwickelt. Im Banat entstand schon 1776 das erste Theater,⁵⁴ und es war in Temeschwar, wo von 1830 bis 1841 die erste periodische Publikation in deutscher Sprache, das *Temeschwarer Wochenblatt*, erschien (ebd. 279ff).

Neben den genannten, in erster Linie eher kulturell ausgerichteten Vereinen gab es aber auch Zusammenschlüsse, die sich an verschiedenen Berufsgruppen und Erwerbszweigen orientierten und in denen sich Ansätze eines politischen Kapitals entwickelten. Hierzu gehörten die regional organisierten donauschwäbischen Lehrervereine sowie verschiedene Bauern- und Arbeitervereine (vgl. Senz 1987, 162 ff). Diese Vereine, die sich in erster Linie mit den Problemen der von ihnen vertretenen Berufsgruppen auseinandersetzten, sollten im weiteren Verlauf zu wichtigen Organisationen der Donauschwaben werden. Von besonderer Bedeutung waren dabei die Lehrervereine und Bauernvereine. Obwohl in einigen Städten Südungarns, vor allem in der Batschka und dem Banat, Fabrikindustrie schon seit dem 18. Jahrhundert eine Rolle spielte, war der größte Teil der donauschwäbischen Bevölkerung noch immer in der Landwirtschaft tätig.⁵⁵ Während die Lehrervereine wesentlich dafür verantwortlich waren, dass trotz fortschreitender Magyarisierung die Forderung nach einem Unterricht in deutscher Sprache auch weiterhin erhoben wurde, trugen die Bauernvereine zu einer Interessengemeinschaft der donauschwäbischen Landbevölkerung bei - über die engen Grenzen der Dorfgemeinschaft hinweg. So hatte etwa der »Südungarische landwirtschaftliche Bauernverein«, der 1891⁵⁶ in Temeschwar gegründet worden war, 1906 über 10 000 Mitglieder in 126 Ortsvereinen. Er gab ein deutschsprachiges Fachblatt heraus und organisierte Vorträge und Ausstellungen. Ziel des Vereins war die generelle Förderung der Landwirtschaft und eine Verbesserung der Kreditverhältnisse für donauschwäbische Bauern (vgl. Innenministerium 1987, 195; Schödl 1995,

II Die Donauschwaben

395). Die Entwicklung des Bank- und Genossenschaftswesen in Südungarn war eng mit der Landwirtschaft verknüpft. Seit der Gründung der »Temesvarer Sparkassa« 1846 befassten sich alle Banken überwiegend mit Agrarkrediten. Das Prinzip der organisierten Selbsthilfe - in Form von Genossenschaften - konnte sich anfänglich bei den wohlhabenden Bauern im Banat kaum durchsetzen. So dauerte es bis 1897, bis die erste Raiffeisen-Landwirtschafts-Kreditgenossenschaft des Banats (vgl. Innenministerium 1987, 195) entstand.

Während es also im Laufe des 19. Jahrhunderts sowohl auf der kulturellen als auch auf der sozialen und ökonomischen Ebene zu den unterschiedlichsten Organisationsformen der Donauschwaben kam, wurde eine politische Vertretung in Form einer Partei erst Anfang des 20. Jahrhunderts gegründet.

Die Gründung der »Ungarländischen Deutschen Volkspartei (UDVP)« fand 1906 in Werschetz im Banat statt (vgl. Senz 1987, 171). An ihr lässt sich die ganze Komplexität des Übergangs von der Bewahrung und Pflege ethnischer Merkmale hin zu einer Instrumentalisierung des Ethnischen durch den Nationalismus aufzeigen. Während insgesamt die Mehrheit der donauschwäbischen Landbevölkerung sich noch immer nicht für deutschnationale Forderungen interessierte, entwickelte sich in der donauschwäbischen Führungsschicht ein zunehmend nationales Gedankengut.⁵⁷ In den zum Teil bereits erwähnten Ortschaften Werschetz, Weißkirchen, Temeschwar und Neusatz, also entlang der verschiedenen lokalen Schwerpunkten des donauschwäbischen Vereinswesens, formierten sich die Gegner des Assimilationsprozesses (vgl. Schödl 395).⁵⁸ So wurde in Temeschwar zum ersten Mal von einem deutschen Presseorgan die Forderung nach einer politischen Partei der Donauschwaben erhoben (vgl. Annabring 1954, 42). Es waren denn auch führende Persönlichkeiten der donauschwäbischen Ethnie, die an der Vorbereitung der Parteigründung beteiligt waren oder später in der Partei selbst tätig wurden: Unter anderem kamen aus dem Bereich des Pressewesens Jakob Schümichen und Dr. Eduard Rittinger, beide wurden Aktivisten der UDVP. Der Weißkirchner Rechtsanwalt Dr. Kremling wurde zum ersten Obmann der Partei gewählt (vgl. Senz 1987, 171). Sein Stellvertreter wurde Johann Röser. Dieser hatte zusammen mit Johann Anheuer, dem Direktor der Neupetscher Sparkasse (vgl. Senz 1987, 169), den »Südungarischen landwirtschaftlichen Bauernverein« und die erste Raiffeisenzentrale vorbereitet und geleitet (vgl. Senz 1987, 175; Schödl 1995, 395).

Entscheidenden Anstoß und Starthilfe zum Aufbau einer »Deutschen Bewegung« bekamen die donauschwäbischen Führer von Edmund Steinacker (1839-1929) aus der Stadt Debreczin im östlichen Teil Ungarns. Steinacker hatte in Weimar und Stuttgart die Schule besucht und studiert. Danach hielt er sich in England und Frankreich auf.⁵⁹ Nach seiner Rückkehr 1867 nach Ungarn war er, als ein Vertreter Siebenbürgens, im ungarischen Reichstag. Der am Anfang seiner politischen Karriere eher von liberalen Gedanken getragene Steinacker entwickelte sich - nach seinem gescheiterten Versuch, die Emanzipation der deutschungarischen Bevölkerung zu einem Vorreiter der Verwestlichung ganz Ungarns zu machen - zu einem Politiker, der ausschließlich die Interessen der deutschsprachigen Minderheit vertrat (vgl. Schödl 1995, 399). Nachdem er vergeblich versucht hatte, das deutschsprachige Bürgertum der Städte für den Kampf gegen die Magyarisierung zu gewinnen, wandte er sich der donauschwäbischen Bevölkerung im Banat und der Batschka zu (vgl. Senz 1987, 158 f). Um Unterstützung für die Gründung einer deutschen Minderheitsbewegung zu bekommen, knüpfte Steinacker Kontakte zu reichsdeutschen Organisationen wie dem »Alldeutschen Verband« (ADV) (vgl. Schödl 1995, 399). Der ADV war eine radikalnationalistische Organisation im deutschen Kaiserreich, welche die Ideologie des Nationalismus grundlegend veränderte und sie hin zu einem staatsübergreifenden Volksnationalismus dynamisierte.⁶⁰ Das Ziel des ADV war ein deutsches Imperium, welches sich von den Niederlanden bis hin zu den deutschsprachigen Bevölkerungsgruppen im Donauraum erstrecken sollte (vgl. Nipperdey 1993a, 603). An diesem Punkt verknüpfen sich endgültig Ethnizität, bewusstes Ethnomanagement und nationalistische Instrumentalisierung des Ethnischen und gehen nur schwer trennbar ineinander über. Die finanzielle Unterstützung durch den ADV ermöglichte das Überleben der »Deutschen Bewegung«, als sie Anfang des 20. Jahrhunderts von einem Scheitern noch vor Gründung der »Ungarländischen Deutschen Volkspartei« (UDVP) bedroht war (vgl. Schödl 1995, 409). Nach wie vor war die Mehrheit der donauschwäbischen Bevölkerung an deutschnationaler Politik desinteressiert. Der größte Teil der deutschsprachigen Presseorgane spiegelte diese Einstellung wider. Sie waren laut Annabring (1954, 29) zwar »deutschgeschriebene«, aber letztendlich »nationalungarische Erzeugnisse«. Das *Temeschwarer Tagblatt* als wichtigstes Organ der Bewegung hatte aufgrund der mangelnden Resonanz der donauschwäbischen Bevölkerung eingestellt werden müssen. Sein eher unpolitischer Nachfolger, der *Deutsch-Ungarische Volksfreund*, war von einem gravierenden Abonnen-

II Die Donauschwaben

tenmangel betroffen. Nur die finanzielle Unterstützung des »Alldeutschen Verbandes« (ADV) machte es möglich, dass diese Wochenzeitung als »kommunikatives Rückgrat aller deutschnationalen Bestrebungen« (Schödl 1995, 409) weiterbestehen konnte. Das *Temeschwarer Tagblatt* war allerdings nicht der einzige Versuch, nationalistische Propaganda mit Hilfe der deutschsprachigen Presse zu betreiben. So heißt es in einem Programmgedicht Artur Korn's,⁶¹ Redakteur der *Groß-Kikindaer Zeitung* aus der Batschka:

»(1) >Gedenke, daß Du ein Deutscher bist!< (2) Die Deutschen insgesamt sind durch eine >slawische Flut<, durch die Völker des Ostens überhaupt, bedroht. (3) Der Deutsche repräsentiert im Osten Kultur und Entwicklung« (Schödl 1995, 408).

Das Gedicht beinhaltet somit die zentralen Argumente - die Besinnung auf das Deutsche als notwendige Abgrenzung vom Fremden, die Bedrohung durch die Völker des Ostens und die deutsche Kulturschöpfung als auserwählte Ruhmestat - welche auch weiterhin von nationalistischer Propaganda bei den Donauschwaben vorgebracht wurden.⁶²

Aufgrund der Zurückhaltung der donauschwäbischen Bevölkerung gegenüber deutschnationalen Forderungen war das Programm der »Ungarländischen Deutschen Volkspartei« (UDVP) aus taktischen Gründen frei von völkischen Positionen (vgl. ebd. 413). Trotzdem blieb die UDVP auch nach ihrer Gründung von der zusätzlichen finanziellen Hilfe des ADV und privater Unternehmer⁶³ aus dem Deutschen Reich abhängig (vgl. ebd. 417). Die Wahlen 1910 zeigten dann, dass sich die UDVP, trotz gewisser Erfolge bei der Organisation der donauschwäbischen Minderheit, nicht auf Reichsebene in Ungarn durchsetzen konnte (vgl. ebd. 418 f). Obwohl dafür seitens der UDVP der Druck der offiziellen magyarischen Politik verantwortlich gemacht wurde, konnte dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass für den Misserfolg in erster Linie die mangelnde Identifikation der Donauschwaben mit einer deutschen Nationalitätenpartei verantwortlich war (vgl. Anbringung 1954, 43).⁶⁴ So verlegte die UDVP ihre Aktivitäten im weiteren Verlauf auf die kommunalpolitische Ebene und wurde darüber hinaus auch im Sinne eines Schutzvereins tätig. Durch die Gründung des »Deutsch-Ungarischen Kulturrats« 1911 sollten gezielt begabte schwäbische Schüler und Studenten unterstützt und so die Herausbildung einer donauschwäbischen Elite gefördert werden (vgl. Schödl 1995, 421). Die Arbeit der UDVP und des »Deutsch-Ungarischen Kulturrats« war äußerst erfolgreich bei der

Schulung und Rekrutierung von Führungspersönlichkeiten. Ihr ist es zuzuschreiben, dass nach 1918 in den Nachfolgestaaten der Habsburger Monarchie »eine beachtliche Zahl von politisch geschulten Donauschwaben« bereitstand, »die nationale Zukunft ihres Volkes mitzugestalten« (Annabring 1955, 15).⁶⁵

Im gleichen Zeitraum, also Ende des neunzehnten, Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts, kam es wegen der zunehmenden Bodenknappheit und der damit verbundenen Armut von Teilen der Landbevölkerung zu einer vermehrten Auswanderung vor allem in die Vereinigten Staaten von Amerika. Unter den Auswanderern befanden sich auch viele Donauschwaben. Aufgrund ihrer besseren wirtschaftlichen Verhältnisse waren die Donauschwaben insgesamt als Bevölkerungsgruppe weniger als andere ethnische Gruppen von der Emigration betroffen (vgl. Annabring 1954, 22; Paikert 1967, 35 f). Es gab allerdings regionale und soziale Schwerpunkte, sodass sich für die Landbevölkerung in der Batschka und dem Banat ein etwas anderes Bild ergab. Hier war die donauschwäbische Bevölkerung überproportional an der Auswanderung beteiligt. Sie stellte über die Hälfte aller Auswanderer (vgl. Innenministerium 1987, 149). Gleichzeitig gab es aber auch Rückwanderer. Auch bei dieser Gruppe, oftmals von im Ausland zu Wohlstand gekommenen ehemaligen Auswanderern, waren die Donauschwaben aus der Batschka und dem Banat überproportional vertreten, was sich in einer weiteren wirtschaftlichen Stärkung von Teilen der donauschwäbischen Bevölkerungsgruppe auswirkte (vgl. Annabring 1954, 22; Paikert 1967, 36 und Innenministerium 1987, 149). Ein weiteres, mit der Bodenknappheit verbundenes Moment war das unter den Magyaren, aber auch den Donauschwaben und Serben verbreitete Einkindsystem. Diese Form der Geburtenbeschränkung hatte sich Anfang des 20. Jahrhunderts auch bei der wohlhabenden Landbevölkerung in der Batschka und im Banat verbreitet. Wegen der extremen Bodenknappheit war es nicht mehr möglich, Boden hinzuzukaufen oder Tochttersiedlungen zu gründen, um eine Aufteilung der Höfe und somit einen sozialen Abstieg zu verhindern (vgl. Annabring 1954, 26). Beide Aspekte, Einkindsystem und Auswanderung, änderten insgesamt allerdings nicht entscheidend das zahlenmäßige und politische Kräfteverhältnis zwischen den Ethnien in Ungarn (vgl. Paikert 1967, 36).⁶⁶

Auch innerhalb der ethnischen Gruppen der Donauschwaben veränderte sich in den letzten Jahren der Habsburger Monarchie nur wenig. Solange die Pflege donauschwäbischer ethnischer Identität im Alltagsleben der

II Die Donauschwaben

Bauerndörfer stattfinden konnte,⁶⁷ verstand man sich in erster Linie als Batschkaer oder Banater Schwabe. Zwar war die Abgrenzung der donauschwäbischen Landbevölkerung durch ihre ethnischen Merkmale, vor allem ihre Sprache und Geschichte, von den anderssprachigen ethnischen Gruppen Südungarns für sie wichtig. Sie sahen sich deswegen aber noch nicht als Teil einer deutschnationalen Bewegung. Große Teile des liberalen Bürgertums verstanden sich auch nach wie vor als Deutschungarn. Sie verhielten sich staatstreu und sahen im Zusammenleben vor allem mit den Ungarn die beste Garantie für die Fortdauer deutscher Kultur innerhalb des ungarischen Staates.⁶⁸ Aber auch die nationalistischen Kräfte unter den donauschwäbischen Politikern setzten ihre Versuche fort, vor allem aus der Landbevölkerung junge Führungskräfte zu schulen und für die Organisation der Donauschwaben als einen Teil des deutschen Volkes, der deutschen Nation, zu gewinnen. Entscheidend unterstützt wurden sie dabei von einflussreichen Kreisen Reichsdeutschlands, die zwar noch nicht die offizielle Außenpolitik bestimmten, aber doch schon massiv die Instrumentalisierung deutschsprachiger Ethnien für ihre nationalistischen Ziele betrieben. Trotz dieser zum Teil für sie lebensnotwendigen Unterstützung gelang es den nationalistischen Kreisen nicht, die Mehrheit der Donauschwaben zu organisieren. Der Widerspruch zwischen den pro-ungarischen und den deutschnationalen Kräften innerhalb der Donauschwaben spitzte sich während des Ersten Weltkrieges zu. Er fand seine Verkörperung in Jakob Bleyer und Rudolf Brandsch⁶⁹ (vgl. Annabring 1954, 53).

Jakob Bleyer, ein Sohn schwäbischer Bauern aus der Batschka, hatte in Budapest studiert, promoviert und sich habilitiert. Er wandte sich gegen jede Form von eigenständiger deutscher Minderheitenpolitik und sah den Erhalt einer donauschwäbischen Ethnie nur in der Rolle als schwächerer Teil einer deutsch-ungarischen Symbiose (vgl. Schödl 1995, 446). Rudolf Brandsch stammte aus einem siebenbürgisch-sächsischen Elternhaus. Er hatte im Deutschen Reich studiert und war dort Mitglied einer Burschenschaft gewesen, die den völkischen Zielen des »Alldeutschen Verbandes« (ADV) nahestand. Brandsch hatte schon als Siebenbürger Abgeordneter die Position einer konsequenten deutschen Minderheitenpolitik vertreten. Er war ein enger Mitarbeiter Steinackers bei dem Versuch, die verschiedenen deutschsprachigen Ethnien Ungarns in Form der »Ungarländischen Deutschen Volkspartei« (UDVP) politisch zusammenzufassen (vgl. Schödl 1995, 399 ff). Brandsch vertrat noch konsequenter als Steinacker die radikalen Positionen des ADV (vgl. ebd. 426). Bei Brandsch zeichnet sich, allerdings



Bild 2 Banater Familie in der traditionellen Tracht.

II Die Donauschwaben

noch durch taktisches Kalkül überdeckt, die spätere nationalistische Politik der donauschwäbischen Führer gegenüber den anderen ethnischen Gruppen zur Zeit des Nationalsozialismus bereits ab:

»Die Zusammenarbeit mit anderen Nationalitäten bedeutet nicht ein Bündnis auf Leben und Tod. Wenn wir unsere Rechte erkämpft haben, stehen wir in einer ganz anderen Lage« (zitiert nach Schödl 1995, 426).

Beendet wurde dieser Schwebezustand zwischen den beiden Strömungen donauschwäbischer Politik mit der Niederlage der Mittelmächte im Ersten Weltkrieg und der damit verbundenen Auflösung des Kaiserreichs Österreich-Ungarn. Dabei ließ schon der Auslöser dieses ersten Weltkrieges erahnen, dass die Mythologisierung der Geschichte bei der Herausbildung der Nachfolgestaaten des Kaiserreichs in Südosteuropa eine zentrale Rolle spielen würde. Es war am 28. Juni 1914, dem 525. Jahrestag der serbischen Niederlage gegen die Türken auf dem Amselfeld, als der österreichische Thronfolger Franz Ferdinand die bosnische Hauptstadt Sarajewo besuchte (vgl. Sundhaussen 1993, 31). Die Bedeutung, die das längst vergangene Ereignis auf dem Balkan hatte, zeigte sich sowohl in der Auswahl des Tages seitens der Österreicher als auch in der Reaktion der serbischen Nationalisten. Schon vorher war es in dem seit 1878 unter österreichisch-ungarischer Verwaltung stehenden Bosnien-Herzegowina zu Spannungen zwischen der serbischen Bevölkerungsgruppe und der Verwaltung gekommen (vgl. ebd. 31). Nach der Zurückdrängung des Osmanischen Reichs in den Balkankriegen 1912/13 wollte Franz Ferdinand mit diesem Besuch sichtbar den dynastischen Anspruch Österreichs untermauern, nun alleinige Ordnungsmacht auf dem Balkan zu sein. Seine Vorstellungen einer Zusammenfassung der südlichen Gebiete Österreich-Ungarns unter kroatischer Führung, aber innerhalb des Kaiserreichs, hätte einerseits eine Schwächung Ungarns bedeutet. Andererseits machte der Thronfolger damit deutlich, dass auch die Ansprüche des durch die territorialen Gewinne im Zuge der Balkankriege erstarkten Serbien zurückgewiesen werden sollten (vgl. Berghahn 1997, 89 f). Nach den österreichischen Vorstellungen wäre der Schwerpunkt der südslawischen Emanzipation damit innerhalb des Kaiserreichs in der kroatischen Hauptstadt Agram und nicht im serbischen Belgrad gewesen (Erdmann 1980, 47). Für die serbischen Nationalisten bedeutete der Besuch des Thronfolgers unter diesen Voraussetzungen und an diesem Datum eine ungeheure Provokation. Für sie kam es einer Entweihung ihres auserwählten Traumas gleich, die mit der Ermordung

des Thronfolgers beantwortet wurde und den Ersten Weltkrieg auslöste (vgl. Sundhaussen 1993, 31).

Auch für die deutschsprachigen Ethnien Ungarns war der Krieg aus verschiedenen Gründen von wegweisender Bedeutung. Wohl blieb die deutschsprachige Bevölkerung, sofern sie nicht eingezogen worden war, von direkten Kriegshandlungen - und dies gilt besonders für die Donauschwaben - weitgehend verschont (vgl. Schödl 1995, 440). Sicherlich wirkte aber der ungeheure Mobilisierungseffekt, der vom Ersten Weltkrieg in Hinblick auf die Nationalitätenfrage ausging, auch auf die donauschwäbische Bevölkerung (vgl. Dokumentation Bd.5, 38E), insbesondere die donauschwäbischen Soldaten (Senz 1987,182).⁷⁰ Doch war die Aufteilung der südungarischen Gebiete auf die verschiedenen Nachfolgestaaten sicherlich langfristig das einschneidendste Erlebnis. So machte sie einerseits Steinackers und Brandschs Versuch einer gemeinsamen politischen Vertretung der Donauschwaben durch eine Partei endgültig zunichte. Noch bedeutsamer war allerdings andererseits, dass sich in den Nachfolgestaaten der Druck durch die verschiedenen Nationalismen auf die deutschsprachigen Ethnien erhöhte. Dies verstärkte langfristig den Einfluss der deutschen nationalistischen Kräfte, sowohl aus dem Deutschen Reich und Österreich als auch innerhalb der eigenen ethnischen Gruppe, auf die Donauschwaben.

1.3.2

Die Donauschwaben im Königreich Jugoslawien 1918 bis 1933

Der Erste Weltkrieg endete mit dem Zerfall des Kaiserreichs Österreich-Ungarn. Dies bedeutete für Ungarn den Verlust des größten Teils der südlichen Gebiete an die Nachfolgestaaten Rumänien und an das »Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen« (Königreich SHS), wie Jugoslawien bis zu seiner Umbenennung in »Königreich Jugoslawien« 1929 genannt wurde (vgl. Wehler 1980, 9). Vertreter der Donauschwaben versuchten mit dem »Schwäbischen Manifest« 1918 in Temeschwar, die mit den Gebietsabtrennungen verbundene Aufteilung der donauschwäbischen Bevölkerung auf verschiedene Staaten zu verhindern (vgl. Senz 1987, 187). Wiederholt verlangten sie seitdem den Verbleib des Banats bei Ungarn, wobei diese Position vorübergehend von der Forderung nach einem Autonomiestatut abgelöst wurde. Aber auch auf der Pariser Friedenskonferenz 1920, in der die Teilung des Banats endgültig beschlossen wurde, konnte

II Die Donauschwaben

sich die donauschwäbische Delegation mit ihren Ansprüchen nicht durchsetzen (vgl. Wehler 1982, 26). Letztendlich wurden die Donauschwaben doch auf drei souveräne Staaten aufgeteilt, die sich zudem trotz ihrer multiethnischen Zusammensetzung als Nationalstaaten präsentierten (vgl. Sundhaussen 1995, 315). Die nord-westlichen Siedlungsgebiete im Bergland und am Donauknie sowie der größte Teil der schwäbischen Türkei blieben ungarisch. Der Nordosten, also das Sathmar-Theißgebiet und der nord-östliche Teil des Banats, kam zu Rumänien.

Der Südosten mit Syrmien-Slawonien-Kroatien, der Batschka, dem süd-westlichen Banat und dem Süden der schwäbischen Türkei, der Baranja, wurde ein Teil des »Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen« (SHS) (vgl. Wehler 1980, 10; Senz 1987, 223). Von Österreich kamen die Unter-Steiermark, Südkärnten, die Krain, Dalmatien, Bosnien und Herzegowina hinzu (vgl. Dokumentation Bd.5, 4E). Zusammen mit Serbien, Montenegro, dem Kosovo und Mazedonien bildeten die genannten Gebiete das neue SHS Königreich. Die Existenz dieses de facto multiethnischen Staates wurde durch den »ideologischen Mythos« der »dreinamigen« jugoslawischen Nation begründet (Sundhaussen 1993, 36). Wie wenig dieser Mythos mit der Wirklichkeit in Einklang gebracht werden konnte, zeigte sich an der Namensgebung »Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen«. Sundhaussen bemerkt dazu, dass man wenn es eine jugoslawische Nation gegeben hätte, diese nicht mit drei Namen hätte benennen müssen (ebd. 36). Ebenso wie schon in Ungarn, stellte auch in dem neuen Vielvölkerstaat keine Bevölkerungsgruppe die Mehrheit. Diese klassische Situation konkurrierender Minderheiten wurde noch durch den ethnischen Nationalismus verschärft, der infolge des Ersten Weltkrieges zur vorherrschenden Ideologie in Südosteuropa geworden und vor allem bei den staatstragenden Bevölkerungsgruppen bestimmend war. Die günstigste Ausgangsposition, seine nationalistischen Vorstellungen zu verwirklichen, hatte dabei nach der Staatsgründung Serbien. Es besaß die relative Mehrheit im Staat, verfügte über eine Armee und zählte zu den Siegermächten des Ersten Weltkrieges (ebd. 37).

Sundhaussen schätzt, dass Anfang der dreißiger Jahre etwa 43 % der Bevölkerung Serben, 23 % Kroaten, 8 % Slowenen und jeweils 5 % bosnische Muslime und Mazedonier waren (ebd. 36). Die restliche Bevölkerung verteilte sich auf verschiedene ethnische Gruppen, von denen die zahlenmäßig stärkste die deutschsprachige war. Folgt man der letzten österreichisch-ungarischen Volkszählung von 1910 und der jugoslawischen Erhebung von

1921, lebten über eine halbe Million Personen, das sind etwa 4,2 % der Gesamtbevölkerung, auf dem neuen Staatsgebiet, die als Muttersprache Deutsch angaben (vgl. Wehler 1980, 96 und 147). Diese Zahl änderte sich bis zur Besetzung Jugoslawiens durch die Deutsche Wehrmacht 1941 nur unwesentlich. Die letzte jugoslawische Volkszählung von 1931, deren endgültiges Ergebnis erst 1943 von der Deutschen Publikationsstelle Wien veröffentlicht wurde, nennt 499 969 Personen - 3,6% der Bevölkerung - mit Deutsch als Muttersprache (vgl. Dokumentation Bd.5, 11E). Diese Zahl wurde immer wieder von deutscher Seite als zu gering bezeichnet und als Versuch gewertet, die wirkliche zahlenmäßige Bedeutung des »Deutschtums« zu verschleiern (vgl. Sundhaussen 1995, 325).⁷¹

Für die Analyse der damaligen Situation kann es aber nicht um genaue Zahlen über die Stärke der verschiedenen Bevölkerungsgruppen gehen. Vielmehr kann schon an dem Versuch, eine Volkszählung nach nationalen Merkmalen wie Sprache und Herkunft in einer multiethnischen Region durchzuführen, die ganze Problematik der Verbindung von Nationalismus und Ethnizität beziehungsweise Ethnisierung aufgezeigt werden. Bedingt durch den Prozess der Akkulturation gab es neben mehr oder weniger einsprachigen, beispielsweise rein serbo-kroatisch oder deutsch sprechenden Familien auch eine weit verbreitete Mehrsprachigkeit (vgl. Weber-Kellermann 1978, 36).⁷² Dies war häufig dort der Fall, wo es keine geschlossene bäuerliche Siedlungsstruktur, also keine ethnische Kolonie im Sinne des verpflanzten Dorfes gab. In größeren Siedlungen und in den Städten, vor allem bei den mobileren Schichten der Bevölkerung (vgl. Sundhaussen 1995, 322f), kam es oft zu einer Übernahme der Mehrheitssprache bis in den häuslichen Bereich von ursprünglich anderssprachigen Familien. Grundsätzlich waren Mischehen der Sitte nach noch immer unerwünscht (vgl. Weber-Kellermann 1978, 23). Trotzdem hatte doch zu einem gewissen Grad *intermarriage* stattgefunden, sodass es eine nennenswerte Anzahl von Familien gab, in denen die Eltern unterschiedliche Muttersprachen hatten.⁷³ Für die Nationalisten innerhalb der verschiedenen ethnischen Gruppen waren Mitglieder dieser Familien Teil eines »schwebenden Volkstums« (Senz 1987, 192), das letztendlich zum eigenen Volk gehörte und davor geschützt werden musste, von anderen Gruppen assimiliert zu werden. Noch mehr als die Sprache sollte dabei das ethnische Merkmal der Geschichte und der Herkunft zum Erkennungsmerkmal des Eigenen stilisiert werden. Sowohl von deutscher als auch von jugoslawischer Seite wurden zur Unterstützung der eigenen Ansprüche Namensanalysen vorgenommen

II Die Donauschwaben

(vgl. Sundhaussen 1995, 325). So wollte man nachweisen, dass die betreffenden Personen entgegen ihrer subjektiven Selbsteinschätzung biologisch dem eigenen Volk entstammten und damit zur eigenen Nation gehörten. Die Willkürlichkeit des ganzen Prozesses zeigt sich zum einen in dem bereits zitierten Schulgesetz von 1925 und an der Selbstverständlichkeit, mit der man selbst ein Verfahren anwandte, welches man, wenn es von anderen benutzt wurde, heftig kritisierte (vgl. Sundhaussen 1995). Zum anderen sollte der Versuch, vermeintlich Eigenes mit Hilfe von Abstammungskriterien zurückzugewinnen, später auf deutscher Seite seine Entsprechung in der Strategie finden, das vermeintlich Fremde mit der gleichen Methode auszuscheiden. Hier wird die zerstörerische Dynamik der fiktiven Ethnizität der Nation deutlich. Da eine gemeinsame rassistisch-kulturelle Identität aller Deutschen fiktiv war und sie so zwangsweise unsichtbar blieb, leitete man sie von der imaginierten Sichtbarkeit der falschen, der jüdischen Volksmitglieder ab.

In der ersten Phase des neuen Staates war aber der Gedanke einer gemeinsamen Identität aller deutschsprachigen Gruppen erst bei Teilen der Intelligenz und noch nicht bei der Masse der donauschwäbischen Bevölkerung verbreitet. Die verschiedenen ethnischen Gruppen der Donauschwaben in Jugoslawien hatten bis dahin in keinem näheren Zusammenhang zueinander gestanden (vgl. Wehler 1980, 10). Insgesamt hatte sich zwar bei den Donauschwaben, durchsetzt mit Einflüssen auch der anderssprachigen ethnischen Gruppen, eine ähnliche Art der Kleidung entwickelt. Trotzdem gab es aber auf dem Land in jedem Dorf - und 84 % der donauschwäbischen Bevölkerung lebte in Landgemeinden (vgl. Dokumentation Bd.5,15E) - eine eigene Tracht und Haartracht (vgl. Innenministerium 1987, 226 ff).⁷⁴ Hinzu kamen die Unterschiede der Konfession: Auch in Jugoslawien war die überwiegende Mehrheit der donauschwäbischen Bevölkerung katholisch. Ihre Priester wurden an den kroatischen katholischen Priesterseminaren ausgebildet und setzte sich die schon in Ungarn beobachtete Tendenz fort, dass die katholischen Geistlichen sich nicht als Organisatoren für eine deutschnationale Politik gewinnen ließen.⁷⁵ Die Protestanten, die etwa ein Viertel der deutschsprachigen Bevölkerung ausmachten, hatten dagegen ab 1930 ihre eigene deutsche Kirche. Diese sollte dann auch im weiteren Verlauf zu einer wichtigen Institution bei der Verbreitung nationalistischer Positionen unter den Donauschwaben in Jugoslawien werden (vgl. Sundhaussen 1995, 316).

Die ersten Ansätze zum Aufbau einer deutschen Bewegung wurden so-

fort nach der Gründung des »Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen« (SHS) von einer kleinen Gruppe meist jüngerer Akademiker, (vgl. Wehler 1980, 28) unter Mithilfe von ehemaligen Aktivisten der »Ungarländischen Deutschen Volkspartei« (UDVP) gemacht. Erste wichtige Maßnahmen bestanden darin, das in Ungarn fast völlig aufgelöste deutschsprachige Schulwesen wiederzuerwecken. Mit Genehmigung der provisorischen Provinzregierung in Neusatz, die grundsätzlich den muttersprachlichen Unterricht wieder einführte, wurden erste Schulgründungen vorgenommen (vgl. Paikert 1967, 266 f). So entstanden ab 1919 in den Banater Städten Hatzfeld, Werschetz, Pantschowa und in Neuwerbaß in der Batschka auch deutschsprachige Mittelschulen (vgl. Annabring 1955, 44 und Wehler 1980, 23). Beim Aufbau der deutschen Bewegung entwickelte sich die Stadt Neusatz in der Batschka wegen ihrer zentralen Lage zu einem organisatorischen Zentrum. Schon 1919 konnte hier die »Deutsche Druckerei- und Verlags-A. G.« gegründet - später sollte noch eine Zweigstelle in Groß-Betschkerék entstehen - und das *Deutsche Volksblatt* herausgegeben werden. Ihm folgte eine Fülle von Publikationen aus allen Bereichen des donauschwäbischen kulturellen und wirtschaftlichen Vereinslebens (vgl. Annabring 1955, 27f). In der gleichen Stadt folgte 1920 die Gründung des »Schwäbisch-Deutschen-Kulturbundes«. Ihm fielen die verschiedenen kulturellen Bereiche der »Volkstumsarbeit« zu, die den Zusammenhalt der Donauschwaben sichern sollten: Organisation von Vorträgen, Verbreitung von Büchern, Musik und Film, die Einrichtung von Bibliotheken sowie die Ausbildung »deutscher« Lehrer (vgl. Wehler 1980, 28). Ebenfalls in Neusatz wurde dann im Oktober 1922 mit der Gründung der »Agraria m.b.H.« der erste Schritt für den Aufbau eines donauschwäbischen Genossenschaftswesens gemacht (vgl. Annabring 1955, 48). In den folgenden Jahren konnte die »Agraria« immer weiter ausgebaut werden. Sie sollte bald zu einer der wichtigsten Institutionen der deutschen Bewegung in der Woiwodina werden (vgl. Wehler 1980, 29f.). Im Dezember des gleichen Jahres wurde im Banater Hatzfeld⁷⁶ die »Partei der Deutschen in Jugoslawien« gegründet. Sie knüpfte sowohl politisch als auch personell an die Tradition der UDVP von vor 1918 an. Ihr Landesobmann wurde Dr. Kremling, der schon an der Spitze der UDVP gestanden hatte (vgl. Annabring 1955, 30), sein Stellvertreter wurde Dr. Kraft, der maßgeblich am Manifest des schwäbischen Nationalrats von 1918 beteiligt gewesen war, den Kulturbund mitgegründet hatte und auch die weitere Geschichte der Donauschwaben in Jugoslawien entscheidend mitbestimmte (vgl. ebd. 33). Das gemeinsame Ziel dieser ver-

II Die Donauschwaben

schiedenen Organisationen war das Zusammenfassen der donauschwäbischen Ethnien zu einer gemeinsamen deutschen Volksgruppe. Der mit der Organisation verbundene Ausbau des kulturellen und des politischen Kapitals konnte allerdings nur im Banat und in der Batschka stattfinden. Wegen der noch nicht endgültig geklärten Grenze zu Rumänien und Ungarn war die Ausgangslage für die dortigen donauschwäbischen Aktivisten wesentlich günstiger als in anderen Teilen des Königreichs. Die donauschwäbische bildete dort zusammen mit der ungarischen Bevölkerung 1921 die absolute Mehrheit (vgl. Annabring 1955,12). Nach der damaligen Volkszählung lebten ungefähr 316 000 Donauschwaben, das sind knapp ein Viertel der dortigen Bevölkerung, in der Woiwodina, dem neuen Verwaltungsgebiet, bestehend aus der Batschka, dem Banat und der Baranja (vgl. Annabring 1955,12 und Sundhaussen 1995, 315). In etwa einem Viertel der Gemeinden der Batschka und des Banats und der Stadt Weißkirchen stellte die deutschsprachige Bevölkerung die Mehrheit (vgl. Dokumentation Bd.5, 10E). Die Regierung in Belgrad wollte sich einerseits, im Falle einer Volksbefragung durch den Völkerbund, die Unterstützung der Donauschwaben in der Woiwodina sichern. Sie war bereit, weitgehende Zugeständnisse zu machen, und versprach den dortigen Donauschwaben, im Einklang mit dem von den Siegermächten des Ersten Weltkrieges geforderten Minderheitenschutz (vgl. Sundhaussen 1995, 329), in der Woiwodina umfassende Minderheitenrechte (vgl. Annabring 1955, 22f).⁷⁷ Wenn diese auch nie in vollem Umfang erfüllt und vorübergehend ganz zurückgenommen werden sollten, so kann doch konstatiert werden, dass sich die Lage der Donauschwaben in der Woiwodina, im Vergleich zur Situation anderer deutschsprachige Gruppen Südosteuropas, positiv unterschied und hier von einer »dezidiert antideutschen Stoßrichtung« (Sundhaussen 1995, 330) nicht gesprochen werden kann.⁷⁸ Andererseits versuchte aber die Regierung in Belgrad immer wieder, die serbische gegenüber der ungarischen und donauschwäbischen Bevölkerung zu stärken. So traf die Bodenreform von 1919 mehrheitlich Angehörige der ungarischen und donauschwäbischen Bevölkerung, da diese bei den Grundbesitzern überproportional vertreten waren. Auch die Liegenschaftsverordnung, die bis in die dreißiger Jahre galt, zielte in dieselbe Richtung. Hier wurde vorgeschrieben, dass Angehörige der nichtslawischen Bevölkerung nur nach Genehmigung durch die Belgrader Behörden innerhalb eines 50 Kilometer breiten Streifens in der Woiwodina Grund erwerben durften (vgl. Annabring 1955, 19).⁷⁹

Die hier sichtbar gewordene Struktur der Beziehungen zwischen der

deutschen Bewegung und dem SHS-Staat sollte sich auch im weiteren Verlauf fortsetzen. Insgesamt war die deutsche Bewegung zu schwach, um sich gegen die Interessen des Staates durchsetzen zu können. Eine aktive deutsche Minderheitenpolitik in den zwanziger Jahren war nur möglich, wenn innen- oder außenpolitische Veränderungen hierfür einen Spielraum eröffneten. Innenpolitisch ergaben sich solche Gelegenheiten immer wieder aus den Differenzen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen des SHS-Staates. Die Situation konkurrierender Minderheiten bedingte es, dass die donauschwäbischen ebenso wie die kroatischen oder auch serbischen Führer des Öfteren ihre Bündnispartner wechselten - in der Hoffnung, so ihre Interessen besser durchsetzen zu können. Die Differenzen innerhalb des SHS-Königreichs spiegelten sich auch in der Existenz von rund 40 Parteien wider, die alle mehr oder weniger ethnisch, national oder regional scharf voneinander abgegrenzt waren und nicht als »Gesamtstaatsparteien« (Sundhaussen 1993, 37) verstanden werden konnten. Im Mittelpunkt der sich zunehmend verschärfenden Auseinandersetzungen stand dabei das Verhältnis der beiden größten Bevölkerungsgruppen, der Serben und Kroaten.

Basierend auf dem Ergebnis der Wahlen von 1920 wurde 1921 vom Parlament ein Verfassungsausschuss eingesetzt, der von den beiden stärksten Fraktionen, der »Demokratischen Partei« und der Partei der »Radikalen«, dominiert wurde. Beides waren serbische Parteien, die einen Belgrader Zentralismus anstrebten, wobei die Demokratische Partei auf Basis eines »jugoslawischen Integralismus« (Sundhaussen 1993, 39) jegliche Autonomieabkommen ablehnte,⁸⁰ während die Radikalen mehr oder weniger offen eine großserbische Lösung vertraten. Der Verfassungsausschuss wurde von der nach der »Kommunistischen Partei Jugoslawiens« viertstärksten Fraktion, der »Kroatischen Bauernpartei«, boykottiert. Dies führte mit dazu, dass im Verfassungsausschuss die Demokraten und Radikalen eine knappe Mehrheit hatten (vgl. ebd. 41). Die unter ihrer Federführung entworfene Verfassung ließ keinen Spielraum für Autonomierechte, was bald den Austritt der »Jugoslawischen Muslimischen Organisation« (JMO) aus der Regierung und damit Neuwahlen zur Folge hatte. Die Wahlen von 1923 hatten eine weitere Polarisierung der Kräfte als Ergebnis. Solange die zentralistischen serbischen Parteien, nun geführt von den »Radikalen«, sich einer starken Opposition der Kroaten, Slowenen und nun auch der Muslime in Bosnien gegenüber sahen (vgl. ebd. 49 f), setzten sie ihre Ausgleichspolitik mit den Donauschwaben in der Woiwodina fort. So kam es im Anschluss

II Die Donauschwaben

an die Wahlen zu einer Absprache zwischen der Regierung und der »Deutschen Partei«. Gegen Zugeständnisse in der Frage der Selbstverwaltung der deutschsprachigen Gemeinden in der Woiwodina versprach die »Deutsche Partei«, die serbische Regierung im Parlament zu unterstützen (vgl. Annabring 1955, 32).

Mitte der zwanziger Jahre kam es zu Veränderungen im Verhältnis der verschiedenen südslawischen Parteien, die massive Auswirkungen auf die ethnische Kolonie der Donauschwaben in der Woiwodina haben sollten. Nachdem 1924 die »Kroatische Bauernpartei« einen politischen Kurswechsel vollzogen und ihren Parlamentsboykott aufgegeben hatte, unterstützte sie bis 1925 eine Regierung bestehend aus den serbischen Demokraten, der »Slowenischen Volkspartei« und der »Jugoslawischen Muslimischen Organisation«. Zwischen 1925 und 1927 bildete sie dann sogar eine Koalitionsregierung mit den serbischen »Radikalen« (vgl. Sundhaussen 1993, 51 f). Durch diese politischen Veränderungen wurde den Absprachen zwischen der Regierung in Belgrad und der »Deutschen Partei« die Grundlage entzogen. Fast zeitgleich mit der Aufgabe des Parlamentsboykotts durch die »Kroatische Bauernpartei« im Frühjahr 1924 (vgl. ebd. 50) wurde der »Schwäbisch-Deutsche-Kulturbund« am 11. April 1924 verboten (vgl. Annabring 1955, 41). Parallel zum Verbot des Kulturbundes erhöhte sich auch der Druck auf das deutschsprachige Schulwesen in der Woiwodina. Hatzfeld war aufgrund eines neuen Grenzabkommens an Rumänien gefallen. 1924 schloss das dortige Realgymnasium. 1925 wurden die oberen vier Klassen der deutschen Abteilung in Werschetz und Neuwerbaß geschlossen (vgl. ebd. 45). In diese Zeit fällt auch das im Zusammenhang mit der Namensanalyse bereits erwähnte Schulgesetz und die damit verbundene Gründung von slawischen Stammklassen in allen von deutschsprachiger Bevölkerung bewohnten Orten. Durch das Verbot wurde die Organisation der deutschen Volksgruppe schwer angeschlagen. Das Vermögen, die Archive und Büchereien sowie sonstiger Besitz des Kulturbundes waren 1924 beschlagnahmt worden und in den folgenden Jahren verloren gegangen. 1927 stellte Dr. Kraft in der Nationalversammlung fest, dass es in »Südslawien« keine einzige deutsche Schule, keine einzige deutsche Klasse mehr gab und auch der Privatunterricht der deutschen Sprache verboten worden war (vgl. ebd. 47). Das Verbot des »Schwäbisch-Deutschen-Kulturbunds« hielt genau so lange wie die Phase der Annäherung zwischen den südslawischen Parteien. Als 1927 die Koalition von »Radikalen« und der »Kroatischen Bauernpartei« auseinander brach, wurde das Verbot aufgehoben.

Von den ethnischen Gruppen der Donauschwaben zu einer deutschen Volksgruppe

Die aus dem Verbot resultierende Verunsicherung der donauschwäbischen Bevölkerung und die Verschlechterung der Schulsituation spiegelten sich wider in der Bereitschaft der donauschwäbischen Bevölkerung, sich von der »Deutschen Bewegung« organisieren zu lassen. Vor 1924 hatte der Kulturbund 128 Ortsgruppen gehabt, davon waren 108 in der Woiwodina mit insgesamt ungefähr 55 000 Mitgliedern (vgl. Sundhaussen 1995, 331). Annabring beschreibt diese für die »Deutsche Bewegung« günstige Situation mit den Worten:

»Überall keimte völkisches Leben, und es hatte den Anschein, als würde diese Entwicklung zu einer restlosen Erfassung des gesamten Deutschtums in Südslawien führen« (Annabring 1955, 40).

Um dann über die »Verbotszeit« festzustellen:

»In der langen Zwischenzeit ging nicht nur das beschlagnahmte Vermögen des Kulturbundes zum Großteil verloren, sondern was noch schlimmer war, auch die Begeisterung der Volksmassen, die anfangs so schöne Früchte zeitigte« (ebd. 41).

Im Anschluss an die »Verbotszeit« gelang es bis 1929 den donauschwäbischen Führern dann wieder mit einiger Mühe, 55 neue Ortsgruppen mit rund 9000 Mitgliedern zu gründen (vgl. ebd. 42). Dass während der Zeit des Verbots die Aktivitäten der donauschwäbischen Führer nicht völlig eingestellt werden mussten, lag unter anderem daran, dass wirtschaftliche Organisationen nicht von dem Verbot betroffen waren (vgl. Wehler 1980, 29). So konnte der mit der Gründung der »Agraria« begonnene Aufbau des Genossenschaftswesens von den donauschwäbischen Führern um Dr. Kraft unbeeinträchtigt weitergeführt werden. Zum einen führte dies zu eigenen donauschwäbischen Kreditanstalten, die entscheidend dazu beitrugen, dass die donauschwäbische Landwirtschaft die Weltwirtschaftskrise von 1929/30 unbeschadet überstehen konnte (vgl. Dokumentation Bd.5, 17E). Darüber hinaus ermöglichten die Kredite, dass donauschwäbische Bauern durch Zukauf weiterer Grundstücke sogar ihren Landbesitz vergrößern konnten, was wiederum die Spannungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen verstärkte (vgl. Sundhaussen 1995, 322). Zum anderen hatte diese Entwicklung zur Folge, dass die in den wirtschaftlichen Institutionen der Donauschwaben dominierende Schicht der wohlhabenden Landwirte lange Zeit auch insgesamt die Politik der Donauschwaben bestimmte. So orientierten sich bis in die dreißiger Jahre die sozial- und kul-

II Die Donauschwaben

Unpolitischen Aktivitäten der donauschwäbischen Führer fast ausschließlich an den Bedürfnissen der wohlhabenderen Landwirte (vgl. Janko 1982, 23).⁸¹ Dabei blieben vor allem die Interessen der Industriearbeiter und der sozial schwächeren Teile der donauschwäbischen Bevölkerung unberücksichtigt (vgl. Wehler 1980, 29f). Nach Sundhaussen (1995, 321) waren zwar Anfang der dreißiger Jahre 55 % der deutschsprachigen Erwerbstätigen in der Woiwodina in der Landwirtschaft und 26 % im verarbeitenden Gewerbe tätig. Allerdings verfügte von den Bauern nur eine Minderheit über genügend Grundbesitz, um alleine von dem landwirtschaftlichen Ertrag eine Familie ernähren zu können (vgl. Dokumentation Bd. 5, 15E). Die Mehrheit der Landwirte - etwa 62 % - waren sogenannte Zwergbesitzer und mussten deswegen neben der Landwirtschaft auch noch Lohnarbeiten verrichten (vgl. Annabring 1955,18). Beim verarbeitenden Gewerbe waren die Donauschwaben bei den Handwerksberufen überproportional vertreten, während nach Schätzungen nur 15 000 zur Industriearbeiterschaft gezählt wurden (vgl. Sundhaussen 1995, 321). Leitet man aus den vorliegenden Angaben Rückschlüsse auf die politische Vertretung der donauschwäbischen Bevölkerung ab, so muss man davon ausgehen, dass die aus wohlhabenden bäuerlichen Verhältnissen stammende Führungselite nur einen kleinen Teil der Donauschwaben sozial-politisch repräsentierte⁸² Dieser Umstand war für den Übergang vom Ethnomanagement der alten Führungseliten zu einer nationalistischen beziehungsweise nationalsozialistischen Bewegung in den dreißiger Jahren von Bedeutung.

Ende der zwanziger Jahre eskalierten die Spannungen zwischen den kroatischen und serbischen Nationalisten. 1928 fand ein Anschlag im Parlament statt, bei dem ein Mitglied der serbischen »Radikalen Partei« zwei kroatische Abgeordnete erschoss und der Führer der »Kroatischen Bauernpartei« Radic kurz darauf an den Spätfolgen der Schüsse starb (vgl. Sundhaussen 1993, 55). Die Einführung der Königsdiktatur 1929 war dann der Versuch, die Eskalation zu beenden und die Integration - symbolisiert durch die neue Staatsbezeichnung »Königreich Jugoslawien« - mit obrigkeitstaatlichen Mitteln zu erzwingen. Alle Parteien und Vereine auf ethnischer, nationaler oder konfessioneller Grundlage wurden verboten und das Parlament aufgelöst. Aber auch diese Zwangsmaßnahmen, die anfangs noch wenigstens teilweise auf Sympathien bei einzelnen kroatischen Parteiführern stießen, entwickelten sich zunehmend zu einem Instrument großserbischer Politik (vgl. ebd. 57f). Die 1931 nach einer Verfassungsreform durchgeführten Wahlen, die der Diktatur eine gewisse Legitimation

verschaffen sollten, änderten an dem undemokratischen und scheinparlamentarischen System im Königreich Jugoslawien insgesamt wenig. Bei den Wahlen durfte nur auf überregionalen Listen kandidiert werden, die Stimmabgabe hatte persönlich und öffentlich zu erfolgen, und das Verbot von ethnischen, nationalen und konfessionellen Parteien blieb in Kraft (vgl. ebd. 58). Allerdings führte die Verfassungsreform noch einmal zu einer Annäherung der donauschwäbischen Führer an die Regierungspolitik und zu einer Wiedenzulassung des Kulturbundes (vgl. Annabring 1955, 53). Während alle ehemals einflussreichen Parteien die Wahlen im November 1931 boykottierten (vgl. Sundhaussen 1993, 58), kandidierten donauschwäbische Politiker nach Verhandlungen mit der Regierung auf der Wahlliste der Regierungspartei. Dr. Kraft und Dr. Moser wurden so als Abgeordnete in die Skupschtina in Belgrad gewählt, (vgl. Annabring 1955, 62 und Paikert 1967, 270). Es gelang ihnen auf diese Weise, Zugeständnisse der Belgrader Regierung in wichtigen Fragen donauschwäbischer Politik zu erreichen. So konnte das Genossenschaftswesen weiter ausgebaut und die Schulsituation verbessert werden. 1932 wurden wieder 78% der donauschwäbischen Schüler in 203 »Minderheitenschulen« in deutscher Sprache unterrichtet (vgl. Sundhaussen 1995, 332).

Die antagonistischen Widersprüche zwischen den anderen Bevölkerungsgruppen, in erster Linie der kroatischen und der serbischen, blieben allerdings bestehen. Verstärkt durch die katastrophale Lage während der Weltwirtschaftskrise radikalisierte sich die Opposition. Am 9. Oktober 1934 wurde König Alexander von mazedonischen und kroatischen Terroristen, die in Verbindung zur kroatischen Ustascha-Bewegung des Ante Pavelic standen, im französischen Marseille ermordet (vgl. Hory/Broszat 1964, 24).

1.3.3

Vom Ethnomanagement zur nationalsozialistischen Volksgruppenpolitik - Die Donauschwaben in Jugoslawien 1933 bis 1941

Die konservativen donauschwäbischen Führer um Dr. Kraft setzten in den folgenden Jahren auch weiterhin auf eine Zusammenarbeit mit der Regierung in Belgrad, um ihre Vorstellungen einer deutschen donauschwäbischen Politik innerhalb Jugoslawiens verwirklichen zu können. Noch bei den Wahlen 1935, an denen sich bereits eine gesamtjugoslawische

II Die Donauschwaben

Opposition beteiligte, kandidierten die donauschwäbischen Führer auf Listen der Regierungspartei (vgl. Annabring 1955, 63). Mit dem Aufstieg des Nationalsozialismus im Deutschen Reich sollte aber diese Form donauschwäbischer Minderheitenpolitik eine machtvolle Konkurrenz bekommen. Die traditionelle donauschwäbische Politik hatte darin bestanden, die aus der Situation konkurrierender Minderheiten resultierenden Widersprüche für sich zu nutzen. Durch die Machtübernahme des Nationalsozialismus ergab sich eine veränderte Außenpolitik des Deutschen Reichs. Die Organisation der »deutschen Volksgruppen« ermöglichte es dem Deutschen Reich, zunehmend Einfluss auf die Politik der verschiedenen Staaten Ost- und Südosteuropas zu nehmen (vgl. Lumans 1993, 73 f). Diese Einflussnahme bedeutete für die donauschwäbischen Nationalisten die Möglichkeit, den engen Spielraum traditioneller Minderheitenpolitik zu verlassen. So entstand eine radikale Opposition innerhalb der »Deutschen Bewegung«, die sich zunehmend am Nationalsozialismus orientierte und auf Dauer die alten Führer um Dr. Kraft ablösen sollte.

Die ersten Ansätze dieser Opposition gingen auf einen Kreis meist jüngerer Akademiker in der »Privaten Deutschen Lehrerfortbildungsanstalt« in Groß-Betschkerek zurück. 1932 gehörten diesem Kreis unter anderem Dr. Sepp Janko, Dr. Adam Krämer und Dr. Josef Trischler an (vgl. Annabring 1955, 66), die alle in den folgenden Jahren wichtige politische Funktionen übernehmen sollten (vgl. Senz 1987, 215 f und 234 f). Zunehmende Verbreitung fanden die Ideen der »Erneuerungsbewegung«⁸³ durch die Zeitung *Der Volksruf*. Sie wurde von dem aus Stephansfeld stammenden Arzt Dr. Jakob Awender in Pantschowa herausgegeben (vgl. Annabring 1955, 66). In ihr veröffentlichten radikale »Erneuerer« wie Gustav Halwax ihre Kritik an der alten Kulturbundführung (vgl. ebd. 69). Viele von ihnen, wie Janko und Awender, hatten an Hochschulen im Deutschen Reich und in Österreich studiert und waren dort mit den Ideen des Nationalsozialismus in Kontakt gekommen (vgl. Wehler 1980, 34). Für sie bedeuteten die konservativen Führer um Dr. Kraft eine Beschränkung in doppeltem Sinn. Zum einen nahmen die alteingewesenen Führer alle wichtigen Funktionen der donauschwäbischen Organisationen in Jugoslawien ein, sodass den aufstrebenden jungen Führern sowohl der politische als auch der soziale Aufstieg in die Spitze der ethnischen Gruppe erschwert war (vgl. Annabring 1955, 65 f). Zum anderen verhinderten sie die Umsetzung einer am Nationalsozialismus orientierten Volksgruppenpolitik, die nach Meinung der Erneuerer den Donauschwaben in Jugoslawien, als Vorposten des Reiches, wachsen-

den Einfluss verschaffen sollte (vgl. Wehler 1980, 35), und verstellten damit wiederum den Aufstieg der potenziellen Volksgruppenführer innerhalb des jugoslawischen Königreichs.

Der Widerspruch zwischen den alten donauschwäbischen Führern und den Erneuerern verschärfte sich im weiteren Verlauf der dreißiger Jahre. Der Versuch der Erneuerer, im Kulturbund mehr Einfluss zu erlangen und in Unterorganisationen offen nationalsozialistische Positionen zu verankern, wurde beantwortet mit dem Verbot solcher Organisationen und dem Ausschluss einiger Erneuerer wegen vereinsschädigendem Verhalten. Die »Erneuerer« um Branimir Altgayer und Jakob Lichtenberger gründeten daraufhin in Esseg, in Kroatien-Slawonien an der Grenze zur Batschka, eine eigene »Kultur- und Wohlfahrtsvereinigung« und eine eigene Zeitung, den *Slawonischen Volksboten* (vgl. Sundhaussen 1995, 334). In dieser von der Kulturbundführung lange vernachlässigten Region (vgl. ebd. 334) schufen die Erneuerer eine Volksgruppenorganisation nach ihren Vorstellungen, die bereits viele Züge der späteren nationalsozialistischen Volksgruppenpolitik im Verwaltungsgebiet des deutschen Militärbefehlshabers in Serbien ab 1941 vorwegnehmen sollte. Ein zentrales Ziel der Erneuerer war es, die auf den Statusunterschieden in den bäuerlichen Dorfgemeinden beruhende Trennung zwischen den wohlhabenden Bauern und der armen Landbevölkerung zu überwinden (vgl. Janko 1982, 22).⁸⁴ So versuchten sie zum einen, die Bauern davon zu überzeugen, wenn möglich nur noch deutsche Landarbeiter zu beschäftigen (vgl. ebd. 24). Zum anderen luden sie auf ihre Veranstaltungen unabhängig vom sozialen Status alle deutschen Dorfbewohner ein (vgl. ebd. 22). Um die gleiche Gesinnung auch nach außen zu dokumentieren, wurde basierend auf Elementen der alten Tracht jeweils eine neue, die sogenannte »Einheitstracht« (Janko 1982, 33) für Männer und Frauen entwickelt. Darüber hinaus wurden erste bewaffnete Stoßtrupps - Vorläufer der späteren »Deutschen Mannschaft« (DM) - aufgestellt und der faschistische Gruß eingeführt (vgl. Sundhaussen 1995, 334). Der Zweck der genannten Maßnahmen ist offensichtlich, sie erinnern in wesentlichen Punkten an die nationalsozialistische Politik im »Dritten Reich«.⁸⁵ Sie zielten darauf ab, ein Gemeinschaftsgefühl zu wecken, welches die horizontalen Differenzierungen innerhalb der ethnischen Gruppe überlagerte und sie durch eine vertikale Abgrenzung nach außen ersetzte. Dieses wichtige Motiv des Missbrauchs des Ethnischen durch den Nationalsozialismus wird in den Worten Jankos überdeutlich:

II Die Donauschwaben

»So wie der Bauer zum Schutze der ärmeren Bevölkerung da zu sein hatte, so war umgekehrt der Arme seinerseits auch da, um den Bauern und dessen Besitz und damit des Armen Brot zu schützen ... Gesinnungsmäßig durfte nicht mehr zwischen Arm und Reich, zwischen Unternehmer und Arbeiter, Studierten und dem Landvolk unterschieden werden. Unsere Volksgruppe mußte dazu gebracht werden, zu begreifen, daß sie eine Einheit bildet, die sich nur in geschlossener Abwehr auf Dauer deutsch erhalten könne« (Janko 1982, 24 und 32).

Sowohl die alte Führungsriege des Kulturbundes als auch die Erneuerer versuchten im folgenden, Unterstützung für ihre Minderheitenpolitik innerhalb Jugoslawiens zu erhalten. Dr. Kraft arbeitete noch enger mit der Regierungspartei - der »Jugoslawischen Radikalen Union« - in Belgrad zusammen und wurde von dieser 1936 sogar in ihr höchstes Parteigremium, den Hauptausschuss, gewählt (vgl. Paikert 1967, 270). Die Erneuerungsbeziehung wiederum knüpfte 1937 vorübergehend Kontakte zur rechtsradikalen serbischen Opposition (vgl. Wehler 1980, 35), was dazu führte, dass die jugoslawische Regierung bei Dr. Kraft intervenierte. Es hatte nämlich zu diesem Zeitpunkt eine Annäherung der kroatischen Parteiführung an die serbische Opposition stattgefunden. In einer im Oktober 1937 veröffentlichten Deklaration sprachen verschiedene kroatische und serbische Oppositionsparteien der Regierung in Belgrad jede Legitimation ab, da die Verfassung von 1931 sowohl ohne als auch gegen die kroatische und serbische Bevölkerung erlassen worden wäre. Durch die Bildung eines Blocks der nationalen Verständigung versuchten die Unterzeichner, ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. So war Bewegung in die nationale Frage gekommen und die Regierung in Belgrad immer mehr von allen Seiten unter Druck geraten, (vgl. Sundhaussen 1993, 61 f). Die Regierung in Belgrad konnte deswegen weitergehende Aktivitäten der Erneuerer um Dr. Awen-der und eigener rechtsradikaler serbischer Kräfte nicht dulden, da sie sonst fürchten musste, auch die Unterstützung der Vertreter der deutschsprachigen Bevölkerung zu verlieren (vgl. Annabring 1955, 64).

Der maßgebliche Anstoß zur Entscheidung in der Auseinandersetzung zwischen der alten und der neuen Führungsriege der Deutschen Bewegung kam allerdings nicht aus Jugoslawien, sondern aus dem Deutschen Reich. Seit den ersten Ansätzen zur »Gleichschaltung« aller die Volksdeutschen betreffenden Angelegenheiten Mitte der dreißiger Jahre (vgl. Lumans 1993, 31 f)⁸⁶ waren die Erneuerer zunehmend gefördert worden. Die Koordination dieser Aktivitäten fiel ab 1. Februar 1937 in den Zuständigkeitsbereich der

»Volksdeutschen Mittelstelle« (VOMI). Kurz vorher, am 1. Januar 1937, übernahm der SS-Obergruppenführer Werner Lorenz auf Wunsch des Reichsführers-SS Heinrich Himmler die Leitung der VOMI (vgl. Lumans 1993, 42). Obwohl die VOMI offiziell noch dem Reichsaußenminister Ribbentrop unterstellt blieb, war die starke Einflussnahme Heinrich Himmlers bei der Besetzung der Leitung der VOMI bereits ein Hinweis darauf, dass Angelegenheiten der Volksdeutschen in der Zukunft eng mit der SS verknüpft sein würden (vgl. ebd. 15). In der sich verschärfenden außenpolitischen Lage ab 1938 sollte die VOMI dann letztendlich darüber entscheiden, wer die weitere Leitung des »Schwäbisch-Deutschen-Kulturbundes« in Jugoslawien innehaben würde (vgl. Janko 1982, 37).⁸⁷ Einerseits war dem Deutschen Reich vor Beginn des Zweiten Weltkrieges daran gelegen, die politischen Verhältnisse in Südosteuropa stabil zu halten und darüber hinaus die tendenziell deutschfreundliche Regierung in Belgrad weiter aus dem Einflussbereich der Westmächte herauszulösen (vgl. Vogel 1989, 534f). Das Auswärtige Amt sprach sich deswegen zu diesem Zeitpunkt grundsätzlich dagegen aus, die Belgrader Regierung durch radikale deutsche Parolen zu provozieren. Gleichzeitig verhinderte aber andererseits Dr. Kraft die Verbreitung der nationalsozialistischen Weltanschauung im Kulturbund und so auch unter der donauschwäbischen Bevölkerung (vgl. Annabring 1955, 68). Er widersetzte sich aber damit genau einer der zentralen Aufgaben der VOMI-Politik seit 1937 (vgl. Lumans 1993, 42). Die Auflösung dieses Widerspruchs lag für die VOMI zum einen im Rücktritt Dr. Krafts von allen Ämtern⁸⁸ und zum anderen in der Besetzung seiner Posten durch dem Nationalsozialismus ergebene, bisher aber nicht als radikale Politiker in Erscheinung getretene donauschwäbische Führer. So blieben die bereits als radikale Vertreter nationalsozialistischer Politik bekannt gewordenen Dr. Jakob Awender und Branimir Altgayer bis Ende 1940 beziehungsweise Anfang 1941 von offiziellen Ämtern ausgeschlossen (vgl. Annabring 1955, 71; Sundhaussen 1995, 335). Die politischen Aufgaben in Belgrad wurden von den Abgeordneten Hamm und Trischler übernommen, die den Erneuerern nahe standen (vgl. Annabring 1955, 70). Die wichtige Stelle des »Obmanns« des »Schwäbisch-Deutschen-Kulturbundes« trat am 9. August 1939, wenige Wochen vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, der Erneuerer und spätere Volksgruppenführer Dr. Sepp Janko an (vgl. Annabring 1955, 70). Jankos Ernennung fiel in eine Zeit, in der sich die Bedingungen einer deutschen Minderheitenpolitik sowohl innenpolitisch als auch außenpolitisch entscheidend ändern sollten. So versuchte die Regierung in

II Die Donauschwaben

Belgrad, ebenfalls im August 1939, den Ausgleich zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen herzustellen. Es kam im Zuge dieser Politik zu einem Autonomiestatut für Kroatien, gewissermaßen als ein letzter Versuch, die drohende innenpolitische Eskalation zu verhindern. Dies konnte allerdings niemanden mehr, vor allem nicht die radikalen kroatischen und serbischen Kräfte, zufrieden stellen (vgl. Sundhaussen 1993, 62).

Gleichzeitig änderten sich mit Beginn des Zweiten Weltkrieges, dem folgenden deutschen Sieg über Frankreich 1940 und dem Überfall Italiens auf Griechenland im gleichen Jahr schrittweise auch die außenpolitischen Bedingungen für den Aufbau einer Deutschen Volksgruppe in Jugoslawien. Die Belgrader Regierung war schon während der dreißiger Jahre, ebenso wie die anderen südosteuropäischen Staaten, zunehmend in eine wirtschaftliche Abhängigkeit vom Deutschen Reich geraten (vgl. Vogel 1989, 533). Nach der Niederlage Englands auf dem Kontinent und der Kapitulation Frankreichs im Frühsommer 1940 erhöhte sich zunehmend der Druck auf Jugoslawien. Die vom Deutschen Reich im Zuge der Vorbereitungen auf den für das Frühjahr 1941 geplanten Angriff auf die Sowjetunion betriebene Bündnispolitik hatte schon Ende 1940 zum Beitritt Ungarns, Rumäniens und Bulgariens zur »Achse« geführt (vgl. Sundhaussen 1993, 65). Da Albanien bereits 1939 von Italien besetzt worden war, waren damit, nach dem italienischen Überfall auf Griechenland im Oktober 1940, alle Nachbarländer Jugoslawiens dem direkten Einfluss des »Dritten Reichs« und Italiens unterworfen. Als der Überfall Italiens auf Griechenland sich für den Angreifer zunehmend zu einem Debakel entwickelte, musste die deutsche Wehrmacht ihrem Verbündeten zu Hilfe kommen, wollte sie nicht ihren geplanten Angriff auf die Sowjetunion durch eine offene Südostflanke gefährden (vgl. Vogel 1989, 536). Im Vorfeld der Vorbereitungen für den deutschen Angriff auf Griechenland im Frühjahr 1941 erhöhte sich der diplomatische Druck auf Jugoslawien, ebenfalls den Achsenmächten beizutreten. Nach zähen Verhandlungen gab die Belgrader Regierung dem Drängen Hitlers nach und unterschrieb am 25. März 1941 den Beitrittspakt (vgl. Sundhaussen 1993, 65).

Die wachsende außenpolitische Abhängigkeit Jugoslawiens vom Deutschen Reich führte innenpolitisch zu weitgehenden Zugeständnissen an die politische Führung der deutschsprachigen Minderheit. So wurde im Mai 1940 eine Verordnung der Belgrader Regierung erlassen, in der alle vorherigen Beschränkungen des deutschsprachigen Schulwesens aufgehoben wurden. Mit der Eröffnung von so genannten »Volksgruppenabteilungen«

genügte es nun, wenn die Eltern der schulpflichtigen Kinder bekannt gaben, dass diese Volksgruppenangehörige seien, um sie in deutschsprachige Klassen einzuschulen (vgl. Annabring 1955, 71). Der Versuch Jugoslawiens, eine Konfrontation mit dem »Dritten Reich« zu vermeiden, zeigte sich auch im veränderten politischen Umgang mit den nationalsozialistischen Aktivistinnen der deutschen Volksgruppe. So bekam als Ausdruck der gewachsenen politischen Bedeutung der deutsch-evangelischen Kirche - rein zahlenmäßig vertrat sie nur etwa 14 % der deutschsprachigen Bevölkerung - ihr Landesbischof Dr. Philipp Popp einen Sitz im jugoslawischen Senat (vgl. Senz 1987, 214).⁸⁹ Philipp Popp hatte seit seiner Ernennung zum Bischof 1930 dafür gesorgt, dass die deutsch-evangelische Kirche entscheidend zum Aufbau der deutschen Volksgruppe beitrug.⁹⁰ Die politische Aufwertung der neuen Führungselite der deutschen Volksgruppe drückte sich auch in einer Reihe von Ehrungen durch die jugoslawische Regierung aus. So bekamen verschiedene Führer der neuen deutschen Bewegung, unter anderem Dr. Janko, Dr. Awender und Jakob Lichtenberger, die vormals noch von der Regierung in Belgrad abgelehnt worden waren, nun hohe jugoslawische Orden verliehen (vgl. Janko 1982, 58).

In den Augen der Aktivistinnen der deutschen Volksgruppe wurde mit diesen Erfolgen die Richtigkeit der Politik der Erneuerungsbewegung bestätigt. Sie hatten eine Unabhängigkeit der deutschsprachigen Organisationen in einem Maß erreicht, wie es den vorhergehenden Generationen donauschwäbischer Politiker versagt geblieben war. Durch ihren Aufbau einer deutschen Volksgruppenorganisation konnte so die donauschwäbische Bevölkerung vom Erfolg des »Dritten Reichs« profitieren. Dabei war es nun den nationalsozialistischen Kräften unter ihnen möglich, im Schutz der deutschen Außenpolitik von jedem Assimilationsdruck befreit, endgültig in die Offensive bei der völligen Erfassung der donauschwäbischen Bevölkerung in Jugoslawien zu gehen. Rückblickend fasst Janko dies mit den Worten zusammen:

»Es war selbstverständlich, daß wir bestrebt waren, verschüttetes Volkstum zurückzugewinnen, daß wir um jeden einzelnen Deutschen rangen, manchmal sogar einen gewissen moralischen Druck nicht scheuten, um ihn für uns zu erhalten, wenn wir davon überzeugt waren, daß er zu uns gehörte ... [wir] haben versucht, die Volkszugehörigkeit auch nach objektiven Merkmalen zu bestimmen; denn für uns lag eine große Gefahr darin, jeden einzelnen, den Umständen entsprechend, selbst entscheiden zu lassen, wohin er gehören wollte« (Janko 1982, 10).

II Die Donauschwaben

Welchen Stellenwert der Begriff »Volk« für die Erneuerer hatte und wie dabei versucht wurde, das Ethnische einzubinden, wird an anderer Stelle deutlich:

»Für uns war, wie für alle Völker, die tragende Grundlage die Familie. Die höchste Stufe aber war über die Sippe hinaus das Volk und nicht der Staat. Der Staat war die äußere Schale, die Hülle. Das Volk aber der Kern, die Substanz, die unser Leben bedingte. Den Staat konnte man notfalls wechseln. Die angestammte Volkszugehörigkeit nicht« (ebd. 53).

Was diese Einstellung zur »Volkszugehörigkeit« für die donauschwäbische Bevölkerung de facto bedeuten sollte, wird kurz und bündig aus einer Rede Jankos in Lazarevo 1939 deutlich, in der er sagt, dass es selbstverständlich sei, »als Deutscher auch gleichzeitig Nationalsozialist zu sein« (zitiert nach Dokumentation Bd. 5, 39E Anm. 35).

Diese Verknüpfung von Donauschwabentum, Deutschsein und Nationalsozialismus ermöglichte dem Dritten Reich einen immer größeren Zugriff auf die donauschwäbische Bevölkerung.

Bereits kurz nach Beginn des Zweiten Weltkrieges begann eine Freiwilligenwerbung der Waffen-SS unter den im Deutschen Reich arbeitenden Volksdeutschen aus Jugoslawien. Die dabei von der Waffen-SS geworbenen Rekruten sollten nach einer Anfrage Dr. Jankos, auf Weisung der VOMI, den Einberufungsbefehlen der jugoslawischen Armee nicht Folge leisten (vgl. Janko 1982, 207). Diese Rekrutierung von sich bereits im Deutschen Reich befindlichen Volksdeutschen konnte relativ einfach vorgenommen werden. Auch in Jugoslawien sollten schon im September 1940, also noch vor Italiens Überfall auf Albanien, vom Ergänzungsamt der Waffen-SS erste Maßnahmen zur Erfassung der Volksdeutschen eingeleitet werden. Wie aus einem Schreiben Bergers an Himmler vom 10. September 1940 hervorgeht, hatte die SS eine »enge Verbindung« mit Janko hergestellt und die »Gesamtbetreuung der jungen Mannschaft in der Volksgruppe« übernommen (vgl. BA: NS 19/1711).⁹¹ Allerdings mussten die ersten Schritte vorsichtig und geheim durchgeführt werden, da vom Reichsmarschall Göring aus Rücksicht auf den möglichen Beitritt des jugoslawischen Staates zur Achse ein Sonderbefehl vorlag, der jegliche offizielle Werbung für die Waffen-SS bei den Volksdeutschen in Jugoslawien untersagte (vgl. BA: NS19/2358, Dok. 2). Die SS hatte mit vergleichbaren Problemen in der Slowakei und Rumänien bereits Erfahrungen gesammelt, auf die sie nun zurückgreifen konnte (vgl. Schuster 1987, 147 ff und BA: NS19/2358). Unter dem Deck-

wort »Feststellung der Volksgesundheit« begannen Truppenärzte mit der Überprüfung von Mitgliedern der Volksgruppe auf rassische und körperliche Eignung (vgl. BA: NS 19/1711). Auf Vorschlag des Volksgruppenführers Dr. Janko wurden Jakob Lichtenberger und Michael Reiser,⁹² beides Aktivisten der Erneuerungsbewegung und Reserveoffiziere der jugoslawischen Armee, als Führer für die SS gewonnen und zur Ausbildung ins Reich geschickt (vgl. BA: NS19/2358). Diese Maßnahmen mussten vor den jugoslawischen Behörden geheim gehalten werden und waren auch innerhalb der SS nicht unumstritten. So kam es, nachdem es dem Chef des SS-Hauptamtes Gottlob Berger gelungen war, auf Anweisung durch den Reichsführer SS Heinrich Himmler zweihundert »Volksdeutsche« aus Jugoslawien zu rekrutieren, zu einer Auseinandersetzung zwischen VOMI-Chef Lorenz und Außenminister Ribbentrop auf der einen sowie Berger und Himmler auf der anderen Seite. Die VOMI-Führung und das Auswärtige Amt konnten sich mit ihrer Position, die Rekrutierung aus Rücksicht auf das Verhältnis zum jugoslawischen Staat zurückzunehmen, nicht durchsetzen (vgl. Lumans 1993, 234). Die meisten der bei dieser ersten Werbungsaktion in Jugoslawien für die Waffen-SS gewonnenen Rekruten wurden nach einem Befehl des SS-Führungshauptamtes vom 4. April 1941 in die SS-Division »Das Reich« eingegliedert und ab 1941 beim Überfall auf die Sowjetunion eingesetzt (vgl. BA: NS19/2725 und Prag: SS-Rekruten-Depot Debica Ia, 1. Karton e7/kr.1).

Bis zum Angriff auf Jugoslawien im April 1941 wurden die Maßnahmen der Waffen-SS auch weiterhin vom Auswärtigen Amt und der Wehrmacht misstrauisch beobachtet und zeitweilig sogar behindert. Außenminister Ribbentrop achtete noch Anfang 1941, wie aus seinem Schreiben an Berger vom 27. Januar des gleichen Jahres hervorgeht, auf das Unterbleiben offizieller Werbungen, während er gegen Aktionen über die »grüne Grenze« nichts einzuwenden hatte (vgl. BA: NS19/3517). Die SS stand bei ihrer Werbung in Konkurrenz zur Wehrmachtsführung, die Teile der Volksdeutschen für sich selbst rekrutieren wollte. Aus den genannten Gründen ergaben sich bei der Erfassung und Rekrutierung der Volksdeutschen aus Sicht der SS immer wieder erhebliche Schwierigkeiten (vgl. BA: NS19/2358 und 3517). So beklagte sich der Chef des SS-Hauptamtes Gottlob Berger in einem Schreiben an den Chef der SS Heinrich Himmler im März 1941 darüber, dass die Werbung von Volksdeutschen in Jugoslawien nur schleppend vorgegangen war (BA: NS19/3517). Die zu diesem Zeitpunkt noch mit der Rekrutierung der »Volksdeutschen« verbundenen Einschränkungen sollten

II Die Donauschwaben

sich allerdings für die Waffen-SS mit der Zerschlagung und Aufteilung des jugoslawischen Staates bald auflösen.

2

Zusammenfassung unter Berücksichtigung der theoretischen Vorüberlegungen

Der größte Teil der deutschsprachigen Siedler kam durch die kaiserliche Ansiedlungspolitik im 18. Jahrhundert nach Südosteuropa. Bedingt durch eine gemeinsame neue Lebensweise entstanden mit der Zeit aus den ursprünglich aus den unterschiedlichen Gegenden des Reichs stammenden Kolonisten die verschiedenen ethnischen Gruppen der Donauschwaben. Die Donauschwaben in der Batschka, dem Banat, Syrmien und Slawonien entwickelten neue ethnische Merkmale, die sie nicht nur von den anderssprachigen Ethnien, sondern auch untereinander abgrenzten. Die Aus- beziehungsweise Eingrenzung unterschiedlicher kultureller Traditionen schaffte dabei sowohl ein neues Eigenes, als auch ein definitiv Fremdes. Diese Grenzziehung vermittelte zwischen den alten Gewohnheiten und den neuen Notwendigkeiten und ermöglichte es den Kolonisten, sich in der Fremde zu orientieren.

Die Entstehung der verschiedenen Nationalstaaten im Europa des 19. Jahrhunderts beeinflusste die in Südosteuropa lebenden Bevölkerungsgruppen und führte auch dort zunehmend zur Grenzziehung entlang der nationalen Merkmale von Sprache und Herkunft. Besonders im ungarischen Teil der k. u. k.-Monarchie führte dies zu konkurrierenden Minderheiten, da keine Bevölkerungsgruppe stark genug war, die anderen ethnischen Gruppen zu dominieren. Die staatstragende ungarischsprachige Bevölkerungsgruppe - selbst in der Situation einer potentiellen Minderheit - versuchte durch Zwangsassimilation ihre Position zu stärken und förderte damit die nationalistische Entwicklung vor allem der südslawischen Ethnien.

Auch innerhalb der deutschsprachigen Bevölkerung gab es nach 1848/49 erste Ansätze einer nationalen Orientierung. Allerdings galt dies nur für einen Teil der donauschwäbischen Führungselite, während die Ethnizität der Mehrheit der donauschwäbischen ländlichen Bevölkerung noch immer auf die Wahrung der Sitten und Bräuche, also der ethnischen Merkmale jenseits des Nationalen beschränkt war. Die gleichzeitig stattfindende

Assimilation weiter Teile des städtischen deutschsprachigen Bürgertums durch die ungarische Gesellschaft war für das Bürgertum mit einem sozialen und gesellschaftlichen Aufstieg verbunden. Dies erleichterte diesem Teil der donauschwäbischen Elite die Aufgabe eigener ethnischer Merkmale und das Aufgehen innerhalb einer Nation, von der man sich zwar abgegrenzt hatte, mit der man aber zur Zeit der Revolution 1848 durchaus verbunden gewesen war.

Nach dem Ersten Weltkrieg und der Aufteilung der Donauschwaben auf verschiedene Nationalstaaten erhöhte sich der Druck auf die verschiedenen deutschsprachigen Ethnien. Besonders für die donauschwäbischen ethnischen Gruppen, die nun zu dem neugegründeten Staat Jugoslawien gehörten, ergab sich eine schwierige Situation. Die vom jugoslawischen Staat betriebene Zwangsassimilation bedrohte nicht nur die ethnische Identität der donauschwäbischen Eliten, sondern darüber hinaus auch ihren sozialen Status. Assimilation durch die serbische Nation war nicht mit gesellschaftlichem Aufstieg verbunden. Das Aufgeben eigener ethnischer Merkmale bedeutete jetzt das Aufgehen in einer Bevölkerungsgruppe, der man sich seit den ersten Tagen der Kolonisation kulturell und ökonomisch überlegen fühlte. Die Bedrohung der sozialen und gesellschaftlichen Position der donauschwäbischen Elite wurde von ihren Führern mit einem bewussten Ethnomanagement beantwortet. Wie die Führer der anderen Bevölkerungsgruppen Jugoslawiens versuchten auch die donauschwäbischen Vertreter, die komplexe Situation konkurrierender Minderheiten für sich zu nutzen. Dabei setzten die alten donauschwäbischen Führer auf eine Zusammenarbeit mit der jugoslawischen Staatspolitik, während die jüngeren Führer, die sogenannten »Erneuerer«, sich am deutschen Nationalsozialismus orientierten.

Die Ablösung der alten donauschwäbischen Führer und die Ausrichtung der verschiedenen ethnischen Gruppen der Donauschwaben am »Deutschen Volk« führte Ende der dreißiger Jahre endgültig zu einer neuen Form der Ethnizität. Im Mittelpunkt des nationalsozialistischen Ethnomanagements stand nicht mehr die Bewahrung alter gewachsener ethnischer Merkmale. Der Aufbau einer einheitlichen deutschen Volksgruppe beinhaltete eine einseitige Ausrichtung an den nationalen Merkmalen von Sprache und Herkunft beziehungsweise Rasse. Dies machte zum einen die Nivellierung der verschiedenen ethnischen Merkmale innerhalb der deutschsprachigen Ethnien notwendig. Vor allem aber verlangte es zum anderen eine radikale Zurückdrängung aller Ergebnisse der Akkulturation

II Die Donauschwaben

und des *intermarriage*. Nur die Ausscheidung alles Fremden, alles Unreinen versprach den Erneuerern Erfolg bei ihrem Versuch, die ethnischen Gruppen der Donauschwaben als eine Volksgruppe, als einen Teil des »Deutschen Volkes« zusammenzufassen und zu organisieren.

Anmerkungen zum Kapitel II

- 1 Es gibt verschiedene Arbeiten, die eine Fülle von Material bieten und detailliert die Geschichte der Donauschwaben (Senz 1959, 1987; Paikert 1967; Schödl 1995) bzw. einzelne historische Abschnitte (Annabring 1954 und 1955; Weifert 1966; Lötz 1966) beschreiben. Allerdings sind Senz' verschiedene Bücher über die Geschichte der Donauschwaben durchsetzt mit nationalistischen Untertönen. Wie Senz (1987, 12) im Vorwort zu seiner Geschichte der Donauschwaben selbst schreibt, stellt die 1987 veröffentlichte Fassung eine verbesserte dritte Auflage seiner zum ersten Mal 1940 vorgelegten Arbeit dar. Weber-Kellermann bemerkt denn auch zu den Arbeiten von Senz kritisch, dass sie als Beispiele dafür gelten können, wie eine Geschichte der Donauschwaben nicht geschrieben werden sollte (vgl. Weber-Kellermann 1978, 105).
Trotzdem dient Senz wegen der Fülle des von ihm verarbeiteten Materials anderen Historikern als Grundlage. So etwa auch Schödl (1995) in dem von ihm herausgegebenen Band über das »Land an der Donau«. An ihm haben viele namhafte Historiker mitgearbeitet und es ist ein sehr materialreiches, umfassendes Werk entstanden, welches die Geschichte der Donauschwaben detailliert beschreibt, ohne in eine ethnozentristische Sicht zu verfallen. Bei seiner Erarbeitung hat man sich vielmehr bewusst von ethnozentristischen bzw. nationalistischen Ansätzen distanziert (vgl. Schödl 1995, 15).
- 2 So kann Material über die Nachbarregion Batschka, die bis zur Zerschlagung und Aufteilung des jugoslawischen Staates 1941 Teil Jugoslawiens war, Aufschluss über die Entwicklung im Banat geben. Die Batschka war ebenfalls wie das westliche Banat der deutschen Volksgruppenführung in Jugoslawien unterstellt. Sie wurde 1941 von Ungarn annektiert, sodass die dortigen Volksdeutschen - bis auf einzelne Ausnahmen - anderen SS-Divisionen als der »Prinz Eugen« zugeführt wurden (vgl. Böhm 1990, 71 ff).
- 3 Wie zu zeigen sein wird, lässt sich die Aufstellung der SS-Division auf verschiedene Gründe zurückführen, wobei die spezifische Situation im jugoslawischen Banat eine entscheidende Rolle gespielt hat. Nur dort konnte im Frühjahr 1942 die Aufstellung einer Volksdeutschen SS-Division in dieser Form erfolgen. Die Verstärkung der Division ab 1943 mit Volksdeutschen, in erster Linie aus Kroatien und Rumänien, ergab sich aus den kriegsbedingten Notwendigkeiten, den Verlust zu ersetzen und die Kampfkraft der Division zu erhalten. Hinweise auf die Entwicklung der deutschsprachigen Bevölkerungsgruppen in Kroatien und Rumänien bzw. anderer Teile Südosteuropas werden deswegen nur erfolgen, falls sie für die Geschichte des jugoslawischen Banats oder der Divisionsgeschichte der »Prinz Eugen« von Bedeutung sind.
- 4 Siehe Kapitel 1/1.3.1 dieser Arbeit.
- 5 Auch nach Abschluss der dritten Phase fand eine weitere, teils, staatlich organisierte, teils private Einwanderung statt (vgl. Fata 1995, 172), die aber in ihrer Bedeutung für das Banat nicht an die vorhergehenden Einwanderungsbewegungen heranreichte. Die Siedlungsstrukturen des Banats waren mit dem Ende der Josephinischen Kolonisation weitgehend festgelegt (vgl. Tafferner 1974, XXII).
- 6 Obwohl sich die Josephinische Kolonisation in mancher Hinsicht von der Theresianischen

- unterschied (vgl. Fata 1995, 170) und Joseph II. als Mitregent noch massive Kritik an der Durchführung der Besiedlung durch die Kaiserin geübt hatte, griff er als Kaiser »mit seinem eigenen Ansiedlungssystem ... die Methoden der Theresianischen Kolonisation mit all ihren Vor- und Nachteilen auf« (Fata 1995, 171).
- 7 Seit dem 15. Jahrhundert trugen, bis auf die Zeit des Wittelsbachers Karl VII. (1742-45), ausschließlich Habsburger die Kaiserkrone. Obwohl in Hinblick auf das 18. Jahrhundert nicht mehr von einem Kaiserreich im eigentlichen Sinne gesprochen werden kann, trugen sie noch immer die Kaiserkrone. 1806 erklärte Kaiser Franz I. das Deutsche Reich für erloschen und erhob Österreich zum Kaisertum. Er nannte sich daraufhin nur noch Kaiser von Österreich.
- 8 In der Militärgrenze, die Ende des 17. und Anfang des 18. Jahrhunderts zur Abwehr von Türkeneinfällen eingerichtet worden war, siedelten in erster Linie Serben und Kroaten. Sie waren von Abgaben befreit, lebten im Verband der Großfamilie, der *Zadruga*, und leisteten Wach- und Kriegsdienste (vgl. Wehler 1980, 106 Anm. 9 und Senz 1987, 90f). Erst ab Mitte des 19. Jahrhunderts und nach der Auflösung der Militärgrenze 1871 kam es auch hier zur Ansiedlung deutschsprachiger Siedler (vgl. Wehler 1980, 12).
- 9 Tafferner beschreibt auf Grundlage türkischer Steuerlisten den dramatischen Rückgang der Bevölkerung in der Stadt Ofen und verweist auf ungarische Untersuchungen über einzelne vom Osmanischen Reich besetzte Gebiete, die nahezu vollständig entvölkert wurden (vgl. Tafferner 1977, XVIIIff).
- 10 Scherer geht davon aus, dass die Lebenserwartung durch Auswanderung um durchschnittlich zehn Jahre sank (Scherer 1985, 166).
- 11 Das donauschwäbische Sprichwort »Die Ersten den Tod. Die Zweiten die Not. Den Dritten das Brot« (Senz 1990, 87) bewahrheitete sich für die ersten Generationen (vgl. Scherer 1985, 166).
- 12 Siehe hierzu auch den Bericht des Kameraladministrators Baron Ladislaus von Orczy über Schwierigkeiten der Ansiedlung deutscher Kolonistenfamilien im Banat vom 9. August 1784 in Temeschburg. In: (Tafferner 1995, 196).
- 13 Fata berichtet, dass in Sanktandres 1784 nach der Transferierung verschuldeter walachischer Bauern andere zum Bleiben entschlossene Walachen ihre Häuser auf der einen Straßenseite aufbauen mussten und die andere Seite den deutschen Einwanderern zu überlassen hatten (vgl. Fata 1995, 171).
- 14 Weber-Kellermann (1978, 34f) beschreibt, wie schwer es den nach dem II. Weltkrieg vertriebenen Donauschwaben wiederum fiel, sich an die neue Ernährung - Schwarzbrot und Kartoffeln - in Deutschland zu gewöhnen, und wie sehr sie ihr Essen aus der alten Heimat - Weißbrot, Paprika, Wein und scharfe Gewürze - vermissen.
- 15 Awender (1955, 104 ff) beschreibt diese von den Serben übernommene Tradition des »Fruchttretens« ausführlich.
- 16 Aus den bei Tafferner veröffentlichten Anwerbepatenten lassen sich einzelne Auswanderungsbewegungen nachvollziehen, ohne dass sich daraus aber ein vollständiges Bild erstellen ließe (vgl. Tafferner 1974-95).
- 17 Der Aufstand der Salpeterer gegen die Grundherrschaft und die Regierung wird ausführlich von Lötz (1966, 163 f) beschrieben. Einen weiteren Einblick in die Auseinandersetzungen mit den Salpeterern bzw. Hauensteinern findet man in den Briefen eines Missionspaters aus dem Jahre 1740 über die Lage der Inhaftierten in Ungarn (vgl. Tafferner 1974, 141 ff).
- 18 Senz schätzt, dass in der Batschka und dem Banat ungefähr ein Sechstel bis ein Siebtel der Einwanderer auf privatem Grundbesitz angesiedelt wurde (vgl. Senz 1987, 58).
- 19 Im *Quellenbuch zur donauschwäbischen Geschichte* ist eine Fülle von Beschwerdebriefen über die privaten Grundherren zu finden. Der älteste datiert vom August 1729, der jüngste vom August 1786 (vgl. Tafferner 1974).

II Die Donauschwaben

und des *intermarriage*. Nur die Ausscheidung alles Fremden, alles Unreinen versprach den Erneuerern Erfolg bei ihrem Versuch, die ethnischen Gruppen der Donauschwaben als eine Volksgruppe, als einen Teil des »Deutschen Volkes« zusammenzufassen und zu organisieren.

Anmerkungen zum Kapitel II

1 Es gibt verschiedene Arbeiten, die eine Fülle von Material bieten und detailliert die Geschichte der Donauschwaben (Senz 1959, 1987; Paikert 1967; Schödl 1995) bzw. einzelne historische Abschnitte (Annabring 1954 und 1955; Weifert 1966; Lötz 1966) beschreiben. Allerdings sind Senz' verschiedene Bücher über die Geschichte der Donauschwaben durchsetzt mit nationalistischen Untertönen. Wie Senz (1987, 12) im Vorwort zu seiner Geschichte der Donauschwaben selbst schreibt, stellt die 1987 veröffentlichte Fassung eine verbesserte dritte Auflage seiner zum ersten Mal 1940 vorgelegten Arbeit dar. Weber-Kellermann bemerkt denn auch zu den Arbeiten von Senz kritisch, dass sie als Beispiele dafür gelten können, wie eine Geschichte der Donauschwaben nicht geschrieben werden sollte (vgl. Weber-Kellermann 1978, 105).

Trotzdem dient Senz wegen der Fülle des von ihm verarbeiteten Materials anderen Historikern als Grundlage. So etwa auch Schödl (1995) in dem von ihm herausgegebenen Band über das »Land an der Donau«. An ihm haben viele namhafte Historiker mitgearbeitet und es ist ein sehr materialreiches, umfassendes Werk entstanden, welches die Geschichte der Donauschwaben detailliert beschreibt, ohne in eine ethnozentristische Sicht zu verfallen. Bei seiner Erarbeitung hat man sich vielmehr bewusst von ethnozentristischen bzw. nationalistischen Ansätzen distanziert (vgl. Schödl 1995, 15).

2 So kann Material über die Nachbarregion Batschka, die bis zur Zerschlagung und Aufteilung des jugoslawischen Staates 1941 Teil Jugoslawiens war, Aufschluss über die Entwicklung im Banat geben. Die Batschka war ebenfalls wie das westliche Banat der deutschen Volksgruppenführung in Jugoslawien unterstellt. Sie wurde 1941 von Ungarn annektiert, sodass die dortigen Volksdeutschen - bis auf einzelne Ausnahmen - anderen SS-Divisionen als der »Prinz Eugen« zugeführt wurden (vgl. Böhm 1990, 71 ff).

3 Wie zu zeigen sein wird, lässt sich die Aufstellung der SS-Division auf verschiedene Gründe zurückführen, wobei die spezifische Situation im jugoslawischen Banat eine entscheidende Rolle gespielt hat. Nur dort konnte im Frühjahr 1942 die Aufstellung einer Volksdeutschen SS-Division in dieser Form erfolgen. Die Verstärkung der Division ab 1943 mit Volksdeutschen, in erster Linie aus Kroatien und Rumänien, ergab sich aus den kriegsbedingten Notwendigkeiten, den Verlust zu ersetzen und die Kampfkraft der Division zu erhalten. Hinweise auf die Entwicklung der deutschsprachigen Bevölkerungsgruppen in Kroatien und Rumänien bzw. anderer Teile Südosteuropas werden deswegen nur erfolgen, falls sie für die Geschichte des jugoslawischen Banats oder der Divisionsgeschichte der »Prinz Eugen« von Bedeutung sind.

4 Siehe Kapitel 1/1.3.1 dieser Arbeit.

5 Auch nach Abschluss der dritten Phase fand eine weitere, teils, staatlich organisierte, teils private Einwanderung statt (vgl. Fata 1995, 172), die aber in ihrer Bedeutung für das Banat nicht an die vorhergehenden Einwanderungsbewegungen heranreichte. Die Siedlungsstrukturen des Banats waren mit dem Ende der Josephinischen Kolonisation weitgehend festgelegt (vgl. Tafferner 1974, XXII).

6 Obwohl sich die Josephinische Kolonisation in mancher Hinsicht von der Theresianischen

- unterschied (vgl. Fata 1995, 170) und Joseph II. als Mitregent noch massive Kritik an der Durchführung der Besiedlung durch die Kaiserin geübt hatte, griff er als Kaiser »mit seinem eigenen Ansiedlungssystem ... die Methoden der Theresianischen Kolonisation mit all ihren Vor- und Nachteilen auf« (Fata 1995, 171).
- 7 Seit dem 15. Jahrhundert trugen, bis auf die Zeit des Wittelsbachers Karl VII. (1742-45), ausschließlich Habsburger die Kaiserkrone. Obwohl in Hinblick auf das 18. Jahrhundert nicht mehr von einem Kaiserreich im eigentlichen Sinne gesprochen werden kann, trugen sie noch immer die Kaiserkrone. 1806 erklärte Kaiser Franz I. das Deutsche Reich für erloschen und erhob Österreich zum Kaisertum. Er nannte sich daraufhin nur noch Kaiser von Österreich.
- 8 In der Militärgrenze, die Ende des 17. und Anfang des 18. Jahrhunderts zur Abwehr von Türkeneinfällen eingerichtet worden war, siedelten in erster Linie Serben und Kroaten. Sie waren von Abgaben befreit, lebten im Verband der Großfamilie, der *Zadruga*, und leisteten Wach- und Kriegsdienste (vgl. Wehler 1980, 106 Anm. 9 und Senz 1987, 90f). Erst ab Mitte des 19. Jahrhunderts und nach der Auflösung der Militärgrenze 1871 kam es auch hier zur Ansiedlung deutschsprachiger Siedler (vgl. Wehler 1980, 12).
- 9 Tafferner beschreibt auf Grundlage türkischer Steuerlisten den dramatischen Rückgang der Bevölkerung in der Stadt Ofen und verweist auf ungarische Untersuchungen über einzelne vom Osmanischen Reich besetzte Gebiete, die nahezu vollständig entvölkert wurden (vgl. Tafferner 1977, XVIIIff).
- 10 Scherer geht davon aus, dass die Lebenserwartung durch Auswanderung um durchschnittlich zehn Jahre sank (Scherer 1985, 166).
- 11 Das donauschwäbische Sprichwort »Die Ersten den Tod. Die Zweiten die Not. Den Dritten das Brot« (Senz 1990, 87) bewahrheitete sich für die ersten Generationen (vgl. Scherer 1985, 166).
- 12 Siehe hierzu auch den Bericht des Kameraladministrators Baron Ladislaus von Orczy über Schwierigkeiten der Ansiedlung deutscher Kolonistenfamilien im Banat vom 9. August 1784 in Temeschburg. In: (Tafferner 1995, 196).
- 13 Fata berichtet, dass in Sanktandres 1784 nach der Transferierung verschuldeter walachischer Bauern andere zum Bleiben entschlossene Walachen ihre Häuser auf der einen Straßenseite aufbauen mussten und die andere Seite den deutschen Einwanderern zu überlassen hatten (vgl. Fata 1995, 171).
- 14 Weber-Kellermann (1978, 34f) beschreibt, wie schwer es den nach dem II. Weltkrieg vertriebenen Donauschwaben wiederum fiel, sich an die neue Ernährung - Schwarzbrot und Kartoffeln - in Deutschland zu gewöhnen, und wie sehr sie ihr Essen aus der alten Heimat - Weißbrot, Paprika, Wein und scharfe Gewürze - vermissen.
- 15 Awender (1955, 104 ff) beschreibt diese von den Serben übernommene Tradition des »Fruchttretens« ausführlich.
- 16 Aus den bei Tafferner veröffentlichten Anwerbepatenten lassen sich einzelne Auswanderungsbewegungen nachvollziehen, ohne dass sich daraus aber ein vollständiges Bild erstellen ließe (vgl. Tafferner 1974-95).
- 17 Der Aufstand der Salpeterer gegen die Grundherrschaft und die Regierung wird ausführlich von Lötz (1966, 163 f) beschrieben. Einen weiteren Einblick in die Auseinandersetzungen mit den Salpeterern bzw. Hauensteinern findet man in den Briefen eines Missionspaters aus dem Jahre 1740 über die Lage der Inhaftierten in Ungarn (vgl. Tafferner 1974, 141 ff).
- 18 Senz schätzt, dass in der Batschka und dem Banat ungefähr ein Sechstel bis ein Siebtel der Einwanderer auf privatem Grundbesitz angesiedelt wurde (vgl. Senz 1987, 58).
- 19 Im *Quellenbuch zur donauschwäbischen Geschichte* ist eine Fülle von Beschwerdebriefen über die privaten Grundherren zu finden. Der älteste datiert vom August 1729, der jüngste vom August 1786 (vgl. Tafferner 1974).

Anmerkungen zum Kapitel II

- 20 Auch Eberl (Innenministerium BW 1987, 148) weist darauf hin, dass die Binnenwanderung in den ersten Jahren der Kolonisation relativ groß war. Er führt dies neben den oben bereits genannten Gründen auf die Versuche der Siedler zurück, am neuen Siedlungsort nochmals in den Genuss der steuerfreien Jahre zu gelangen.
- 21 Vielfältiges Material, auch in Form von Dokumenten und Abbildungen, über die Trachten und Lebensweisen der Donauschwaben bietet der vom Innenministerium in Baden-Württemberg herausgegebene Ausstellungskatalog (vgl. Innenministerium BW 1987, 222 ff).
- 22 Das von Johann Awender vervollständigte Heimatbuch der Gemeinde Stephansfeld war ursprünglich eine Idee seines gleichnamigen Vaters Johann Awender, der allerdings 1940 noch vor der Fertigstellung verstarb (vgl. Awender 1955, 7). Die Familie Awender war eine einflussreiche Bauernfamilie im Banat, aus der im weiteren Verlauf der Geschichte der Donauschwaben eine Reihe von wichtigen Personen hervorging. Besonders zu erwähnen ist dabei sicherlich Jakob Awender, der in den dreißiger und vierziger Jahren zum Kreis der sogenannten »Erneuerer« gehörte und aktiv an der Ausrichtung der Banater Schwaben als einer deutschen Volksgruppe im Sinne des Nationalsozialismus beteiligt war (vgl. Awender 1955, 244 und Kapitel II/1.3.3 bzw. III/1 und III/2 dieser Arbeit).
- 23 Diese Strenge der Sitten, vor allen Dingen der Abgrenzung von anderssprachigen ethnischen Gruppen, beschreibt ebenfalls der evangelische Pfarrer Ferdinand Sommer für die Gemeinde Schutzberg in Bosnien. »Ehen mit Andersvölkischen und Andersgläubigen galten als etwas Verächtliches. Solche, die Volkstum und kirchliches Bekenntnis aufgaben, waren kaum unter uns. Sie wurden auch nie von den Siedlern verstanden oder entschuldigt« (Zitiert nach Dokumentation Bd.5, 39).
- 24 Siehe hierzu Kapitel III/1 dieser Arbeit.
- 25 Awender (1955, 60ff) beschreibt diesen Prozess detailliert und anschaulich für die Banater Gemeinde Stephansfeld. Besonders stark machte sich das Moment des Ankaufs von Land durch donauschwäbische Bauern in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Westslawonien und Syrmien, im späteren Kroatien, bemerkbar. Hier lagen die Grundstückspreise deutlich niedriger als in der Batschka und dem Banat, sodass die Region Ende des 19. Jahrhunderts donauschwäbische Bauern aus anderen Gebieten Südungarns geradezu »magnetisch« anzog (vgl. Sundhaussen 1995, 312).
- 26 Senz versucht noch, diesen Aspekt der besonderen Verbundenheit der Donauschwaben mit ihrem Kaiser dadurch zu betonen, dass sie nur von einem Gebiet des Kaiserreichs in ein anderes Gebiet der Herrschaft desselben Kaisers gezogen seien. Er missbraucht dieses Argument aber, um einen besonderen Anspruch der Donauschwaben auf das Banat gegenüber den anderen Ethnien zu begründen: »Deshalb sind die Ahnen der Donauschwaben eigentlich gar nicht ausgewandert, eher schon Serben, Rumänen und Bulgaren« (Senz 1987, 18).
- 27 Nach Senz (1987, 55) erhielt Joseph II. schon zu seinen Lebzeiten den Beinamen »der Deutsche«.
- 28 Die Frage der sprachlichen Abgrenzung zwischen dem Serbischen und dem Kroatischen spielt bis in die Gegenwart eine wichtige Rolle im Konflikt zwischen diesen beiden Teilen der ehemaligen Volksrepublik Jugoslawien (vgl. Volkan 1999, 154).
- 29 Es lebten darüber hinaus noch andere zahlenmäßig kleine Nationalitätengruppen, die hier nicht im Einzelnen aufgeführt werden können, in diesem Teil Südosteuropas (vgl. Gottas 1995, 225).
- 30 Nach Nipperdey (1993, 337) hatten 1835 die Deutschen im Habsburger Kaiserreich 60 % der führenden Staatsämter inne.
- 31 Für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts liegen über die Bevölkerungszahlen nur Schätzungen vor. Danach waren von den ca. vierzehn Millionen Bewohnern des auch von Ungarn bewohnten Teils des Kaiserreichs etwa sechs Millionen Magyaren, gut zwei Millio-

- nen Rumänen, ein bis zwei Millionen Deutsche - davon ungefähr 240 000 Juden -, 1,7 Millionen Slowaken und 1,2 Millionen Serben. Hinzu kamen noch ungefähr 800 000 Kroaten im Nebenland Kroatien (vgl. Gottas 1995, 224).
- 32 Kiss (1995, 208ff) zeigt auf, wie in dieser Situation die zunächst liberalen Vorstellungen von der nationalen Einmaligkeit Ungarns sich langsam hin zu einer Betonung der ungarischen Ethnizität bis hin zur Idee der Rasse entwickeln. Spannend ist in seinem Beitrag auch die Untersuchung der literarischen Figur des »Wolgareiters« von Zsolt Beöthy. Diese »idealtypische Vision ungarischer Ethnizität« (Kiss, 1995, 213) spielte Ende des 19. Jahrhunderts in Ungarn eine wichtige Rolle bei der Mythologisierung der ungarischen Geschichte. Beöthy (1896) »Wir alle haben einen Tropfen aus dem Blute des Wolgareiters«, und an anderer Stelle schreibt er, dass in Europa trotz der Vermischung der Bevölkerung nur Ungarn »die ursprüngliche ungarische Seele« (Beöthy zitiert nach Kiss 1995, 216) aufbewahrt habe.
- 33 So führte die sprachliche und kulturelle Entwicklung der Slowaken, Kroaten und Serben in den dreißiger und vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts zur Schaffung ihrer Schriftsprachen und zur ersten Gründung von Zeitungen in slowakischer und serbokroatischer Schrift (vgl. Gottas 1995, 225).
- 34 So siedelten Deutsche seit dem 13. Jahrhundert in den Städten Ofen und Pest, heute Budapest (vgl. Innenministerium BW 1987, 70).
- 35 Laut Senz (1987, 162ff) spielten die Lehrer generell eine entscheidende Rolle beim Kampf der Donauschwaben gegen die »Entnationalisierungsversuche« (ebd. 163) des ungarischen Staates.
- 36 So war der Titel eines von Glatz geschriebenen und 1843 anonym in Leipzig erschienen Buches: »Das deutsche Element in Ungarn und seine Aufgabe. Eine Zeitfrage, besprochen von einem Deutschungar« (vgl. Gottas 1995, 227).
- 37 »Der Sprachkampf in Siebenbürgen« war der Titel der Streitschrift, mit der Ludwig Roth für die Gleichberechtigung der verschiedenen Ethnien in Siebenbürgen eintrat (vgl. Gottas 1995, 234).
- 38 Die Mehrheit der Siebenbürger Sachsen protestierte gegen die Union mit Ungarn und sandte diesbezüglich eine Deputation an den Kaiser in Wien, da sie um ihre seit Jahrhunderten bestehenden Autonomierechte fürchteten (vgl. Gottas 1995, 245ff).
- 39 Es zeigte sich in den Auseinandersetzungen aber auch, dass bei Teilen der serbischen und donauschwäbischen Bevölkerung das enge Zusammenleben zu einer nachbarschaftlichen Annäherung geführt hatte, die half, die Kluft zwischen den Ethnien zu überwinden. So schützten während der Kämpfe um Weißkirchen am 19. und 20. August 1848 Serben ihre donauschwäbischen Nachbarn und, als das Kampfgeschehen sich wendete, wiederum Donauschwaben verfolgte Serben (vgl. Senz 1987, 114).
- 40 Es gab auch schon vorher verschiedene Eingaben donauschwäbischer Städte und Gemeinden an den Kaiser. Die Schwaben-Petition aus dem Jahr 1949 war allerdings die erste, in der eine von 30 verschiedenen Gemeinden entsandte Delegation überregionale Anliegen vortrug (vgl. Senz 1987, 127).
- 41 Im Zusammenhang mit den Donauschwaben wird in der Literatur oft von einem »deutschen Neustamm« gesprochen (vgl. Innenministerium BW 1987, 82; Senz 1987, 17).
- 42 Laut Senz (1987, 140) bezeichneten die Donauschwaben die Jahre von 1849 bis 1861, der sogenannten neo-absolutistischen Epoche des Kaiserreichs, als ihr »goldenes Zeitalter«.
- 43 In der ersten Phase der Kolonisation hatte die Kirche eine wichtige Rolle bei der Bewahrung ethnischer Eigenständigkeit der schwäbischen Gemeinden gespielt (vgl. Gottas 1995, 259).
- 44 Senz (1987, 140) spricht davon, wie die oben genannten Einrichtungen den Donauschwaben geholfen haben, die Jahre »der Suprematie der Magyaren ... national zu überdauern«.

Anmerkungen zum Kapitel II

- Auch Gottas (1995, 257) gebraucht eine vergleichbare Formulierung, wenn er davon spricht, dass »diese Institutionen und Bereiche auch für das nationale Leben« der Donauschwaben relevant gewesen waren. Beide Autoren nehmen hier eine unreflektierte Übernahme des Attributs »national« ganz im Stil der Sprache des 19. Jahrhunderts vor und unterstützen damit die Mythologisierung der Geschichte durch den Nationalismus. Doch kann von einer nationalen Ausrichtung der Donauschwaben auch zu diesem Zeitpunkt noch nicht gesprochen werden.
- 45 Leider liegen dem Verfasser keine Angaben über die Größe der Schulen und die absoluten Schülerzahlen vor. Diese wären sicher noch aussagekräftiger. Es kann aber in Anbetracht des extremen Anstiegs der Anzahl von Schulen davon ausgegangen werden, dass sich auch die Schülerzahlen entsprechend veränderten.
 - 46 Eine Minderheit hing dem Kalvinismus an, der fast ausschließlich unter den Ungarn verbreitet war.
 - 47 Eine genaue Statistik über die Religionszugehörigkeit der verschiedenen Bevölkerungsgruppen Ungarns findet sich im vom Innenministerium BW herausgegebenen Ausstellungskatalog (vgl. Innenministerium BW 1987, 234).
 - 48 Wie auch schon in Bezug auf die Zunahme ungarischsprachiger Schulen lässt die Quellenlage keine Aussagen über die Größe der verschiedenen Schulen bzw. Schulklassen zu, sodass es nicht möglich ist, den prozentualen Rückgang der in der deutschen Sprache unterrichteten Schüler anzugeben, was sicherlich noch aussagekräftiger wäre.
 - 49 In Bezug auf weiteres umfassendes statistisches Zahlenmaterial über die Donauschwaben bieten sich generell der vom Innenministerium BW 1987 herausgegebene Ausstellungskatalog, aber auch Senz 1987 und Schödl 1995 an.
 - 50 In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gab es verschiedene Volkszählungen. 1910 gaben 1 666 957 Personen an, Deutsch als ihre Muttersprache zu sprechen, was etwa 10,7 % der Gesamtbevölkerung entsprach (vgl. Innenministerium BW 1987, 143).
 - 51 Zum Vergleich gibt Annabring (1954, 32) an, dass 1912 auf die ca. drei Millionen Rumänen 2233 rumänische Volksschulen entfielen und die ca. 500 000 Serben über etwa 300 Volksschulen verfügten.
 - 52 Temeschwar unterschied sich dabei von den anderen Städten Ungarns durch seine Funktion als Verwaltungszentrum und die damit verbundene Ansiedlung einer Beamten- und Militärführungsschicht, aber auch durch die schon Ende des 18. Jahrhunderts gegründete und im 19. Jahrhundert weiter ausgebauten Fabrikindustrie. Werschetz und Weißkirchen lagen an der für die Schwerindustrie wichtigen Montaneisenbahnstrecke. In diesem Zusammenhang ist auch die vermehrte Gründung von Kreditanstalten und Industriegesellschaften in Werschetz während der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts zu sehen (vgl. Gotta 1995, 287 und 289).
 - 53 Laut Gotta (1995, 269 ff) entstanden die ersten deutschsprachigen Vereine des 19. Jahrhunderts in Siebenbürgen, bevor sie sich mit einer zeitlichen Verzögerung auch in den anderen Teilen Ungarns, wie der Batschka und dem Banat, entwickelten.
 - 54 Annabring (1954, 29) vermerkt, dass vor allem das Theater in den Städten unter der Assimilation des deutschsprachigen Bürgertums zu leiden hatte und es deswegen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wieder weitgehend an Bedeutung verloren hatte.
 - 55 Noch bei der letzten Volkszählung der Donaumonarchie 1910 waren 49,4 % der deutschsprachigen Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig (vgl. Innenministerium BW 1987, 188).
 - 56 Annabring (1954, 42) nennt als Gründungsjahr 1880, stimmt aber in der Beurteilung der politischen Bedeutung des »Südungarischen Bauernvereins« mit den anderen Autoren überein.
 - 57 Bezeichnenderweise verwendet Senz bei der Beschreibung dieser Entwicklung ein klassisch nationalistisches Vokabular. Er spricht diesbezüglich von »Gefahren für unser Volk«

- (Senz 1987, 166), »ersten völkischen Regungen« (ebd. 167), »Helfern in der nationalen Not«, von »nationaler Selbstbesinnung« (beide ebd. 168) und »völkischem Erwachen« (ebd. 178).
- 58 Annabring (1955, 17) schreibt, dass schon vor 1918 »die deutschstämmigen Bürger von Werschetz und Weißkirchen ... von der deutschen Bewegung mitgerissen« worden waren.
- 59 Steinacker wurde der Schwiegersohn von Eduard Glatz, der bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein früher Kritiker der Magyarisierungspolitik war.
- 60 In der Satzung des ADV hieß es u.a.: »1. Der Alldeutsche Verband erstrebt Belebung der deutschnationalen Gesinnung, insbesondere Entwicklung und Pflege des Bewußtseins der rassenmäßigen und kulturellen Zusammengehörigkeit aller deutschen Volksteile.« Der ADV tritt ein »für die Erhaltung des deutschen Volkstums in Europa und Übersee und Unterstützung desselben in bedrohten Teilen ... (und)... für die Bekämpfung aller Kräfte, die unsere nationale Entwicklung hemmen« (zitiert nach Schödl 1995, 414).
- 61 1902 wurde Artur Korn wegen seiner »deutschnationalen« Formeln kurz von den ungarischen Behörden inhaftiert (vgl. Schödl 1995, 408).
- 62 So zum Beispiel in Jankos Münchner Rede 1940 (vgl. Janko 1982, 64ff).
- 63 Zu diesen privaten Spendern aus Unternehmerkreisen gehörten unter anderem Alfred Hugenberg und Hugo Stinnes. Beide gehörten später zu den Unterstützern der NSDAP (vgl. Schödl 1995, 417).
- 64 Laut Annabring (1954, 43) schafften es die anderen nationalen Minderheiten, Vertreter in den Reichstag zu entsenden, obwohl sie den gleichen Repressalien ausgesetzt waren.
- 65 Annabring gehörte selbst zu den von Aktivisten wie Brandsch agitierten Jugendlichen (siehe Anm. 227 dieser Arbeit).
- 66 Es ist wiederum interessant, mit welchen Worten Annabring und auch Senz diese Veränderungen kommentieren. Annabring spricht von der Geburtenbeschränkung als »wahrer Seuche« (Annabring 1954, 22). Senz sieht als Ursache der Auswanderung ausschließlich die Magyarisierungspolitik, die nicht daran interessiert war, »landsuchenden Schwabensöhnen« (Senz 1987, 155) Boden zur Verfügung zu stellen. Paikert (1967, 36) ist dagegen unter Verweis auf N. Rieth der Meinung, dass prozentual noch mehr Ungarn als Donauschwaben unter den Auswanderern waren und somit Magyarisierung als alleinige Ursache ausscheidet. Nach Angaben des Innenministeriums BW (1987, 149) betrug allerdings der Anteil deutschsprachiger Bevölkerung an der Auswanderung aus Ungarn zwischen 1899 und 1913 18,4 %. Damit lag sie hinter dem slowakischen Anteil von 25 % an zweiter Stelle. Wenn auch diese Angaben im Detail von Paikert abweichen, so unterstützen sie doch dessen Grundaussage, dass die Auswanderung kein in erster Linie donauschwäbisches Problem war.
- Senz bemerkt noch in diesem Zusammenhang, dass die »völkische Erhaltung« (ebd. 157) der Donauschwaben in den USA noch schwieriger sein musste als in Südungarn.
- 67 Awender (1955) schildert diesen Dorfalltag - die Arbeit auf den Feldern und die Pflege von Bräuchen und Sitten - detailliert in seiner Geschichte der Gemeinde Stephansfeld im Banat.
- 68 Der vielleicht konsequenteste Vertreter dieser Position war Gustav Gratz, der nach dem Ersten Weltkrieg als Regierungsmitglied an der Spitze der Minderheitenorganisation in Ungarn stand. Gratz entschied sich sowohl persönlich als auch politisch gegen eine nationale Organisation der deutschsprachigen Bevölkerung Ungarns, selbst um den Preis der vollständigen Assimilation (vgl. Schödl 1995, 400ff).
- 69 Im Vorwort zur *Volksgeschichte der Deutschen in Ungarn* schreibt der Bundesvorsitzende der Ungarndeutschen Landsmannschaft Ludwig Leber über Annabrings Schulzeit: »Dort lernte er den siebenbürgisch-sächsischen Reichstagsabgeordneten Rudolf Brandsch kennen, unter dessen persönlicher Betreuung er fünf Jahre lang stand und seine ersten politischen Impulse bekam (vgl. Annabring 1954, 3).

Anmerkungen zum Kapitel II

- 70 Der spätere Volksgruppenführer Sepp Janko beschreibt diesen Einfluss mit den Worten: »Durch manche unserer Dörfer waren deutsche Truppen gezogen, so daß auch die Volksdeutsche Zivilbevölkerung erkannte, daß man nicht verlassen in einem buntgemischtem >Völkermeer< dastand, sondern einem großen Volke angehörte« (Janko 1982, 16).
- 71 Siehe z.B. Senz (1987, 192), der ebenfalls den Volkszählungen in den Nachfolgestaaten unterstellt, »schwebendes, gemischtes und assimiliertes Volkstum« den betreffenden staatstragenden Nationen zugeschlagen zu haben. Senz gibt unter Verweis auf zwischen 1940 und 1944 durchgeführte volksgruppeneigene Zählungen eine Gesamtzahl von 650 000 Deutschen, davon 550 000 Donauschwaben, für Jugoslawien an.
- 72 Der sächsische Pfarrer und Pädagoge Roth bemerkte Mitte des 19. Jahrhunderts über Siebenbürgen: »Sobald zwei verschiedene Nationsgenossen zusammenkommen, die ihre Sprache nicht können, ist gleich das Walachische als dritter Mann zum Dolmetschen da. Walachisch kann jedermann« (Roth zitiert nach Gottas 1995, 235).
- 73 Dies zeigt sich deutlich in der Schulverordnung von 1925, in der es hieß: »Kinder, deren Väter der Volkszugehörigkeit nach Serben, Kroaten oder Slowenen sind, die Mütter aber Deutsche, Magyaren, Rumänen oder Andersnationale, des weiteren Kinder, deren Mütter der Volkszugehörigkeit nach Serben, Kroaten oder Slowenen sind, beziehungsweise einer anderen slawischen Volksgemeinschaft angehören, die Väter aber Deutsche, Magyaren oder Andersnationale sind, dürfen bei der Einschreibung nur in Schulen aufgenommen werden, in denen die Unterrichtssprache ausschließlich die Staatssprache ist« (zitiert nach Annabring 1955, 46).
- 74 Laut Sepp Janko, dem späteren Führer der Deutschen Volksgruppe im Banat, war die Abgeschlossenheit der kleinen donauschwäbischen Bauernsiedlungen so weit gegangen, dass Inzucht weit verbreitet war und die heiratsfähigen Personen mehr oder weniger alle miteinander verwandt waren (vgl. Janko 1982, 169).
- 75 »Unter den katholischen Kirchenfürsten Jugoslawiens finden wir keinen volksbewußten Donauschwaben« (Annabring 1955, 14).
- 76 Hatzfeld lag zu diesem Zeitpunkt noch auf jugoslawischen Boden, sollte aber im weiteren Verlauf der zwanziger Jahre, nach einer weiteren Grenzveränderung, zu Rumänien kommen (vgl. Annabring 1955, 45).
- 77 Viel schwieriger war die Situation der Donauschwaben in den anderen Teilen des Königreichs, wo der von den Siegermächten verlangte Minderheitenschutz nicht gewährt wurde. Hier mussten auch keine Zugeständnisse an die deutschsprachige Bevölkerung wegen etwaiger Grenzprobleme gemacht werden. Besonders in Slowenien gerieten sie unter massiven Druck, sodass der Aufbau einer politischen Bewegung unmöglich war (vgl. Annabring 1955, 21 und Dokumentation Bd.5., 29 E).
- 78 So schreibt Johann Awender, Bruder des späteren Begründers der nationalsozialistischen Erneuerungsbewegung in Jugoslawien, Jakob Awender, in seiner Geschichte von Stephansfeld im Banat: »Nach dem offiziellen Friedenschluß am 4. Juni 1920 in Trianon nahm Serbien den Namen: Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (SHS) an und stellte vor dem Gesetze alle Bürger des Staates gleich. Jahre hindurch bestand keine besondere Ursache zu klagen, besonders auf wirtschaftlichem Gebiete nicht. Auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens wurde eine lebhaftige Organisationstätigkeit entfaltet, um die Interessen der bodenständigen Deutschen im ganzen Siedlungsgebiete des Königreiches zu erfassen und zu vertreten« (Awender 1955, 55).
- 79 Janko (1982, 51 und 141) kritisiert in der Rückschau diese Maßnahmen als schweren Angriff auf die Rechte der deutschen Bevölkerung. Er stellt im Gegensatz dazu die während der deutschen Besatzungszeit vorgenommenen Maßnahmen als auch für die serbische Bevölkerung positiv dar. Die deutsche Liegenschaftsverordnung vom Herbst 1941 erwähnt er nicht (Siehe auch Kapitel III/2 in dieser Arbeit).

- 80 Ein führender Politiker der Demokratischen Partei, Pribicevic, erklärte: »Eine kroatische Frage existiert nicht: wir alle sind Jugoslawen« (zitiert nach Sundhaussen 1993, 43).
- 81 Das weitverbreitete Vorurteil, die deutschsprachige Bevölkerung Jugoslawiens habe ausschließlich aus wohlhabenden Bauern bestanden (vgl. Innenministerium 1987, 190), wurde sicherlich auch durch dieses Übergewicht der reichen Landwirte in den Vertretungen und Vereinen der donauschwäbischen Bevölkerung genährt.
- 82 Dass schon am Anfang des 20. Jahrhunderts das soziale Gefälle zwischen den reicheren und ärmeren Schichten zu Spannungen geführt haben muss, wird in dem Vorwurf Franz Hamms, einem der Aktivisten der Deutschen Bewegung, deutlich, auf den Annabring (1954, 22) in Hinblick auf die Auswanderung mit den Worten verweist, dass »neben der Raumnot auch die unsoziale Haltung der Heimat, vor allem der Bauern, den weniger besitzenden oder besitzlosen Deutschen den Wanderstab in die Hand drückte.«
- 83 Der Begriff »Erneuerungsbewegung« wurde damals im allgemein üblichen Sprachgebrauch des Nationalsozialismus für den sich mit seinen Zielen identifizierenden Teil der »deutschen Volkstumspolitiker« in verschiedenen Ländern Europas, z.B. auch in Hinblick auf die Schweiz, verwendet (vgl. PA/AA: Inl. Hg 17d/1764, Dok. 129491-519).
- 84 Nach Annabring (1955,18) war es in einigen Orten der Batschka und des Banats üblich gewesen, dass »die Reichen, die Kleinhäusler und die Landarbeiter getrennt die Kirchweih, dieses größte Fest der Donauschwaben, feierten.«
- 85 Eine umfassende Auseinandersetzung mit der Bedeutung des Begriffs der Volksgemeinschaft für den Nationalsozialismus findet sich bei Janka (1997).
- 86 Luman (1993, 37) gibt 1935 als das Jahr an, ab dem die Vorläuferstelle der VOMI, das »Büro Kursell« als »Volksdeutsche Parteidienststelle« die Koordination aller die Volksdeutschen betreffenden Fragen übernahm. 1936 wurde dann zum erstenmal diese Dienststelle VOMI genannt, wie sie ab 1937 endgültig heißen sollte (ebd. 38 und 41).
- 87 Es gehört zu den Eigentümlichkeiten Jankos, dass er sich bei seiner Darstellung »der Geschichte der deutschen Volksgruppe in Jugoslawien« immer wieder in allzu offensichtliche Widersprüche verstrickt. Es ist im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht möglich, die seiner Argumentation zugrundeliegenden Motive vollständig und im Detail zu analysieren. Trotzdem werden aber doch einige grundsätzliche Gedanken zur Struktur seiner Darstellungen angemerkt. Ein Beispiel: Janko verweist selbst darauf, dass vor seiner Wahl zum Obmann des Kulturbundes ein Treffen zwischen der VOMI und Vertretern des Kulturbundes in Graz stattgefunden hatte. Dort wurde von Vertretern der Erneuerer gegen Jankos Nominierung gestimmt und, wie offensichtlich vorher von der Bewegung vereinbart, Senior Baron für diesen Posten vorgeschlagen. Während der VOMI-Vertreter diesen Vorschlag ablehnte, stimmte er der Nominierung Jankos zu. Janko und nicht Senior Baron wurde denn auch im August 1939 durch den Bundesausschuss zum neuen Obmann des Kulturbundes einstimmig gewählt (vgl. Janko 1982, 39). In keiner der zu diesem Komplex vorliegenden Untersuchungen wird das Treffen in Graz geschildert, sondern nur grundsätzlich auf die de facto Einsetzung Jankos durch die VOMI verwiesen (vgl. Annabring 1955, 67 f; Paikert 1967, 274; Lumans 1993,119; Sundhaussen 1995, 334). Während also Janko selbst den Beweis für die Einflussnahme der VOMI vorlegt, wendet er sich entschieden gegen die Position, dass er eingesetzt und nicht demokratisch gewählt worden sei. Die hier vorliegende Struktur liegt seiner ganzen Argumentation zu Grunde: Jankos Identifikation mit dem, wie er es nennt, »völkischen Sozialismus« (ebd. 27) ermöglicht es ihm offensichtlich nicht, den Zusammenhang mit dem »Dritten Reich« an Stellen, an denen dies durchaus möglich wäre, schlichtweg unerwähnt zu lassen. Gleichzeitig wendet sich Janko aber immer wieder gegen die aus seinen Handlungen bzw. Darstellungen notwendigerweise sich ergebenden Konsequenzen und Rückschlüsse. Einerseits ist Jankos Geschichte der Banater Schwaben deswegen als Analyse der politischen Zusammenhänge der damaligen Zeit völlig un-

Anmerkungen zum Kapitel II

- tauglich. Andererseits gewährt Janko mit einer zum Teil verblüffenden Offenheit Einblick in die Maßnahmen und Strukturen der damaligen Erneuerungsbewegung. So enthält sein Buch eine Fülle von wichtigen Details, die den Missbrauch des Ethnischen für die Ziele des Nationalismus sichtbar machen.
- 88 Zum genauen Ablauf der von Teilen der alten donauschwäbischen Führer, der Erneuerer und der VOMI betriebenen Kampagne gegen Dr. Kraft siehe Annabring (1955, 68f).
- 89 Philipp Popp wurde nach Ende des Zweiten Weltkriegs in Jugoslawien zum Tode verurteilt und hingerichtet (vgl. Sundhaussen 1995, 316).
- 90 Sundhaussen (1995, 335) vermerkt unter Hinweis auf eine jugoslawische Untersuchung aus dem Jahre 1966, dass die Initiatoren der Erneuerungsbewegung, die sich von vornherein bedingungslos in den Dienst des Nationalsozialismus stellten, zumeist evangelische Intellektuelle mit Hochschulabschluss oder Studenten im Alter zwischen 20 und 35 Jahren waren. Diese Einschätzung wird durch einen Brief des Leiters der VOMI Lorenz vom 20.4.1942 an den Reichsführer SS bestätigt. Lorenz fordert hier, da die katholischen Einrichtungen alle gegen die nationalsozialistischen Volksgruppen arbeiteten, diesen die Zuschüsse aus dem Reich zu streichen. Gleichzeitig sollten aber seiner Meinung nach die evangelischen Kirchen weiter unterstützt werden, da sie »im allgemeinen deutschtumsunterstützende Arbeit« leisteten (vgl. BA: NS 19/2834).
- 91 BA: Bundesarchiv in Berlin NS19/ Persönlicher Stab Reichsführer SS. Im Weiteren werden Hinweise auf Originaldokumente aus den Archiven nur unter der entsprechenden Signatur angegeben.
- 92 Michael Reiser sollte, wie es der spätere Divisionskommandeur der »Prinz Eugen« Otto Kumm nennt, als SS Obersturmführer zu einem »hervorragenden Mitarbeiter« des ersten Divisionskommandeur Phleps bei der Aufstellung der SS-Division »Prinz Eugen« werden (Kumm 1978, 38). Jakob Lichtenberger kommandierte später in Kroatien zusammen mit Branimir Altgayer die SS-ähnliche »ES« Einsatzstaffel (vgl. Dokumentation Bd.5 , 83) und diente dann ebenfalls in der »Prinz Eugen«.